

107. Sitzung

Mittwoch, den 23.01.2013

Erfurt, Plenarsaal

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Bergner, FDP

10113,
10115,
10115
10113
10115,
10115

Kemmerich, FDP

Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

**a) Aktuelle Stunde auf Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN zum Thema: "Woh-
nen muss bezahlbar bleiben -
auch in Thüringen"**

10115

Unterrichtung durch die Präsi-
dentin des Landtags

- Drucksache 5/5459 -

Schubert, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Scherer, CDU

Sedlacik, DIE LINKE

Doht, SPD

Untermann, FDP

10115
10116
10117
10118,
10119
10119,
10120,
10120, 10121
10121

Carius, Minister für Bau, Landesentwicklung und Verkehr

**b) Aktuelle Stunde auf Antrag
der Fraktion der FDP zum The-
ma: "Mittelstand spricht Thü-
ringer Wirtschaftsminister
Misstrauen aus - Unternehme-
rumfrage dokumentiert die
(Un-)Zufriedenheit mit der Thü-
ringer Wirtschaftspolitik"**

Unterrichtung durch die Präsi-
dentin des Landtags
- Drucksache 5/5488 -

10122

Barth, FDP

10122,
10123,

Lemb, SPD

10123, 10123
10123,
10124,
10124

Siegesmund, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Heym, CDU

10124
10124
10125,
10126

Hausold, DIE LINKE

10127

Machnig, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Technologie

10127

**c) Aktuelle Stunde auf Antrag
der Fraktion der CDU zum The-
ma: "Erfolgreiche Zusammen-
arbeit am Beispiel Oberhof:
Neue Wege interkommunaler
Zusammenarbeit"**

Unterrichtung durch die Präsi-
dentin des Landtags
- Drucksache 5/5509 -

10131

Heym, CDU

10131

Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

10132,
10133

Bergner, FDP

10133

Kuschel, DIE LINKE

10134,
10135

Baumann, SPD

10135,

Geibert, Innenminister

10136
10136

**d) Aktuelle Stunde auf Antrag
der Fraktion der SPD zum The-
ma: „Das Handlungskonzept
Oberhof als Beispiel einer er-
folgreichen Wirtschafts-, Tou-
rismus- und Sportpolitik“**

Unterrichtung durch die Präsi-
dentin des Landtags
- Drucksache 5/5516 -

10137

Taubert, SPD

10137,
10138

Kemmerich, FDP

10138,
10144,

Wucherpfennig, CDU

10144
10139

Leukefeld, DIE LINKE	10139
Siegesmund, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	10140
Machnig, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Technologie	10141, 10144

e) Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion DIE LINKE zum Thema: "Sucht bekämpfen - Spielbank schließen - Landeshaushalt schützen" 10145

Unterrichtung durch die Präsidentin des Landtags
- Drucksache 5/5517 -

Aussprache

Huster, DIE LINKE	10145
Kowalleck, CDU	10146
Untermann, FDP	10147
Hey, SPD	10147
Meyer, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	10149
Geibert, Innenminister	10149

Thüringer Wohnraumfördergesetz (ThürWoFG) 10150

Gesetzentwurf der Landesregierung
- Drucksache 5/5061 -
dazu: Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bau, Landesentwicklung und Verkehr
- Drucksache 5/5485 -
dazu: Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- Drucksache 5/5604 -
ZWEITE BERATUNG

Der Änderungsantrag wird abgelehnt.

Die Beschlussempfehlung wird angenommen. Der Gesetzentwurf wird unter Berücksichtigung der Annahme der Beschlussempfehlung in ZWEITER BERATUNG und in der Schlussabstimmung jeweils angenommen.

Wetzel, CDU	10151, 10155
Sedlacik, DIE LINKE	10151
Doht, SPD	10152, 10154
Schubert, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	10153, 10154, 10154, 10154, 10154, 10159
Untermann, FDP	10158
Carius, Minister für Bau, Landesentwicklung und Verkehr	10159

Anwesenheit der Abgeordneten:**Fraktion der CDU:**

Bergemann, Carius, Diezel, Emde, Fiedler, Grob, Günther, Gumprecht, Heym, Holbe, Holzapfel, Kellner, Kowalleck, Krauße, Lehmann, Lieberknecht, Meißner, Mohring, Primas, Reinholz, Scherer, Tasch, Walsmann, Wetzel, Worm, Wucherpfennig

Fraktion DIE LINKE:

Bärwolff, Berninger, Blechschmidt, Hausold, Hellmann, Hennig, Huster, Jung, Dr. Kaschuba, Dr. Klaubert, König, Korschewsky, Kubitzki, Kummer, Kuschel, Leukefeld, Dr. Lukin, Möller, Nothnagel, Ramelow, Renner, Dr. Scheringer-Wright, Sedlacik, Skibbe, Stange

Fraktion der SPD:

Baumann, Döring, Doht, Eckardt, Dr. Hartung, Hey, Höhn, Kanis, Künast, Lemb, Marx, Matschie, Metz, Mühlbauer, Pelke, Dr. Pidde, Taubert, Weber

Fraktion der FDP:

Barth, Bergner, Hitzing, Kemmerich, Koppe, Untermann

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Adams, Dr. Augsten, Meyer, Rothe-Beinlich, Schubert, Siegesmund

Anwesenheit der Mitglieder der Landesregierung:

Ministerpräsidentin Lieberknecht, die Minister Matschie, Carius, Geibert, Machnig, Dr. Poppenhäger, Reinholz, Taubert, Dr. Voß, Walsmann

Beginn: 14.02 Uhr

Präsidentin Diezel:

Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten, ich heiße Sie zur ersten Sitzung im neuen Jahr willkommen und wünsche uns gemeinsam einen guten Start. Ich eröffne diese Sitzung und begrüße auch die Gäste auf der Zuschauertribüne und die Vertreterinnen und Vertreter der Medien.

Als Schriftführer hat Herr Abgeordneter Kellner neben mir Platz genommen. Die Redeliste führt Frau Abgeordnete Berninger.

Für die heutige Sitzung haben sich Herr Abgeordneter Gentzel, Herr Abgeordneter Recknagel, Herr Abgeordneter Schröter, Herr Abgeordneter Dr. Mario Voigt, Herr Abgeordneter von der Krone und Herr Abgeordneter Kalich entschuldigt.

Gestatten Sie mir folgende allgemeine Hinweise: Der Ältestenrat hat gemäß § 17 Abs. 4 Satz 1 der Geschäftsordnung Herrn Christian Dreißigacker vom MDR-Fernsehen eine Dauerarbeitsgenehmigung für Bild- und Tonaufnahmen im Plenarsaal erteilt.

Hinweise zur Tagesordnung: Die Fraktionen sind im Ältestenrat übereingekommen, die Haushaltsberatung in den Tagesordnungspunkten 1 a bis f am Donnerstag als erste Punkte aufzurufen. Die Wahl in Tagesordnungspunkt 9 wird am Freitag nach der Fragestunde aufgerufen. Die Fragestunde in Tagesordnungspunkt 10 wird ausschließlich am Freitag aufgerufen.

Der Ältestenrat hat sich über den zeitlichen Ablauf der Haushaltsberatung verständigt. Die Aussprache zum Haushalt wird am Donnerstag bis 22.00 Uhr durchgeführt. Sollte die Aussprache um 22.00 Uhr beendet sein, wird die Abstimmung gleich im Anschluss durchgeführt. Ist die Aussprache am Donnerstag um 22.00 Uhr nicht beendet, wird sie unterbrochen und am Freitag früh fortgeführt. Bei der heutigen Plenarsitzung und der am Freitag bleibt es dabei, dass nach 18.00 Uhr kein weiterer Tagesordnungspunkt aufgerufen wird.

Die bei der Verteilung der Einladung noch fehlenden Beschlussempfehlungen haben die Drucksachennummern: zu TOP 1 a bis f 5/5501 bis 5/5506 und zu TOP 2 5/5485.

Zu TOP 2 wurde ein Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in der Drucksache 5/5604 verteilt.

Der angekündigte Gesetzentwurf zu TOP 5 hat die Drucksachennummer 5/5603. Der Gesetzentwurf wurde nicht in der nach § 51 Abs. 1 Geschäftsordnung zu entnehmenden Frist von sieben Tagen verteilt. Daher ist über die Fristverkürzung gemäß § 66 Abs. 1 Geschäftsordnung zu beschließen. Dies kann mit einfacher Mehrheit geschehen, wenn nicht

widersprochen wird. Wird widersprochen? Ja, ich sehe Widerspruch. Damit müssen wir über die Fristverkürzung mit Zweidrittelmehrheit abstimmen und ich bitte jetzt um ihr Handzeichen, wenn Sie der Fristverkürzung zustimmen. Ich sehe Zustimmung bei der CDU-Fraktion, der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE. Wer ist dagegen? Dagegen sind die Fraktionen der FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist die Fristverkürzung angenommen.

Der Wahlvorschlag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu TOP 9 hat die Drucksachennummer 5/5515.

Zu TOP 10, der Fragestunde, kommen die Mündlichen Anfragen in den Drucksachen 5/5484, 5/5486, 5/5487, 5/5489 bis 5/5492 sowie 5/5494 bis 5/5500 und 5/5507 hinzu. Die Mündliche Anfrage in der Drucksache 5/5429 wurde von der Fragestellerin in eine Kleine Anfrage umgewandelt. Die Landesregierung hat angekündigt zu dem Tagesordnungspunkt 8 von der Möglichkeit eines Sofortberichts gemäß § 106 Abs. 2 Geschäftsordnung Gebrauch zu machen.

Ich frage die FDP-Fraktion, Sie hatten angekündigt die Aufnahme des Antrags in der Drucksache 5/5498 - Neufassung - Titel „Anforderungen an die Kommunalisierung der E.ON Thüringer Energie AG“, Sie beantragen das? Ja.

(Zuruf Abg. Bergner, FDP: So ist es.)

Folgenden Hinweis: Hier wird der Antrag auf die Tagesordnung genommen und gemäß § 21 Abs. 3 Satz 2 der Geschäftsordnung kann ein Abgeordneter die Dringlichkeit begründen. Wünschen Sie das?

Abgeordneter Bergner, FDP:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. Ja, das übernimmt der Abgeordnete Kemmerich.

Präsidentin Diezel:

Bitte schön, Herr Kemmerich.

Abgeordneter Kemmerich, FDP:

Sehr verehrte Frau Präsidentin, sehr verehrte Damen und Herren, liebe Abgeordnete, als die Meldungen hochkamen, dass E.ON Deutschland E.ON Thüringen zum Verkauf stellt, waren wir von Anfang an auf der Seite derjenigen, nicht die das Geschäft verteufern wollen, sondern derjenigen, die sagen, es ist ein sehr beachtliches Volumen, eine sehr beachtliche Transaktion. Wir haben eingewandt die Bitte an alle Beteiligten, macht es in der gebotenen Gründlichkeit, Gründlichkeit erfordert Zeit, und wägt die Risiken exakt ab, die hier auf die Beteiligten und auf die zu Beteiligenden zukommen können und zukommen.

(Abg. Kemmerich)

(Beifall FDP)

Meine Damen und Herren, wie wir heute hier stehen, am 23. Januar des Jahres 2013, sind aber sämtliche dieser Appelle ungehört geblieben, scheinbar ignoriert worden und, wie man mittlerweile dann aus den Gazetten weiß, vielleicht auch mit sanftem Druck oder auch noch mehr Druck beiseitegeschoben worden.

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Keine Unterstellungen.)

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Konzernlobbyisten sind Sie.)

Wir konnten zumindest in den Zeitungen lesen, wir konnten erleben in den Sitzungen des Innenausschusses, dass sicherlich hier in den Verfahren, die der Prüfung zugrunde liegen, mit den Beteiligten, die diese Prüfungen durchziehen, diese Prüfungen durchziehen müssen, wie es natürlich üblich ist, Gespräche geführt worden sind, aber diese Gespräche scheinbar über das normale Maß hinausgehen. Es liegen Krankschreibungen vor, es gibt viele Gerüchte, die hören wir hier im Leisen, im Großen wabern.

Meine Damen und Herren, wir reden hier von einem Geschäft, was 950 Mio. € Nettotransaktionsumsatz macht. Das ist 1 Mrd. €. Wir werden über den Haushalt diskutieren mit einem Tilgungsvolumen von 110 Mio. €. Allein wenn man unterstellt, das Geschäft - und das ist nun mal so, wir konnten auch lesen und hier wurde unterstellt, das ist ein Null-Risiko-Geschäft, es gibt keine Risiken, ja die würde ich auch mal gerne kennen, die gibt es nämlich nicht.

(Beifall FDP)

Unterstellt wird hier das maximale Risiko - und so ehrlich muss man auch mit dem Steuerzahler und der Öffentlichkeit umgehen -, wir unterstellen das maximale Risiko, dann brauchen Sie allein für den Nettotransaktionswert satte 9 Jahre, um es zurückzuzahlen und dann können wir in den Haushalt überhaupt nichts mehr hinein tilgen.

(Beifall FDP)

Wir halten es einfach für rücksichtslos auf den Thüringer Steuerzahler, auf den Steuerzahler und auf den kommunalen Einwohner, hier dieses Risiko einfach

(Beifall FDP)

vom Tisch zu wischen, die Öffentlichkeit nicht oder wenig oder vielleicht sogar bewusst falsch aufzuklären, so dass wir uns entschlossen haben, mit dem heutigen Tage diesen Eilantrag zu stellen. Der Eilantrag ist auch geboten. Gott sei Dank kam uns ja am Montag der Wettergott dazwischen, es konnten keine Beschlüsse gefasst werden, aber alle Ge-

meinden, die KEBT-Aktionäre sind, die haben eine Einladung bekommen für den 15. Februar.

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das ist Ihr Ziel, es zu verhindern.)

Meine Damen und Herren, wenn Sie das allein lesen, was dort für Beschlüsse gefasst werden, Aktienübertragungen an die KET unter Gewährung von Gesellschafterrechten - ja, nein -, allein das bedarf einer solchen intensiven Vorprüfung, so dass ich keinem kommunalen Vertreter zumuten kann, dies in der Kürze der Zeit zu entscheiden.

(Beifall FDP)

Kommunen haben entschieden, haben die KET gegründet und beantragen Kredite in Millionen-, wie gesagt, fast Milliardenhöhe. Diese Geschäfte liegen zur Genehmigung vor. Viele, viele Sachen sind ungeklärt, lassen sich auch nicht durch Zeitungsrecherche, erst recht nicht durch Zeitungslektüre aufklären, sondern da sind die Gremien angefragt, die darüber entscheiden. Die tun das scheinbar nicht in der gebotenen Schnelligkeit. Die neueste Sache ist ja, dass man trotz dieses millionenschweren Deals scheinbar eine tägliche Vertragsstrafe auch in Millionenhöhe inzwischen schon verwirkt hat, die auch irgendjemand bezahlen muss. Am Ende wird es der Steuerzahler sein, wird es der kommunale Eigentümer sein, wird es vielleicht der Verbraucher sein. All das wollen wir nicht. Wenn es die Regierung ernst meint mit der Öffentlichkeitsarbeit, mit der Transparenz, die sie genötigt ist und die sie sich verpflichtet hat herzustellen, dann werden Sie sich diesem Eilantrag nicht verwehren, meine Damen und Herren, dann werden Sie diesem Eilantrag zustimmen, damit die Regierung uns, aber letztlich auch die Öffentlichkeit aufklären kann, was hinter dieser milliardenschweren Transaktion steckt, welche Risiken auf uns alle hier zukommen und wie die Regierung denkt, dass die Risiken zu deckeln sind. Vielen Dank.

(Beifall FDP)

Präsidentin Diezel:

Danke schön. Möchte jemand gegen diesen Eilantrag sprechen? Das ist nicht der Fall. Dann stimmen wir über den Antrag ab. Der Antrag wurde gemäß § 51 Abs. 1 unserer Geschäftsordnung in der Frist von sieben Tagen verteilt, daher genügt für die Aufnahme des Tagesordnungspunktes die einfache Mehrheit. Wir müssten erst über die Aufnahme und dann über die Platzierung abstimmen. Wer ist für die Aufnahme dieses Tagesordnungspunktes, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. Das sind die Fraktionen der FDP, der CDU und der SPD. Wer ist dagegen? Dagegen ist die Fraktion DIE LINKE. Wer enthält sich? Es enthält sich die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist der Antrag aufgenommen. Platzierung?

Abgeordneter Bergner, FDP:

Am Freitag nach den Wahlen, Frau Präsidentin.

Präsidentin Diezel:

Am Freitag nach den Wahlen?

Abgeordneter Bergner, FDP:

Ja.

Präsidentin Diezel:

Wer ist für diese Platzierung, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. Ich sehe Zustimmung bei der FDP, der CDU und der SPD. Wer ist gegen diese Platzierung? Gegen diese Platzierung ist die Fraktion DIE LINKE. Wer enthält sich? Es enthält sich die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Wir sind in der Abstimmung der Tagesordnung, Herr Abgeordneter Adams, entweder Geschäftsordnungsantrag, aber kein Redebeitrag. Sie hätten dagegen reden können. Zum Abstimmungsverhalten dürfen Sie, bitte.

Abgeordneter Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Frau Präsidentin, vielen Dank. Ich möchte mich zu meinem Abstimmungsverhalten und zum Abstimmungsverhalten meiner Kollegen äußern -

(Unruhe im Hause)

zu meinem äußern, das erklärt dann auch das meiner Kollegen, weil es ist meines, es ist ganz allein meines.

Präsidentin Diezel:

Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Vielen Dank. Ich hatte vor, dem Antrag der FDP zuzustimmen, weil wir uns vor keiner Debatte drücken wollen. Allerdings hat die Begründung von Herrn Kemmerich gezeigt, wohin die Zielrichtung, die Stoßrichtung dieses Antrags geht, nämlich eine ganz einfache Verhinderung dieser Transaktion, die energiepolitisch unglaublich wichtig ist. Dem wollten wir nicht Nachschub leisten, indem wir zustimmen. Deshalb haben wir uns enthalten.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Diezel:

Danke schön, Herr Abgeordneter. Gibt es weitere Wortmeldungen zur Tagesordnung? Ich sehe, das ist nicht der Fall. Dann treten wir in die Tagesordnung ein und ich rufe die Aktuelle Stunde auf.

Alle Fraktionen haben jeweils eine Aktuelle Stunde beantragt. Jede Fraktion hat in der Aussprache eine Redezeit von 5 Minuten für jedes Thema. Die Redezeit der Landesregierung beträgt grundsätzlich 10 Minuten für jedes Thema. Hat die Landesregierung eine Redezeit von mehr als 10 Minuten in Anspruch genommen, so verlängert sich die Aussprache für das jeweilige Thema um die über die 10 Minuten hinausgehende Zeit. Die Aufteilung der Verlängerungszeit auf jede Fraktion erfolgt zu gleichen Teilen.

Ich rufe den **ersten Teil des Tagesordnungspunkts 11** auf

a) Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Thema: "Wohnen muss bezahlbar bleiben - auch in Thüringen"

Unterrichtung durch die Präsidentin des Landtags
- Drucksache 5/5459 -

Die Aussprache eröffnet Frau Abgeordnete Schubert von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Abgeordnete Schubert, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn der Markt nicht mehr funktioniert, dann muss die Politik eingreifen und handeln, und der Markt funktioniert nicht mehr für Wohnungssuchende in Jena, Weimar und Erfurt. Wohnraum ist dort knapp und teuer und Mieter müssen in den meisten Fällen, wenn sie ein Mietverhältnis eingehen, eine Maklercourtage zahlen, der keine angemessene Leistung gegenübersteht. Die SPD im Bund hat Handlungsbedarf erkannt und ich verweise auf das Steinbrück-Papier, in dem verschiedene Forderungen aufgemacht werden, unter anderem eine Mietpreisbremse für Wieder- und Neuvermietungen, die Begrenzung der Erhöhung bei Bestandsmieten, nämlich auf maximal 15 Prozent innerhalb von vier Jahren, und das Bestellerprinzip bei der Maklercourtage. Ich erinnere an das letzte Plenum, wo unsere Fraktion ein Diskussionsangebot gemacht hat und sich die Koalition der Fachdebatte im Ausschuss komplett verweigert hat. Ich möchte einmal zugestehen, dass der späte Zeitpunkt, es war 22 Uhr, zu den emotionalen Reaktionen geführt hat, die ich hier ungern wiederholen möchte. Ich gebe Ihnen aber heute die Möglichkeit, diese zu revidieren, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU und der SPD.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Frau Doht, mit Ihrer Pressemitteilung begrüßen Sie das, was die SPD im Bund da vorhat, und sie verweisen auf das Thüringer Wohnungsvermögen

(Abg. Schubert)

und auch das Wohnraumfördergesetz, was wahrscheinlich heute noch dieses Plenum passieren wird. Aber ich warne auch davor, zu meinen, damit würde man etwas gegen die unangemessene Maklercourtage unternehmen oder auch die zu hohen Mieten. Denn wir haben uns in Jena umgehört bei den Wohnungsgenossenschaften, die werden diese Förderung nicht in Anspruch nehmen. Insofern ist es natürlich richtig, für das Wohnungsbauvermögen einen gesetzlichen Rahmen zu haben, aber es reicht nicht. Es sind offensichtlich die oben genannten Punkte, wie man das Ordnungsrecht verbessert, hier gefragt, um wieder einen fairen Wohnungsmarkt auch in den städtischen Regionen in Thüringen zu etablieren.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Bundestag hat noch im Dezember gegen die Stimmen der Opposition ein Mietrechtsänderungsgesetz auf den Weg gebracht; das Gesetz ist im Moment im Bundesrat geparkt. Auf den allerletzten Drücker ist noch eine Art Landesermächtigung in diesen Gesetzentwurf eingegangen, die eine Begrenzung von Mietsteigerungen im Bestand vorsieht von 15 auf 20 Prozent innerhalb von drei Jahren. Also ich will sagen, auch Schwarz-Gelb hat hier Handlungsbedarf erkannt, wir würden an dieser Stelle noch weiter gehen, die Kollegen von der SPD auch, aber das geht zumindest in die richtige Richtung. Es soll auch verstärkt gegen Mietnomaden mit Zwangsräumungen vorgegangen werden. Wir sagen als GRÜNE, Mietnomaden sind ein Problem, ich habe selbst im Bekanntenkreis so einen Fall und schlage auch vor, dort etwas zu tun. Aber das, was da drinsteht, geht zu weit und es stellt alle Mieter, und der größte Teil der Mieterinnen und Mieter in diesem Land zahlen jeden Monat ehrlich ihre Miete, unter Generalverdacht, und das müssen wir verhindern, meine Damen und Herren.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Interessant ist die Duldungspflicht für energetische Sanierung, die den Mietern aufgebürdet werden soll, für drei Monate dürfen sie die Miete nicht mehr mindern. Die Bundesregierung hat das getan unter dem Deckmantel, hier etwas für die energetische Gebäudesanierung tun zu wollen. Das ist schon bemerkenswert. Durch die Minderung der Rechte von Mietern meint man, etwas für die Energiewende tun zu wollen. Das ist falsch. Mit dem Mietrecht kann man nicht unsere Gebäude sanieren, meine Damen und Herren, dafür braucht es ein verlässliches Ordnungsrecht und vor allem auch eine verlässliche Förderkulisse.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich verweise auf den stellvertretenden SPD-Vorsitzenden Machnig, der in einem außerparlamentarischen Bündnis „Neue Energie in Thüringen“ für Thüringen gefordert hat, ein Erneuerbare-Wärme-

Gesetz einzuführen. Ich frage die Koalition, wenn der Minister hier diese Forderung unterschreibt: Wo ist denn das Gesetz für Thüringen? Ich frage die Koalition - ich habe jetzt einige Punkte aufgeworfen, für alle reicht die Zeit leider nicht -: Wie ist Ihre Haltung zu diesen brennenden Fragen, die gerade die Menschen in Erfurt, Jena und Weimar interessieren?

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was tun Sie von Thüringen aus, was tun Sie, um hier den Wohnungsmarkt wieder in Ordnung zu bringen? Gestern hat der Bundesrat, der Rechtsausschuss des Bundesrates, eine Empfehlung abgegeben, die eindeutiger nicht sein kann, aus genau den Gründen, die ich genannt habe, den Vermittlungsausschuss anzurufen. Ich fordere Sie auf, liebe CDU, liebe SPD, tun Sie genau das, stimmen Sie der Anrufung des Vermittlungsausschusses zu, wenn Sie für die Mieterinnen und Mieter etwas erreichen wollen. Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Diezel:

Danke schön. Für die CDU-Fraktion hat das Wort der Abgeordnete Scherer.

Abgeordneter Scherer, CDU:

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich hatte eigentlich gedacht, dass wir das Thema im Dezember ausdiskutiert hatten und war der Meinung, dass GRÜNE nicht nur oberlehrerfähig, sondern auch lernfähig sind, aber offensichtlich habe ich mich da getäuscht oder ich war nicht deutlich genug im Dezember.

(Heiterkeit BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Beifall CDU)

Ich kann Ihnen aber unsere Meinung noch mal darlegen. Ich bleibe dabei: Das, was Sie hier tun, ist nichts anderes als oberflächliche Effekthascherei. Sie gaukeln den Leuten vor, dass der Wohnungsmangel dadurch beseitigt wird, dass andere die Maklergebühr bezahlen. Das ist ja ein Witz.

(Beifall CDU)

Damit wird keine einzige Wohnung mehr geschaffen. Meinen Sie im Ernst,...

(Zwischenruf Abg. Schubert, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das habe ich nie behauptet.)

Was nützt es dann, wenn wir über Wohnungsmangel reden, wenn Sie die Maklergebührepflicht anders verteilen, und zwar zwangsweise anders verteilen, entgegen freien, vertraglichen Abreden?

(Zwischenruf Abg. Bärwolff, DIE LINKE: Aber ungerecht ist es trotzdem.)

(Abg. Scherer)

Nein, das ist nicht ungerecht, das ist einfach Markt. Herr Bärwolff, kein vernünftiger Investor wird doch noch in Mietwohnungsbau investieren, wenn er von vornherein als der böse Kapitalist dargestellt wird.

(Unruhe DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Natürlich, dann wird auch keiner mehr investieren. Wenn Sie auch noch die Mietpreisregulierung einführen, dann sage ich Ihnen, dann ist der Mietwohnungsbau tot - mit sozialistischem Gruß.

(Beifall FDP)

(Zwischenruf Abg. Schubert, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das ist einfach nur platt.)

Aber es wundert mich - normalerweise ist das ja ein Part der LINKEN -, dass die GRÜNEN jetzt diesen Part übernehmen. Offenbar gefallen Sie sich darin, jetzt linke Rollen anzunehmen, das könnte ja sein. Wohnungsmangel wird nicht dadurch beseitigt, dass ich Restriktionen für den Mietwohnungsmarkt einführe. Dadurch wird der Wohnungsmangel auf keinen Fall beseitigt und dadurch kriege ich auch keine angemessenen Mieten. Wohnungsmangel wird dadurch beseitigt, dass ich im kommunalen Bereich etwas dafür tue, dass Mietwohnungen gebaut werden.

(Unruhe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das fängt beim Oberbürgermeister an, geht bei den Stadträten weiter und endet beim Stadtplanungs- oder Bauamt.

(Beifall FDP)

(Unruhe DIE LINKE)

Und was machen die gerade in Jena? Wo sind denn die Leute im Stadtrat in Jena, die Bauland für Mietwohnungsland zur Verfügung stellen? Und wo ist denn die städtische Wohnungsgesellschaft, die Mietwohnungen baut? Ich habe gerade eben das Gegenteil gehört, die wollen gar nicht. Wenn es so lukrativ ist, warum bauen die denn keine Mietwohnungen?

(Zwischenruf Abg. Schubert, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Die bauen aber keine Sozialwohnungen.)

Die sollten aber Sozialwohnungen bauen. Es ist gerade der Sinn der städtischen Wohnungsgesellschaften, dass sie Sozialwohnungen bauen. Wenn die genügend bauen würden und es genügend Bauland dafür gäbe, dann würde auch der Wohnungsmangel beseitigt, aber nicht durch das, was Sie hier propagieren, dadurch wird er ganz sicher nicht beseitigt.

(Beifall FDP)

Ich will Ihnen zum Schluss noch etwas aus einem Gutachten vorlesen, das unter anderem vom Deut-

schen Mieterbund in Auftrag gegeben wurde, also unverdächtig, nicht von Kapitalisten. Darin steht: „Sollte in den kommenden Jahren der Mietwohnungsbau nicht wesentlich gesteigert werden können, so werden neue regionale Wohnungsmangelsituationen entstehen und bereits vorhandene Knappheiten werden sich weiter verschärfen.“ Dann wird im Fazit noch ein Satz dazu geschrieben: „Zur Minderung der Wohnungsnot sind die Rahmenbedingungen für den Wohnungsbau dringend zu verbessern. Eine Verbesserung der Abschreibungsbedingungen, eine erhebliche Ausweitung der Objektförderung wie auch die Bereitstellung von Bauflächen seitens der betroffenen Städte sind erforderlich, um kurzfristig den Mietwohnungsbau zu erhöhen.“ Das ist das, was Wohnungsmangel beseitigt, und zwar nur das. Danke schön.

(Beifall FDP)

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank. Für die Fraktion DIE LINKE spricht Frau Abgeordnete Heidrun Sedlacik.

Abgeordnete Sedlacik, DIE LINKE:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, es ist Dezember 2012, in Weimar, Stadtratsitzung: „Wer die Miete nicht bezahlen kann, muss eben wegziehen“. Diese ungeheuerlichen Worte vom Fraktionsvorsitzenden der FDP im Weimarer Stadtrat sind Anlass genug, sich heute in der Aktuellen Stunde mit diesem Thema auseinanderzusetzen.

(Beifall DIE LINKE)

Ich erinnere an die Weimarer Verfassung, die 1919 beschlossen wurde. In deren Artikel 1955 wurde erstmals formuliert, dass es staatliches Ziel ist, jedem Deutschen eine gesunde Wohnung zu sichern. Herr Scherer, wenn wir die Wohnungen alle privatisieren, alle verkaufen, haben wir als Politiker keine Möglichkeit mehr der Einflussnahme in diesem Bereich. Wir schreiben aber heute das Jahr 2013.

(Zwischenruf Abg. Kemmerich, FDP: Das haben Sie nicht begriffen.)

Wohnen in Deutschland und Wohnen in Thüringen wird immer teurer. Ob Sie das in den Koalitionsfraktionen wahrhaben wollen oder nicht, es ist Realität.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Drastisch steigende Mieten verdrängen Menschen aus den Stadtteilen, zerstören soziale Zusammenhalte. Insbesondere Studentinnen und Studenten, Familien, Rentnerinnen und Rentner finden immer schwerer bezahlbaren Wohnraum in der Innenstadt. Diese Entwicklung ist zu stoppen. Über 70.000 Unterzeichner eines Aufrufes im Internet

(Abg. Sedlacik)

„Wohnen muss bezahlbar sein“ fordern eine Begrenzung der Mietsteigerungen per Gesetz.

(Beifall DIE LINKE)

Neu vereinbarte Mieten sollen nach Forderung der Unterzeichner maximal 10 Prozent über der Vergleichsmiete der letzten zehn Jahre liegen dürfen, bestehende Mieten um maximal 15 Prozent in vier Jahren steigen. Weiterhin fordert die Internet-Community: Investieren Sie in bezahlbaren Wohnraum. Es müssen weit mehr öffentliche Mittel in den Erhalt, Rückkauf, Neubau von Sozialwohnungen fließen.

(Beifall DIE LINKE)

Was erleben wir in Thüringen? In nachgefragten Wohnlagen nutzen Vermieter und, Herr Scherer, auch Makler die angespannte Marktsituation schamlos aus und holen aus den Mieterinnen und Mietern, aus Wohnungsuchenden heraus, was nur irgendwie möglich ist.

(Beifall DIE LINKE)

Menschen, die da nicht mithalten können, müssen tatsächlich wegziehen und sie bleiben weg.

Selbst für Haushalte mit durchschnittlichem Einkommen wird Wohnen in den Innenstädten zu einem Luxus. Andere notwendige Ausgaben, die man zum Leben so braucht, müssen zurückgeschraubt werden. Bezahlbares, bedarfsgerechtes Wohnen, barrierefrei und klimagerecht wird zunehmend zur Mangelware. Genau das ist die Crux, womit wir uns als Politiker beschäftigen müssen. Wohnen ist in dieser Gesellschaft kein Grundrecht, wie wir es schon immer fordern, sondern eine Ware. Höchste Zeit, dies zu ändern.

(Beifall DIE LINKE)

Die Aktuelle Stunde - und ich habe nur noch 3 Minuten - ist natürlich immer Anlass,

(Beifall FDP)

auch Positionen der Partei, meiner Fraktion hier rüberzubringen. Jetzt muss ich mich straffen.

Wir schlagen zur Diskussion hier in diesem Plenum und auch in den Ausschüssen vor:

1. Im Kern brauchen wir einen neuen, sozialen, gemeinnützigen Wohnungsbau als Alternative zum bisher privat dominierten und renditeorientierten Wohnungsmarkt.

(Beifall DIE LINKE)

2. Der soziale Wohnungsbau muss im Land und in den Kommunen zu einem stärkeren öffentlichen Sektor der Wohnungswirtschaft weiterentwickelt werden. Dazu gehören auch wohnungswirtschaftliche Eigenbetriebe.

(Beifall DIE LINKE)

3. Das setzt voraus, dass die Privatisierung öffentlicher Wohnungen in Thüringen gestoppt wird. Die Kommunen müssen finanziell in die Lage versetzt werden, die Wohnungsversorgung als soziale Pflichtaufgabe realisieren zu können.

(Beifall DIE LINKE)

DIE LINKE vertritt die Auffassung, dass auch in Thüringen die Wohnungsbaugenossenschaften und kommunalen Wohnungsgesellschaften mit sicheren und stabilen Wohnformen und dem Recht auf Mitsprache künftig eine bedeutendere Rolle spielen müssen.

4. Bundespolitisch müssen die Weichen gestellt werden, um die galoppierende Entwicklung der Mieten und der Wohnnebenkosten zu stoppen. Es sind dringend Sofortmaßnahmen zur finanziellen Entlastung der Mieterinnen und Mieter zum Schutz der Mieterrechte nötig.

Wie Frau Schubert hier schon andeutete, das Mietrechtsänderungsgesetz muss vom Tisch.

Ich habe noch fünf weitere Punkte. Meine Zeit ist vorbei. Ich hoffe, ich habe noch eine zweite Chance.

(Beifall DIE LINKE)

Präsidentin Diezel:

Danke schön, Frau Abgeordnete. Für die SPD-Fraktion hat Frau Abgeordnete Sabine Doht das Wort.

Abgeordnete Doht, SPD:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, die Überschrift der Aktuellen Stunde lautet: „Wohnen muss bezahlbar bleiben - auch in Thüringen.“ Allerdings hatte ich das Gefühl, dass meine Vorredner hier kaum über Thüringen geredet haben.

(Beifall SPD, FDP)

Frau Schubert hat wieder das Thema Maklercourtage aufgeworfen, was letztendlich Bundesrecht ist, auch das Thema Mietrecht ist Bundesrecht und die Beispiele, die Sie angeführt haben, die sind sehr einseitig, denn Thüringen besteht nicht nur aus Jena, Weimar oder Erfurt.

(Beifall CDU, SPD)

Was den Beitrag von Frau Sedlacik betrifft, erspare ich mir jetzt jeden Kommentar dazu.

(Zwischenruf Abg. Bärwolff, DIE LINKE: Das ist auch besser so.)

Wir haben in Thüringen einen sehr differenzierten Wohnungsmarkt. Wir haben Städte wie Jena, Weimar oder Erfurt, in denen durchaus eine angespannte Situation auf dem Wohnungsmarkt herrscht. Wir haben aber auch den ländlichen

(Abg. Doht)

Raum, für den Prognosen sagen, dass wir bis 2025 noch 30 Prozent Bevölkerungsrückgang oder mehr haben werden und wo wir das Problem haben, dass dort Wohnungen nicht mehr vermietet werden können, dass dort Häuser nicht mehr weiter verkauft werden können. Das hätte ich mir dann auch gewünscht, dass das erwähnt wird und dass man wirklich mal auf die Thüringer Verhältnisse eingeht. Wir haben mit dem Wohnungsmarktbericht auch eine recht gute Analyse und auch die entsprechenden Prognosen. Was wir in Thüringen tun können, das tun wir, wir werden als Tagesordnungspunkt 2 das Thüringer Wohnraumförderungsgesetz beschließen und damit die Voraussetzungen schaffen, dass wir sowohl auf die Regionen reagieren können, in denen der Wohnungsmarkt angespannt ist, mit entsprechenden Maßnahmen als auch auf die anderen Regionen. Ich will noch einmal zu dem Thema Maklercourtage kommen, da bin ich eigentlich sehr nahe bei Herrn Scherer.

(Zwischenruf Abg. Schubert, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Und nicht bei Herrn Steinbrück!)

Nein. Es ist richtig, dass man etwas tun muss, dass auch in angespannten Wohnungsmärkten diejenigen, die nicht das große Geld in der Tasche haben, sich eine Wohnung leisten können. Aber das erreiche ich nicht, indem ich das mit der Maklercourtage ändere und diese verbiete, weil eines ist doch klar, da wo der Wohnungsmarkt angespannt ist - ein Mietvertrag unterliegt einerseits dem Mietrecht, ein Mietvertrag ist aber auch immer eine zivilrechtliche Vereinbarung zwischen zwei Vertragsparteien -, da wird letztendlich am Ende doch der zum Zuge kommen, der die Maklercourtage zahlt. Wenn sie verboten wird, dann wird das anders geregelt.

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Und wie?)

Das Einzige, was man tun kann, um jenen Gruppen auch adäquaten Wohnraum zu bieten, ist, zu investieren in die Wohnraumförderung, Wohnungen zu bauen und nicht mit gesetzlichen Bestimmungen zu versuchen, hier irgendwas glattzuziehen. Damit habe ich nicht eine Wohnung mehr und letztendlich auch nicht eine Sozialwohnung mehr für diejenigen, die es brauchen.

(Beifall Abg. Höhn)

Da lasse ich auch Ihr Wort nicht gelten, die Wohnungsgenossenschaften und die Wohnungsgesellschaften nehmen die Fördermittel nicht an, das stimmt nicht. Wenn Sie sich die Zahlen mal anschauen, sind in den vergangenen Jahren - wir haben die genaue Auflistung - von 2000 bis 2011 über 441 Mio. € in die Wohnraumförderung geflossen in Thüringen, das sind 20.138 Wohnungseinheiten. Die meisten Gelder davon haben die Wohnungsgesellschaften in Anspruch genommen mit über 9.700

Wohnungen, kurz darauf folgen die Wohnungsgenossenschaften mit 9.100 Wohnungen und der Rest geht in die Eigentumsförderung in einem wesentlich kleineren Betrag. An dieser Stelle müssen wir weitermachen, dass wir weiter zumindest auf dem Niveau wie in den vergangenen Jahren - und das gibt das Thüringer Wohnungsbauvermögen auch her - die Wohnungsunternehmen fördern, die Herstellung von neuem Wohnraum fördern. Wenn ich genügend Wohnungen am Markt habe, dass sie für alle ausreichend sind, dann muss ich mir über Maklercourtage und diese Dinge keine Gedanken mehr machen.

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Haben wir aber nicht.)

(Zwischenruf Abg. Schubert, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Und bis dahin?)

Freilich, haben wir nicht, aber wir fördern und wir tun es. Zu Jena muss man natürlich auch noch einmal sagen, das ist ja letztendlich auch ein Problem der vielen Studenten vor Ort.

Präsidentin Diezel:

Frau Abgeordnete, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Abgeordnete Doht, SPD:

Ich kann das nicht allein durch die Wohnraumförderung regulieren. Hier sind auch weitere Studentenwohnungen gefragt.

(Beifall SPD)

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank. Das Wort hat aus der FDP-Fraktion der Abgeordnete Heinz Untermann.

Abgeordneter Untermann, FDP:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren hier im Saal, liebe Zuschauer auch auf der Tribüne! Meine Kollegen von der GRÜNEN-Fraktion, Ihr Antrag reiht sich nahtlos ein in Versprechungen, die meistens finanziell nicht gehalten werden können, in staatliche Regelungen, in Bevormundungen und Populismus ohne Ende. Hier kann man Ihnen eigentlich nur dazu gratulieren.

(Beifall FDP)

Mit dieser Aktuellen Stunde, meine Damen und Herren von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, wollen Sie die im Bund geführte Diskussion zum Mietrecht auf Landesebene weiterführen - wir auch, aber in eine ganz andere Richtung, als Sie das wollen.

Die Energiekosten stiegen in den letzten Jahren rasant, daran sind Sie ja gar nicht so unbeteiligt, weil Sie uns das immer vorwerfen,

(Abg. Untermann)

(Beifall FDP)

aber Meldungen und Recherchen sagen hier etwas ganz anderes. Die Umsetzung von effizienten energetischen Maßnahmen gewinnt für Mieter und Vermieter, für die Umwelt und die endlichen Naturressourcen immer mehr an Bedeutung. Mieter und Vermieter sind sowohl als auch gleichberechtigte Bürgerinnen und Bürger von Thüringen. Sie möchten, dass die Mieter sanierte Wohnungen zu einem kleinen Mietpreis bekommen; das fordert auch Ihre Partei übrigens auf Bundesebene in dem Antrag 17/10120, Antrag der GRÜNEN im Bund. Die hohen Kosten für die energetische Modernisierung müssen gerecht - und darauf legen wir Wert -, zwischen der Allgemeinheit, den Eigentümerinnen und Eigentümern sowie den Mietern und Vermietern verteilt werden.

(Beifall FDP)

Ihre Initiative aber richtet sich natürlich nur gegen die Vermieter. So soll die Modernisierungsumlage bei energetischen Sanierungen auf 9 Prozent abgesenkt werden und das Mietminderungsrecht auch bei energetischen Sanierungen beibehalten werden. Das heißt, bei einer energetischen Sanierung soll bei Beeinträchtigungen der Wohnraumnutzung für bis zu drei Monate eine Minderung der Miete ermöglicht werden, um nur zwei Beispiele zu nennen. Das vom Bundestag beschlossene Mietrechtsänderungsgesetz sieht dieses nicht mehr vor. Gleichzeitig regelt das Gesetz, dass eine Erhöhung der jährlichen Miete um 11 Prozent beibehalten wird. Bei einer Miete von ca. 500 € sind das bei 9 Prozent 45 € und bei 11 Prozent 55 € - ein Unterschied von 10 € pro Monat. Dem gegenüber stehen Energieeinsparungen pro Monat, das vergessen Sie sicherlich immer ganz gerne. Die Eigentümer tragen je nach Gebäudezustand und Gebäudealter den überwiegenden Teil der Sanierungskosten. Ich sehe hier eine ungerechte Verteilung der Aufwendungen, und zwar für die Vermieter.

Dazu eine Anmerkung: Eine Studie des Bundesbauministeriums ergab, dass 80 Prozent der Vermieter nach einer Sanierung auf eine Mieterhöhung verzichten. Diese 80 Prozent, meine Damen und Herren, verdienen unsere besondere Aufmerksamkeit und Anerkennung.

(Beifall FDP)

Die Novellierung stellt erstmals klar, dass keine Erhaltungsmaßnahmen, sondern nur energetische Sanierungen eine Mieterhöhung rechtfertigen. Hinzu gibt es noch eine Härtefallregelung, die eigentlich auch eine gute Auflage ist.

Warum steigen die Mieten in Erfurt, Jena und Weimar und in den anderen Impulsregionen so an? Die Menschen wandern überregional dahin, wo Arbeitsplätze sind, wo technische und soziale Infrastruktur stimmen. Beständen gleichwertige Rahmenbedin-

gungen in den Metropolregionen als auch in den kleineren Kommunen, so würde das Problem nicht bestehen. Das sind Aufgaben des Landes, doch dazu fehlen natürlich die notwendigen Haushaltsmittel. Die hohen Mietpreise treffen unter anderem junge Familien und Jugendliche, die erstmals eine Wohnung suchen. Auf gerade diese Zielgruppen geht auch das neue Wohnraumförderungsgesetz ein. Steigende Mieten sind ein Hinweis dafür, dass das Angebot an Wohnungen kleiner als die Nachfrage ist. Um dem entgegenzuwirken, sind private Investitionen im Bereich Mietwohnungen notwendig. Sie wollen bezahlbare Wohnungen. Wie soll das nach Ihrer Auffassung möglich sein, wenn Sie dem Vermieter keine Möglichkeit einräumen, den entstandenen Mehraufwand auf die Miete umzulegen? Dann werden die Mietwohnungen nicht mehr saniert oder es wird dazu führen, dass noch weniger Privatpersonen sich entschließen, Mietwohnungen zu bauen oder vorhandenen Wohnraum zu vermieten.

(Beifall FDP)

Ihre Forderung stellt einen ordnungspolitischen Eingriff bei der Immobilienwirtschaft dar. Mietwohnungen für Peanuts hatten wir bis 1990. Frau Sedlacik, es gibt auch nicht wenige Wohnungen, wo private Unternehmer billiger sind als kommunale oder soziale.

Präsidentin Diezel:

Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Abgeordneter Untermann, FDP:

Ja, ich bin sofort fertig. Einen Satz noch. Die Bundes-SPD hat ein Positionspapier veröffentlicht. Hier plant die SPD eine Mietpreisbegrenzung. Die Erhöhungen sollen bei Neuvermittlung nicht mehr als 10 Prozent der ortsüblichen Vergleichsmiete betragen und bei den Bestandsmieten auf maximal 15 Prozent begrenzt werden. Sehr geehrte Damen und Herren,

Präsidentin Diezel:

Das war jetzt der zweite Satz.

Abgeordneter Untermann, FDP:

ich bezweifle, dass die Pläne zu einem Erfolg führen. Erfolg, Entschuldigung, besteht für mich darin, dass ausreichend ...

Präsidentin Diezel:

Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist zu Ende. Ich denke, Sie haben Ihre wichtigsten Aussagen getroffen.

Abgeordneter Untermann, FDP:

Wenn Sie das sagen, Frau Präsidentin, dann ist es in Ordnung.

(Beifall FDP)

Präsidentin Diezel:

Die Regierung wünscht das Wort. Bitte schön, Herr Minister Carius.

Carius, Minister für Bau, Landesentwicklung und Verkehr:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, nachdem Herr Untermann seine wichtigsten Aussagen schon treffen konnte, darf ich ein Zitat aus der Debatte wählen. „Meine Zeit ist vorbei“ hat Frau Sedlacik gesagt. Jetzt will ich Ihnen persönlich nicht zu nahe treten, aber ich sage Ihnen, das gilt für Ihre Rede und das gilt auch für Ihre Programmatik, Ihre Zeit ist tatsächlich vorbei.

(Beifall FDP)

Sie haben ein Zerrbild der Realität in Thüringen gezeichnet, was überhaupt nicht mit Thüringen, was überhaupt nicht mit der Situation am Wohnungsmarkt in irgendeiner Weise etwas zu tun hat. Sie haben davon geredet, wir haben Wohnungsnot - hätte noch gefehlt, dass Sie uns irgendwelche fröstelnden Kinder dargestellt hätten in Ihrem Bild, die also keine Wohnung haben. Dem ist überhaupt nicht so. Wir haben in Thüringen nach wie vor 8 Prozent Leerstand. Damit müssen wir uns auseinandersetzen. Dass wir selbstverständlich einen regional ausdifferenzierten Markt haben, ist völlig unbestritten. Natürlich ist klar, dass wir in Jena, Weimar, in Erfurt und in einigen Preissegmenten auch in anderen Städten eine gewisse Mangelsituation haben. Aber es ist doch eine Binsenweisheit, meine Damen und Herren - da gebe ich Herrn Scherer, da gebe ich Frau Doht ausdrücklich recht -, einen Angebotsmangel beseitigt man doch nicht mit neuer Regulierung, den beseitigt man, indem man Angebot neu schafft. Das ist eigentlich die Aufgabe, vor der wir stehen. Das ist die Aufgabe, der wir uns als Landesregierung, der sich diese Koalition letztlich verpflichtet fühlt. Deswegen haben wir nachher das Wohnraumförderungsgesetz auf der Tagesordnung.

Wir haben das Wohnungsbauvermögen in dieser Legislaturperiode endlich auf gesetzliche Füße gestellt und damit eine wichtige Voraussetzung dafür geschaffen, dass wir in den Segmenten, in denen womöglich der Markt nicht ganz so optimal funktioniert, als Landesregierung mithelfen können.

Jetzt, Frau Schubert, möchte ich Ihnen auch noch mal einen Punkt sagen: Das ändert aber nichts daran, dass Wohnungsfürsorge zunächst eine kommunale Aufgabe ist. Da ist die Landesregierung gern bereit, die Kommunen zu unterstützen. Im Übrigen,

Frau Sedlacik, 220.000 Wohnungen gehören zu dem Bestand, der im Verband der Thüringer Wohnungswirtschaft organisiert ist - 220.000 Wohnungen. Wir haben rund 40 Prozent Eigenheimbesitzer, da sind 220.000 Wohnungen außerordentlich viel und da kann ich überhaupt nicht erkennen, wieso Sie jetzt eine Debatte führen, wir müssen noch stärker rekommunalisieren oder wir müssen da noch stärker vergesellschaften. Das ist alles Kappes, das hat doch mit der Realität überhaupt nichts zu tun.

(Beifall FDP)

Die Masse der Thüringer Wohnungen ist nach wie vor in kommunalen oder genossenschaftlichen Beständen, das muss man einfach zur Kenntnis nehmen. Insofern wäre auch da meine Bitte, kommen Sie doch in der Zeit an, in der wir leben und nicht in der Vergangenheit irgendwo herumspielen, das macht keinen Sinn. Kommunale Wohnungsfürsorge, das ist im Grunde die Aufgabe. Gerade deswegen sind wir - insbesondere, um in Jena auch Entlastung zu schaffen - sehr frühzeitig auf die Kommune zugegangen und haben gesagt, wir sind bereit auch Flächen der LEG, auch Flächen des Landes zu aktivieren für den Wohnungsbau, aber liebe Stadt Jena, dann müsst auch ihr euch bewegen. Es macht doch keinen Sinn, dass das Land Grundstücke freigibt und die Stadt Jena nach wie vor noch spekuliert und sagt, die Preise werden steigen. Da, meine Damen und Herren, ist es eine Verantwortung des Stadtrats zu agieren. Ich kann Ihnen nur sagen, wir werden von unserer Seite jetzt nicht mehr tätig werden. Wenn die Stadt so weit ist und sagt, wir wollen hier mehr tun, sind wir gern bereit, sie zu unterstützen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich will es kurz machen. Es ist völlig klar, die Debatte läuft momentan ein bisschen so - die Bundestagswahl wirft ihre Schatten voraus, das sehe ich schon -, die einen sind die Gutmenschen, das sind die Mieter, die anderen sind die schlechten Menschen, das sind die bösen Kapitalisten, das sind die Vermieter. Auch das hat mit der Realität nichts zu tun, meine Damen und Herren. Es ist völlig klar, dass wir viele Hauseigentümer haben, die in ihrem eigenen Haus eine Wohnung vermieten, ob an die Großeltern, die Eltern oder wen auch immer. Da kann ich überhaupt nicht erkennen, dass irgendwer ein Interesse daran hat, über hohe Spekulationsgewinne den armen Mietern das Geld aus der Tasche zu ziehen. Ganz im Gegenteil, wir haben momentan einen durchschnittlichen - ich weiß sehr wohl, dass es damit Probleme gibt - Mietpreis von 6 €. Davon können Sie normalerweise noch nicht mal ein Haus bauen. Das ist doch die Realität, mit der wir uns auseinandersetzen müssen.

Deswegen, meine Damen und Herren, gilt, Regulierung schafft nicht mehr Investition, schafft auch nicht mehr Angebot. Deswegen glaube ich auch

(Minister Carius)

nicht, dass wir gut beraten sind, solche Regulierungen durchzuziehen. Zweitens scheint es mir durchaus widersinnig zu sein, dass wir Eigentümer mit immer mehr Auflagen überziehen, ob es in Richtung energetische Sanierung oder sonst wohin geht, und auf der anderen Seite die Mietpreise absolut deckeln wollen, und zwar noch unter eine normale Refinanzierung zu drücken. Drittens und letztens, meine Damen und Herren, die Planwirtschaft, liebe Frau Sedlacik, die Sie hier einfordern, die hat sich noch nie bewährt, sie hat im Gegenteil zu einer großen Wohnungsnot geführt. Wir sind sehr froh, dass wir in Thüringen diesen Zustand nicht mehr haben, sondern gut an der Förderung weiteren und auch wirklich guten Wohnangebots arbeiten können. Lassen Sie uns nachher dafür die gesetzlichen Grundlagen schaffen. Vielen Dank.

(Beifall CDU, SPD)

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank. Der Minister war unter zehn Minuten, bei 5 Minuten und 30 Sekunden. Wir haben nur noch Redezeit für die CDU-Fraktion von 1 Minute und 10 Sekunden. Ich sehe aber keine Wortmeldung aus der CDU-Fraktion, so dass ich den ersten Teil der Aktuellen Stunde schließe.

Ich rufe den **zweiten Teil** auf

b) Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion der FDP zum Thema: "Mittelstand spricht Thüringer Wirtschaftsminister Misstrauen aus - Unternehmensumfrage dokumentiert die (Un-)Zufriedenheit mit der Thüringer Wirtschaftspolitik"

Unterrichtung durch die Präsidentin des Landtags
- Drucksache 5/5488 -

Ich erteile das Wort dem Abgeordneten Barth von der FDP-Fraktion.

Abgeordneter Barth, FDP:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. Liebe Kolleginnen und Kollegen, Thüringer Unternehmen fühlen sich von der Landesregierung gegängelt, Land mischt sich zu oft ein, Staat sollte sich öfter aus Wirtschaft heraushalten, Verband unzufrieden mit Thüringer Politik - mit diesen Schlagzeilen berichteten die Thüringer Zeitungen in der letzten Woche über eine Umfrage in der Thüringer Wirtschaft. Das Ergebnis: Ganze 4,4 Prozent der befragten Unternehmer stimmten der Aussage, die Thüringer Wirtschaftspolitik ist im Interesse der Thüringer Wirtschaft, völlig zu. Weniger als ein Drittel tat dies mit mehr oder weniger großen Einschränkungen. Mehr als die Hälfte der Unternehmer bezweifelt, dass die Thürin-

ger Wirtschaftspolitik im Interesse der hier ansässigen Unternehmen ist, das heißt, sie bezweifelt auch, dass sie im Interesse der hier arbeitenden Menschen ist.

(Beifall FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich kenne mich mit Umfragen unter 5 Prozent aus.

(Heiterkeit im Hause)

Nicht bei allen, die jetzt hier lachen, ist es ein ganz schmerzfreies Lachen. Aber im Ernst - sich nicht sicher fühlen zu können, bei falschen Entscheidungen auch in existenzbedrohende Situationen geraten zu können, hat auch seine Vorteile. Diese liegen darin, dass man seine Entscheidungen ständig selbst hinterfragen muss, man muss ständig nach Verbesserungen suchen und darf sich eben nie zu sicher fühlen.

(Beifall FDP)

Genau diese Situation, nämlich hinterfragen zu müssen, nach Verbesserungen suchen zu müssen, falsche Entscheidungen schlimmstenfalls auch mit dem eigenen Aus bestraft zu bekommen, das ist im Grunde genau die Situation, die tägliche Realität für viele zehntausend Unternehmer und Unternehmen hier in Thüringen ist, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall FDP)

Sich zu sicher zu fühlen, ist genau der größte Fehler, den ein Unternehmer machen kann. Genau das tut aber der aus seiner Sicht wahrscheinlich größte Thüringer Wirtschaftsminister aller Zeiten. Er hält sich für unfehlbar. 4,4 Prozent, liebe Kolleginnen und Kollegen, solche Zustimmungswerte hatte in Thüringen zuletzt die Wirtschaftspolitik von Günter Mittag.

(Beifall FDP)

Wirtschaftspolitik im Interesse der heimischen Wirtschaft zu machen, das ist, Herr Minister, Ihre einzig richtige Aufgabe. Das ist eigentlich die einzige richtige Aufgabe, die Sie haben, und bei der versagen Sie kläglich. Gemessen an Ihren eigenen Ansprüchen ist das Ergebnis dieser Umfrage eine Katastrophe.

(Beifall FDP)

Der Vollständigkeit halber will ich mal erwähnen, dass die Frage, ob die Imagekampagne im Sinne der Thüringer Wirtschaft ist, ähnlich katastrophale Ergebnisse erbringt. Die Frage, die Sie sich eigentlich mal stellen müssen, lautet: Wie kann es zu solchen Umfrageergebnissen kommen?

(Beifall FDP)

Ich kann Ihnen da nur einige Denkanstöße mit auf den Weg geben.

(Abg. Barth)

(Zwischenruf Machnig, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Technologie: Jetzt bin ich aber gespannt.)

Das sollten Sie auch sein. Seit Sie hier sind, reden Sie alles schlecht, was in den letzten 20 Jahren vorher in Thüringen gemacht worden ist.

(Beifall FDP)

Das hat auch mit dem Hinterfragen, was ich eben sagte, nichts zu tun. Ich habe Sie noch nie eine Frage stellen hören, auf die Sie nicht schon sofort die Antwort wussten. „Ich sage Ihnen mal, was Sie da machen müssen“ und „Das kann ich Ihnen sagen“, das sind wahrscheinlich die zwei meist verwendeten Halbsätze, die ich in Ihren Reden so höre. Sie reden den Standort schlecht, Stichwort: Ausbeutung ist das vorherrschende Geschäftsmodell in Thüringen, die armen Arbeitnehmer und die bösen Kapitalisten als Gegensätze. Das, was Herr Carius hier eben von den bösen Vermietern und den armen Mietern auch berichtet hat als Bild.

Sie machen Politik für die Großen, der dritte Punkt. Opel, das ist Ihre Liga. Zu deren Gunsten werden auch schon schnell mal Förderbedingungen mitten im Jahr geändert. Das geht natürlich zulasten der kleinen Thüringer Unternehmen. Die müssen für 100.000 € Fördermittel zu Recht ordentliche Anträge stellen, müssen Bedingungen erfüllen,

(Beifall FDP)

Opel kriegt 15 Mio. € einfach so gegen eine unverbindliche Absichtserklärung.

Letzter Punkt: Sie missbrauchen Ihr Amt für Parteipolitik. Sie sind Wahlkampfmanager für Herrn Steinbrück.

(Beifall FDP)

(Heiterkeit SPD)

Sie reisen als Thüringer Wirtschaftsminister in die USA. Sie werden von nicht einem einzigen Thüringer Unternehmer begleitet. Sie besuchen in den USA nicht ein einziges Unternehmen und konsequenterweise ist auch offenkundig kein einziger Wirtschaftskontakt das Ergebnis einer Reise des Wirtschaftsministers in die USA. Ich habe nichts dagegen, dass Sie für Herrn Steinbrück Wahlkampf machen, so schlecht, wie der ist, kann der bleiben. Aber als Wirtschaftsminister ist es nicht Ihre Aufgabe

Präsidentin Diezel:

Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Abgeordneter Barth, FDP:

- letzter Gedanke -, Frau Präsidentin, Herr Minister, das haben Sie in Ihrem Urlaub zu machen, und dort ist es in Ordnung.

(Beifall DIE LINKE, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Zwischenruf Machnig, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Technologie: Was heißt denn hier Wahlkampf machen?)

Ich könnte diese Aufzählung noch weiter fortsetzen,

Präsidentin Diezel:

Herr Abgeordneter, Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Barth, FDP:

da würden 30 Minuten nicht reichen, das Ergebnis ist,

Präsidentin Diezel:

Sie haben aber nur fünf, und die sind jetzt vorbei.

Abgeordneter Barth, FDP:

95,6 Prozent sind unzufrieden und deswegen müssen Sie das jetzt erklären. Vielen Dank.

(Zwischenruf Machnig, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Technologie: Sie waren auch schon mal besser, Herr Barth.)

(Heiterkeit im Hause)

Präsidentin Diezel:

Als Nächster hat das Wort Abgeordneter Lemb aus der SPD-Fraktion.

Abgeordneter Lemb, SPD:

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, sehr geehrte Besucherinnen und Besucher auf der Tribüne, Herr Barth hat völlig recht, Herr Minister Machnig ist nicht der größte Wirtschaftsminister aller Zeiten in Thüringen, aber der beste.

(Beifall SPD)

(Zwischenruf Abg. Barth, FDP: Einsamer Applaus.)

Ja, Herr Barth, lieber einsamer Applaus als dass im Protokoll steht, das Parlament erheitert sich, wie das in Ihrem Beitrag war.

(Beifall SPD)

So ungefähr hatte ich mir das schon gedacht. Sie haben gar nicht erwähnt, dass es um die Umfrageergebnisse des Verbandes der Wirtschaft Thüringens geht, sondern Sie haben nur Bezug genommen auf die Schlagzeilen in den Medien. Ich würde mal empfehlen, 1. die Umfrage zu lesen und 2. herauszufiltern, was man an Überschriften hat und was man an wirklichen Fakten hat. Wie Sie dazu kom-

(Abg. Lemb)

men, diese Umfrageergebnisse in diesen Titel der Aktuellen Stunde und ein Misstrauensvotum gegenüber dem Wirtschaftsminister umzumünzen, das können nur Sie erklären, ist mir aber an dieser Stelle auch zweitrangig. Ich will zunächst einmal ganz schlicht feststellen, die VWT-Umfrage wird ja jährlich gemacht. Das ist eine wichtige Umfrage als Indikator für die Diskussion, für die Wahrnehmung, für die Stimmungslage in der Thüringer Wirtschaft, keine Frage. Ich will aber auch darauf hinweisen, wer und in welchem Umfang überhaupt befragt worden ist, und einmal ganz nüchtern feststellen - das ist nachzulesen in der Umfrage selbst -, befragt wurden 114 Geschäftsführer, die laut Aussage des VWT 22.000 Beschäftigte repräsentieren.

(Zwischenruf Barth, FDP: Endlich.)

Ob das eine repräsentative Umfrage ist, daran habe ich auch erhebliche Zweifel. Insofern, glaube ich, muss man, auch was die Schlussfolgerungen betrifft, mal etwas auseinanderstreifen, worüber wir hier reden. Das, was Sie angesprochen haben, ist ein kleiner Indikator einer, wie ich sie mal nenne, gefühlten Stimmungslage, die im Übrigen in dieser Umfrage überhaupt nicht näher definiert wird. Das heißt, was die Unternehmen angeblich an der Wirtschaftspolitik und an dem Wirtschaftsminister kritisieren, wird mit keinem Wort erwähnt. Ich bleibe mal bei den harten Fakten.

Die harten Fakten sind: 77,7 Prozent der Thüringer halten den Wirtschaftsstandort Thüringen nach wie vor für attraktiv - wenn Sie es nicht haben, nachzulesen auf der Seite 22 dieser Umfrage. 7,8 Prozent - jetzt leicht gestiegen im Dezember, das waren Novemberzahlen - Arbeitslosenquote in Thüringen, nach wie vor Spitzenreiter der neuen Bundesländer, wie Sie wissen. Der Arbeitsmarkt zeigt sich sehr robust trotz wirtschaftlichem Abschwung. Diese Zahlen im Ergebnis können nur so sein, wenn die Rahmenbedingungen stimmen.

Dritte wesentliche Aussage: Mehr als zwei Drittel der Thüringer Unternehmen wollen, dass der Konsolidierungskurs in Thüringen fortgesetzt wird. Wir werden morgen den Haushalt besprechen und den Haushalt beraten und morgen Abend oder morgen Nacht verabschieden. Ich glaube, dass dieser Haushalt wichtige Konsolidierungsmaßnahmen vorsieht. Natürlich wäre das noch konsequenter fortzusetzen. Das war ja auch gerade zu lesen beispielsweise mit den Ergebnissen der Untersuchung zur Gebietsreform, was meine Fraktion schon lange vorgeschlagen hat. Auch das wäre eine weitere Konsolidierungsmaßnahme im Sinne auch der Unternehmen.

Vierter Punkt - Forschung und Entwicklung: Mit 562 - hören Sie doch zu, Herr Barth, dann lernen Sie auch was - Patentanmeldungen per anno ist Thüringen mittlerweile unter den Top Ten in der Bundesrepublik. Das sind wichtige Kennziffern für die

Weiterentwicklung im Bereich der Forschung und Entwicklung und damit für die nachhaltige Sicherung der weiteren Entwicklung in der Thüringer Industrie.

Und last, but not least: Dem ökologisch nachhaltigen Wirtschaftswachstum stimmen 80 Prozent der Unternehmen zu. Das ist nicht ohne Grund so, sondern das ist eingebunden in unsere Strategie zur Frage eines ökologischen und nachhaltigen Wirtschaftswachstums. All das ist eingebunden in die Vielzahl von Maßnahmen, von Steuerungselementen, die wir im Rahmen der Wirtschaftspolitik in Thüringen weiter vorangetrieben haben auf der Basis des 2011 beschlossenen Mittelstandsförderungsgesetzes, auf der Basis des Trendatlases, auf der Basis

Präsidentin Diezel:

Ihre Redezeit, Herr Abgeordneter, ist auch vorbei.

Abgeordneter Lemb, SPD:

der Clusterstrategien, um nur einzelne Maßnahmen zu nennen. Das sollten Sie sich im Detail anschauen und dann werden

Präsidentin Diezel:

Kommen Sie bitte zum Ende.

Abgeordneter Lemb, SPD:

Sie auch zu anderen Schlussfolgerungen kommen. Herzlichen Dank.

(Beifall SPD)

Präsidentin Diezel:

Als Nächste hat das Wort Frau Abgeordnete Anja Siegesmund von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Abgeordnete Siegesmund, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, so viele Emotionen beim Thema Wirtschaftspolitik, das ist ja spannend. Lassen Sie mich mal ein bisschen zur Versachlichung beitragen.

Die FDP bezieht sich in der Tat auf eine Umfrage des Verbandes der Wirtschaft Thüringen. Jetzt sind hier einige Zahlen in Rede gewesen, die in dieser Umfrage tatsächlich auch zutage getreten sind, unter anderem, dass 77,7 Prozent den attraktiven Standort Thüringen ganz eindeutig betiteln. Was Herr Lemb jetzt aber gerade nicht gesagt hat, ist, dass in der Tat weniger Thüringer Unternehmen der Ansicht sind, dass Thüringen attraktiver Standort ist und es ist schon auch richtig, 36,9 Prozent

(Abg. Siegesmund)

stimmen der Aussage zu, dass die Thüringer Wirtschaftspolitik im Interesse der Wirtschaft ist. Da darf man wohl auch mal Fragen stellen und darüber reden, läuft denn alles gut - berechtigtes Interesse. Aber - und das ist völlig richtig - der erste Blick auf die Zahlen ist das eine. Wenn man sich so eine Studie anschaut, sollte man immer mehrere Fragen stellen. Die erste Frage ist: Wer wird eigentlich befragt? Das ist eben nur eine Seite, es sind die Arbeitgeber und die Wirtschaftsverbände. Herr Barth, ich muss mich an der Stelle Herrn Lembs Kritik wirklich unmittelbar anschließen, wer ein bisschen sich mit Forschung und sozialwissenschaftlicher Forschung auskennt, weiß, dass 114 Befragte nun wahrlich nicht 90.000 repräsentieren können.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Von daher an dieser Stelle - bei aller ehrenwerter Fragekunst, die dem VWT an dieser Stelle obliegt und die er auch jedes Jahr durchaus machen soll, das finde ich auch richtig und vernünftig -, sich an solchen Zahlen allein hochzuziehen, halte ich für schwierig. Noch mal, es ist eine Seite befragt worden, ganz eindeutig, nämlich die Arbeitgeber- und Arbeitgeberinnenseite. Vielleicht sollte man parallel, wenn Sie das sachlich diskutieren wollen, auch mal die Arbeitnehmer- und Arbeitnehmerinnenseite in Thüringen befragen. Da wären die Werte vermutlich auch nicht besser geworden, weil wir nach wie vor keinen Mindestlohn haben.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber das ist ein anderes Thema, für das diese Koalition ohne Zweifel auch verantwortlich ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir als GRÜNE stehen für eine Wirtschaftspolitik, die ökologisch, ökonomisch und sozial ist. Deswegen ist auch die Frage, wer wurde gefragt, zu beantworten. Und noch mal: Wer fragt jetzt eigentlich, wie wir diese Umfrage auszuwerten haben. Das fragt die FDP und, Herr Barth, wenn Sie sich hier sehr selbstbewusst hinstellen und von den 4,4 Prozent in der Umfrage sprechen, die der Landesregierung eine Wirtschaftskompetenz aussprechen, dann frage ich mich, wie Sie das angesichts der Tatsache tun können, dass die FDP auf Bundesebene im Augenblick eine Kompetenzzuschreibung in der Wirtschaftspolitik von 4 Prozent hat,

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

was ja nun als Partei, die sich dem Wirtschaftsliberalismus verpflichtet, eine Enttäuschung sein muss. Und Sie sind - das sei Ihnen mit auf den Weg gegeben - im September 2009 gestartet mit satten 14 Prozent. Vielleicht müsste die FDP sich vor allen Dingen mal mit sich selbst beschäftigen und sich mal fragen, wie es zu diesen Verlusten kommen kann. Da Sie ja jetzt bei den GRÜNEN manchmal auch Anleihe suchen und sogar auf Doppelspitze machen,

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

will ich mal Rainer Brüderle zitieren, der vor Kurzem sagte, dass er ganz klar die Kritik der Wirtschaft an den jüngsten Koalitionsentscheidungen von Schwarz-Gelb auf Bundesebene zurückweist und betont - Zitat: „Die Regierungsparteien seien nicht den Wirtschaftsverbänden verpflichtet, sondern dem Gesamtwohl des Landes.“ Wenn die FDP in Thüringen von Herrn Brüderle lernt, dann geht es bergauf. Deswegen bitte ich Sie auch, an dieser Stelle nicht nur die eine Seite zu betrachten, sondern auch die andere. Bevor ich jetzt hier hergehe und man meint, dies sei jetzt das Hohelied auf den Wirtschaftsminister in Thüringen, will ich Sie an dieser Stelle enttäuschen, das wird nicht kommen, weil wir natürlich als GRÜNE viele Kritikpunkte haben, wie Wirtschaftspolitik in Thüringen besser laufen könnte. Da ist zu nennen, dass wir im Bereich erneuerbare Energien auf dem absteigenden Ast sind, dass wir im Bundesländervergleich beim Leitern nur noch auf Platz 5 sind, ist ein Beispiel dafür. Doch, das müssen Sie sich schon hier auch anhören, Herr Machnig, das können wir Ihnen nicht ersparen, da nützt auch Grummeln und Brummen nichts.

(Beifall Abg. Adams)

Von daher, die SPD und die CDU sollten an dieser Stelle sich sehr genau überlegen, ob sie gemeinsam diese Wirtschaftspolitik tragen wollen und können. Wir wollen - das wissen Sie - die Energiewende bürgernah gestalten. Ob das 1.000-Dächer-Programm eine gute Idee in dieser Legislatur war und in die Geschichtsbücher Thüringens eingehen wird als ein großes Programm, sei dahingestellt. Wir sind der festen Überzeugung, es gibt mehr als genug Hausaufgaben zu machen. Im Bereich Innovation, im Bereich Investition, in F und E. Dazu bleiben wir gern mit Ihnen im Gespräch. Die Aktuelle Stunde der FDP unter der Überschrift zu sehen, lassen Sie uns mal eine Zäsur machen, und über die Wirtschaftspolitik in Thüringen zu reden, das kann man machen. Anderen Populismus vorzuwerfen und solche Titel anzumelden, halte ich aber für unredlich. Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Diezel:

Danke. Das Wort hat der Abgeordnete Michael Heym aus der CDU-Fraktion.

Abgeordneter Heym, CDU:

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, der Titel der Aktuellen Stunde der FDP-Fraktion „Mittelstand spricht Thüringer Wirtschaftsminister Misstrauen aus...“ spiegelt nicht die Ergebnisse der von der FDP herangezogenen Jahresumfrage des VWT wider.

(Abg. Heym)

(Beifall SPD)

Vielmehr drängt sich die Abwandlung eines Satzes von Churchill auf: Ich glaube nur der Umfrage, die ich auch selbst interpretiert habe. Der von Ihnen, liebe Kollegen und Kollegin von der FDP-Fraktion, gewählte Titel ist plakativ und wird der Politik der Landesregierung nicht gerecht.

(Zwischenruf Abg. Barth, FDP: Bei euren Aktuellen Stunden übrigens nie.)

(Beifall CDU)

Wir glauben nicht nur, wir sind sogar davon überzeugt, dass der Großteil der Thüringer Mittelständler diese Einschätzung und die Schlussfolgerungen der FDP-Fraktion nicht teilt. Kollege Lemb hat es schon einmal gesagt, es ist ausgeführt, über 77 Prozent stimmen der Aussage grundsätzlich zu, dass Thüringen ein attraktiver Standort ist. Der VWT spricht von einem guten wirtschaftlichen Jahr 2012, die Arbeitslosenquote ist gesunken auf 7,8 Prozent und drei Viertel der Unternehmen wollen ihre Beschäftigten, die sie im letzten Jahr hatten, halten oder auch noch ausbauen. Und, was weiterhin erfreulich ist, die Ausbildungsbereitschaft ist deutlich gestiegen, über 72 Prozent bilden aus. Das, liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP-Fraktion, ist nicht ein Beweis für großes Misstrauen, dafür sprechen diese Fakten jedenfalls nicht. Es gibt natürlich nichts, was nicht noch besser gemacht werden könnte.

(Beifall CDU)

Die Thüringer Unternehmen wünschen sich vor allem Freiraum, so sind eben über 94 Prozent der Befragten der Ansicht, dass der Staat Wachstum am besten fördert, indem er sich auf das Setzen von Rahmenbedingungen beschränkt. Der Wirtschaft hilft die Politik also am besten, wenn sie sich zum großen Teil zurückhält und wenn wir Bürokratie abbauen. Davon reden wir oft das ganze Jahr über, aber die Ergebnisse sind in der Tat noch steigerbar. Es muss auch in unserem eigenen Interesse sein, dass uns dort in Zukunft noch mehr gelingt. Aber auch diese Aussagen sind so alt wie die Befragungen, die da gemacht werden. Auch zu Zeiten, als wir einen Wirtschaftsminister Bohn hatten, gab es schon zu viel Bürokratie und die Unternehmen waren immer überfordert und überlastet mit all diesen Beschwerden. Das ist ja nicht unberechtigt, aber es ist kein Phänomen dieser Zeit.

Wir sind gut beraten, Förderprogramme für die Wirtschaft immer wieder zu hinterfragen und zu evaluieren und entsprechend auch auszufinanzieren. Das wird in den nächsten Jahren nicht leichter. Deshalb muss die Wirtschaft, müssen die Unternehmen von der Politik auch Verlässlichkeit erwarten können. Das gilt gerade für die Förderkriterien. Mit der morgigen Haushaltsdebatte und Verabschiedung gehen wir da auch die richtigen Schritte.

Ich will der Debatte von morgen nichts vorwegnehmen, aber wir schaffen damit Verlässlichkeit. Das betrifft sowohl Effizienz auch in eigenen Gesellschaften, aber es gilt genauso auch, dass wir uns dafür einsetzen, dass das Handwerk in dem uns möglichen Maß unterstützt wird.

Gedanken sollten wir uns natürlich auch machen, wenn Werte aus der Umfrage nicht so positiv sind. Nur 36 Prozent stimmen der Aussage zu, dass die Wirtschaftspolitik im Interesse der Wirtschaft ist. Oder nur 37,5 Prozent stimmen der Aussage zu, dass das Standortmarketing der Landesregierung zu einem positiven Bild der Thüringer Wirtschaft beiträgt. Hier stimmen wir ausdrücklich der Meinung des VWT zu, da sich diese Werte ausdrücklich verbessern lassen, wenn sich das Zusammenspiel aller Beteiligten, also der Wirtschaft und der Politik auch noch weiter verbessert.

Auf eine wichtige Forderung aus der aktuellen Unternehmensumfrage möchte ich noch eingehen. Die Unternehmen fordern von der Politik ein stärkeres Engagement bei der Haushaltskonsolidierung und beim Schuldenabbau auf allen politischen Ebenen. Hier treffen die Unternehmen den Nagel auf den Kopf. Das tut gut, das ist Kennzeichen und Markenzeichen der Politik der CDU-Fraktion. Die Landesregierung hat einen Doppelhaushalt ohne neue Schulden vorgelegt und Schulden werden getilgt. Dafür hat sich nicht zuletzt vehement die CDU eingesetzt. Diese politische Verantwortung fordert die Wirtschaft ein und der werden wir auch gerecht.

(Beifall CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP-Fraktion, die Wirtschaft registriert und honoriert dieses Ansinnen und entgegnet diesem Ergebnis nicht wie von Ihnen eingeschätzt mit großem Misstrauen. Ich bin überzeugt, dass der zuständige Minister die Werte, die aufgrund dieser Umfrage

Präsidentin Diezel:

Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Heym, CDU:

- ich bin beim letzten Satz, Frau Präsidentin - noch verbesserungswürdig und verbesserungsfähig sind, dem auch nachgehen wird. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU)

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank. Für die Landesregierung gibt es eine Wortmeldung. Entschuldigung, das sind die spontanen Meldungen, die nicht angemeldet werden. Herr Abgeordneter Hausold, bitte schön.

Abgeordneter Hausold, DIE LINKE:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ja, Herr Heym, ich bin zum Beispiel mit Ihnen auch einer Meinung, dass natürlich der Schuldenabbau eingeordnet werden muss und wichtig ist für Landespolitik in Thüringen. Andererseits will ich auch deutlich sagen, Schuldenabbau allein ist auch noch keine Wirtschaftsförderpolitik. Insofern sehe ich auch manche Debatte der Verbände

(Beifall DIE LINKE)

hier durchaus kritisch. Wieder beieinander sind wir aber sicherlich bei der Gesamteinschätzung dieses Tagesordnungspunkts. Ich könnte natürlich eine Reihe von Zahlen hier noch mal bekräftigen, die der Kollege Heym, der Kollege Lemb schon genannt haben, was die tatsächlichen Erkenntnisse aus der benannten Umfrage betrifft. Aber, ich glaube, darum ist es den Kollegen von der FDP auch nicht wirklich gegangen. Wirtschaftspolitik soll sachlich behandelt werden, aber in dem Titel ist das Wort „Thüringer Wirtschaftspolitik“ das einzig Sachliche, das andere ist weitestgehend Polemik und so war auch Ihr Beitrag hier. Das bringt uns natürlich in der Wirtschaftspolitik in Thüringen überhaupt nicht weiter, die Debatte ist eigentlich überflüssig, meine Damen und Herren.

(Beifall DIE LINKE)

(Unruhe FDP)

Ich will auf Folgendes noch mal zurückkommen, weil das von Kollegin Siegesmund angesprochen wurde: Ja, Wirtschaftspolitik und Arbeitsmarktpolitik sind natürlich zwei Seiten, aber es sind auch zwei Seiten ein und derselben Medaille. Ich wünschte mir auch, dass die Landesregierung und auch der Wirtschaftsminister hier noch viel konsequenter vorgehen würden. Aber ich will doch zunächst noch mal feststellen, dass Wirtschaftspolitik und Arbeitsmarktpolitik überhaupt wieder zusammen dekliniert werden, das haben wir doch erst seit dem Regierungswechsel im Jahr 2009. Dazu hat früher auch die Union nichts beigetragen in den letzten Jahren und die FDP war hier bei uns nicht. Dass sie in Berlin dazu maßgeblich was beigetragen hätte, konnte ich nie feststellen in Sachen Wirtschaftspolitik.

(Beifall Abg. Metz, SPD)

Insofern ist für mich auch bestätigt, dass mehr Rhetorik der Hintergrund für diesen Antrag ist.

(Beifall DIE LINKE)

Natürlich sehen auch wir wirtschaftspolitische Fragen nicht etwa unkritisch, das gehört einfach zur politischen Einschätzung. Ich sage zum Beispiel, wenn der besagte Verband anmahnt, dass beim Standortmarketing für die Schaffung eines positiven Images der Thüringer Wirtschaft nur knapp 47 Prozent der Befragten der Meinung sind, dass das bes-

ser werden muss, dass das ausgebaut werden muss, dann kann man das natürlich unterstreichen. Da sagen auch wir deutlich, da wünschen wir uns vonseiten des Wirtschaftsministeriums oder der Landesregierung insgesamt noch mehr Initiative. In einigen Punkten teilen wir die Kritik der Wirtschaftsunternehmen dahin gehend, dass die von Politik geschaffenen Rahmenbedingungen für das Wachstum der Thüringer Wirtschaft eben nicht in jedem Fall zielführend sind. Auch wir treten dafür ein - das will ich hier noch mal bekräftigen -, dass die kleinen und mittelständischen Unternehmen zukünftig eine höhere Unterstützung erfahren müssen.

Im Übrigen - das werden wir in der Haushaltsdebatte noch miteinander besprechen - haben wir auch in diese Richtung einen Änderungsantrag gestellt für den Doppelhaushalt, der da heißt, jeweils für die Jahre 2013 und 2014 1 Mio. € in diesem Bereich zu erhöhen. Darüber hinaus fordern wir, in der neuen EU-Förderperiode für 2014 bis 2020 als Schwerpunkt in das Operationelle Programm EFRE die Förderung dieser kleinen und mittelständischen Unternehmen in den Fokus zu stellen. Hierzu gehört neben der Stärkung der Forschungs- und Gründungskultur und Innovationsfähigkeit der Unternehmen in Thüringen auch die Bereitstellung und Vergabe von Mikrokrediten oder günstigen Darlehen für die kleinen und mittelständischen Unternehmen. Haben wir, ist ja okay, wir würden uns freuen, wenn das weiter ausgebaut werden könnte.

Aber all das auch Kritische rechtfertigt natürlich nicht wirklich, davon zu reden, meine Damen und Herren von der FDP, dass es ein Misstrauensverhältnis der Thüringer Wirtschaft oder des besagten Verbandes gegenüber der Wirtschaftspolitik des Landes so in Gänze gibt. Ich meine, es gibt positive Beispiele. Wir haben ein Nachhaltigkeitsabkommen in Thüringen. Wir haben eine Initiative „Thüringen braucht dich“, wir haben Qualifizierungsberatungen. Das alles - und das will ich zum Schluss sagen - heißt, gemeinsam Wirtschaftspolitik in diesem Land zu konzipieren. Das sollten wir weiter ausbauen. Von diesem gemeinsamen Anliegen habe ich allerdings vonseiten der FDP in dem Saal nichts gehört, meine Damen und Herren. Danke schön.

(Beifall DIE LINKE, SPD)

Präsidentin Diezel:

Danke schön, Herr Abgeordneter. Wir haben keine Redezeit mehr für die Fraktionen. Das Wort hat die Landesregierung. Herr Minister Machnig, bitte.

Machnig, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Technologie:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, auf diese Aktuelle Stunde habe ich lange gewartet.

(Minister Machnig)

(Heiterkeit und Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auf diese Aktuelle Stunde habe ich mich intensiv gefreut, denn sich von der FDP wirtschaftspolitisch kritisieren zu lassen,

(Zwischenruf Abg. Korschewsky, DIE LINKE:
Das ist doch immer wieder etwas Schönes.)

das ist immer wieder nett, vor allen Dingen - und darauf habe ich häufig hingewiesen -, wenn man auf die wirtschaftspolitischen Kompetenzwerte der FDP im Bund und im Land schaut,

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

die wahrscheinlich gar nicht messbar in der Landespolitik sind, weil es außer Nörgeln, außer Beserwisserei keinen intellektuellen Beitrag der FDP zur Wirtschaftspolitik gibt. Da ist eine Legende und ein Mythos, dass dies eine Wirtschaftspartei sei, die FDP ist eine Klientelpartei.

Deswegen will ich auch mal sagen, Herr Abgeordneter Barth, diesen Auftritt kann ich mir nur wie folgt erklären: Der Hormonspiegel seit Sonntag in Niedersachsen, die Blutzufuhr des Koalitionspartners von 9,9 Prozent muss zu dieser Rede geführt haben. Eine andere Erklärung, meine sehr geehrten Damen und Herren, finde ich dafür nicht, weil das, was hier als These in den Raum gestellt wird,

(Unruhe DIE LINKE)

führt dazu - und, Herr Barth, das hätten Sie dem Parlament zur Kenntnis geben müssen -,

(Unruhe FDP)

dass der VWT sich von Ihnen distanziert.

(Beifall SPD)

Dazu will ich Ihnen - und das hätten Sie hier verlesen sollen - einen Brief des VWT an Sie, der mir auch zur Kenntnis gegeben worden ist, verlesen.

(Zwischenruf Abg. Barth, FDP: Ja, bitte.)

Das hätte zur Redlichkeit gehört, zur Redlichkeit dessen, was Sie hier vorgetragen haben. Das macht auch klar, über welche hervorragenden Kontakte Sie in die Wirtschaft verfügen. Die distanzieren sich von Ihnen, weil, wer solche Partner hat, braucht keine Feinde mehr, lieber Herr Barth.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nun lese ich den Brief vor - ich zitiere. Den lese ich jetzt in aller Länge vor, weil das ein wunderbarer Brief ist. Der sollte auch im Protokoll des Parlaments nachzulesen sein. „FDP-Fraktion im Thüringer Landtag, Fraktionsvorsitzenden Herrn Uwe Barth, Jürgen-Fuchs-Straße 1, 99096 Erfurt.

(Heiterkeit BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sehr geehrter Herr Barth, ich freue mich, dass unsere Jahresumfrage 2013 ‚Wachstum in Zukunft‘ auf so großes Interesse in der FDP-Fraktion gestoßen ist. Selbstverständlich steht es jedem frei, die Ergebnisse der Umfrage als Grundlage für eine politische Diskussion zu nutzen.“ - und jetzt kommt es - „Ihre Schlussfolgerung, wie sie im Antrag der FDP-Fraktion auf eine Aktuelle Stunde im Landtag - Drucksache 5/5488 - zum Ausdruck kommt, teilt der Verband jedoch ausdrücklich nicht. Sie ist auch nicht in dieser von Ihnen gewählten Formulierung aus den Ergebnissen der Umfrage abzulesen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie gestatten, dass ich der Ministerpräsidentin und dem Wirtschaftsminister dieses Schreiben zur Kenntnis gebe. Mit freundlichen Grüßen Stephan Fauth.“ So sehen Klatschen aus,

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

eine richtige Klatsche, die Sie bekommen haben, und zwar verdient, weil Sie eines versuchen, weil Sie nichts zu sagen haben, wollen Sie sich an der deutschen Eiche reiben. Das bin in diesem Falle ich, manchmal sind es andere Eichen.

(Heiterkeit im Hause)

Dieses Mal bin ich die deutsche Eiche, an der Sie sich reiben wollen, weil Sie ansonsten nichts zu sagen haben.

Jetzt komme ich mal zu den Fakten, Herr Barth, und das, wie gesagt, weil am Ende man immer eines tun muss, man darf nie an die eigene Propaganda glauben. Ich tue das nicht. Deswegen sage ich mal eines:

(Heiterkeit im Hause)

Was Sie hier gemacht haben - ja, ich tue das nicht -, das war Propagandismus pur. Das hält den Fakten nicht stand. Ich stelle mal fest, ein amerikanisches Wirtschaftsblatt „Site Selection“ hat Thüringen zweimal zu den besten Standorten in ganz Europa gewählt. Wir haben große Ansiedlungserfolge in den letzten Jahren gehabt, Zalando, redcoon, Mercedes, Bosch usw. Das sind Erfolge, dafür würden andere Bundesländer die roten Teppiche ausrollen, damit ein Unternehmen wie Zalando mit 4.000 Beschäftigten nach Thüringen kommt.

(Beifall Abg. Metz, SPD)

Wir haben in den letzten beiden Jahren 2011 und 2012 die höchste Investitionsquote aller neuen Bundesländer. Das habe ich mir extra noch mal aufschreiben lassen, wir haben allein durch die Investitionen, die wir auf den Weg gebracht haben, in den letzten zwei Jahren 407 Projekte mit 470 Mio. € bezuschusst und haben damit Investitionen in der Größenordnung von 2,5 Mrd. angestoßen, haben darüber 28.100 Arbeitsplätze und 1.500 Ausbildungsplätze geschaffen und gesichert. Das ist die

(Minister Machnig)

Bilanz und mit der müssen Sie sich auseinander setzen und nicht hier irgendwelche heiße Luft erzählen, weil der Adrenalin Spiegel seit Sonntag noch nicht heruntergekommen ist. Das sind die Realitäten.

(Beifall CDU)

Jetzt will ich noch mal einen Satz sagen zu der Umfrage, ich habe da mal nachgerechnet.

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Guter Minister, guter Minister!)

In Thüringen gibt es 90.000 Unternehmen, dann werden 799 befragt, 114 antworten und dann kommt folgendes Ergebnis raus: 37 Prozent sagen, wir sind mehr zufrieden, wir sind ganz zufrieden, 14 Prozent wissen nicht und der Rest ist kritisch, das heißt, 114 durch zwei sind 57, das im Vergleich zu 90.000 Unternehmen ist ein Anteil von 0,06 Prozent der Unternehmen, die sich an dieser Debatte beteiligt haben. Das ist etwa die Größenordnung, 0,06 Prozent, auf die die FDP in Thüringen zusteuert, meine Damen und Herren.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen sage ich mal ganz offen, wer vorurteilsfrei - und ich bin dem Kollegen Heym sehr dankbar -, darauf schaut, da muss man sagen, natürlich nehme ich solche Hinweise ernst, natürlich.

(Zwischenruf Abg. Barth, FPD: Das hört man aus jedem Wort.)

Ja, das nehme ich ernst, nur lasse ich mich nicht - Herr Barth, verstehen Sie - veräppeln von Ihnen, weil das, was Sie hier vorgetragen haben, stimmt gar nicht. Denn wenn man in die Studie schaut, will ich mal sagen, worum es da im Wesentlichen geht. Es geht gar nicht so sehr um die Wirtschaftspolitik, da wird über Bildung was gesagt, über Haushalt, über Infrastruktur, dort gibt es eine Reihe von Hinweisen vonseiten der Unternehmen und die nehme ich sehr ernst. Natürlich brauchen wir moderne Infrastruktur, natürlich brauchen wir zum Beispiel Zubringer zu den Autobahnen, zum Beispiel Saalfeld/Rudolstadt weil ich gerade den Kollegen dort sehe, wo wir morgen darüber reden werden, eigentlich gar nicht mein Ressortbereich, aber egal, wir kümmern uns darum zusammen mit dem Kollegen Carius, weil das eine wichtige Entscheidung ist, das steht im Zentrum.

Jetzt muss ich noch mal eines sagen: Mir vorzuwerfen, ich würde hier alles schlechtreden, das entbehrt nun wirklich jeder Grundlage. Aber was ich mache,

(Zwischenruf Abg. Barth, FDP: Majestätsbeleidigung.)

nein, was ich mache, ist - und dabei bleibe ich auch -, dass ich darauf hinweise, dass das Thema Löhne ein Standortproblem ist für Thüringen. Sonst ist

nämlich gar nicht erklärbar, warum wir nach wie vor eine hohe Abwanderungsquote haben, warum wir beim Einkommen das Land sind, das ganz unten zusammen mit Mecklenburg-Vorpommern in der Einkommens-tabelle steht, dass wir über 30 Prozent der Menschen im Lande haben, die unter 8,50 € verdienen, viele junge Menschen abwandern, daraufhin ist nicht der Standort schlechtzureden, sondern es geht darum, dass wir über eine veränderte Lohnpolitik in den nächsten Jahren die Voraussetzungen dafür schaffen, dass wir noch genügend Fachkräfte haben, damit unsere Unternehmen wachsen können. Das ist doch die Realität und das werde ich auch weiterhin tun.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Da stimme ich Dieter Hausold ausdrücklich zu, Wirtschafts- und Arbeitspolitik muss man zusammen denken. Wer Wirtschaftsminister ist, muss auf den Arbeitsmarkt schauen und der Arbeitsminister muss auch die Wirtschaft verstehen und welche Rahmenbedingungen dort möglich sind. Das tue ich und das versuchen wir. Da sage ich ganz offen, ich mache auf vielen Veranstaltungen ganz andere Erfahrungen, was die Akzeptanz der Wirtschaftspolitik angeht.

(Zwischenruf Abg. Barth, FDP: Ja, bei Opel.)

Nein, nicht bei Opel. Ich sage Ihnen mal ganz offen, Sie sind diejenigen, die die Kollegen in Eisenach im Stich gelassen haben.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie waren es, die sich in die Büsche geschlagen haben, als es darum ging, für den Eisenacher Standort zu kämpfen, und der ist wichtig für Opel, der ist wichtig für Thüringen, der ist wichtig für die gesamte Zulieferbranche und das gehört dazu. Genauso wie Sie das bei Schlecker gemacht haben, da haben Sie sich auch in die Büsche geschlagen, haben Tausende von Kolleginnen in die Arbeitslosigkeit geschickt; das ist die FDP, nichts anderes.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Unruhe FDP)

Das ist keine Propaganda, Herr Barth. An Ihrem Wirtschaftsminister Zeil ist die Frage gescheitert, dass es einen Kredit gibt vonseiten der Landesregierung, alle anderen Länder hätten - an Ihnen ist das gescheitert und das ist Ihre Verantwortung,

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und das müssen Sie den Kollegen erklären. Das ist die Wahrheit.

(Unruhe FDP)

(Minister Machnig)

Das ist die Wahrheit und nichts anderes, natürlich. Wie wichtig euch das Thema Wirtschaftspolitik ist, kann man ja an einem sehen: Ihr habt jetzt den Herrn Brüderle nach vorn geschickt, damit er den Bundeswirtschaftsminister im Wahlkampf verstecken muss, das verstehe ich; der wirkt wie ein Auszubildender in dieser Debatte und deswegen kann ich verstehen, den zeigt man nicht so gerne in der Diskussion.

Jetzt komme ich noch zu einem Punkt zurück, den fand ich auch als Höhepunkt, das muss ich wirklich sagen: Das ist die Frage, dass ich in die USA gereist bin. Ich bin auf Einladung der Friedrich-Ebert-Stiftung dahin gereist, die haben alle Kosten übernommen, die haben mir ein Programm gemacht. Im Übrigen, Ihr Parteivorsitzender Herr Rösler war auf Einladung der Naumann-Stiftung in Vietnam. Das gönne ich ihm.

(Zwischenruf Abg. Bergner, FDP: Wie war das mit der Propaganda?)

Ach, hör auf - was ist der? Der ist Lernminister,

(Heiterkeit BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

der ist Überlebensminister, der muss sich jeden Tag gegen euch wehren, damit er überhaupt atmen kann. Das ist sein Problem.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und jetzt bin ich da eingeladen worden, bin dort hingefahren, habe mit dem IWF gesprochen, habe mit der Weltbank gesprochen.

(Zwischenrufe aus der FDP-Fraktion)

Das gehört dazu. Das wissen Sie wahrscheinlich alle schon, was die da sagen, wissen Sie schon. Herr Barth ist so klug, der muss mit niemandem reden, der weiß, was die Weltbank denkt, ohne mit ihnen gesprochen zu haben. Das stelle ich hier einmal fest.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Also mit wem habe ich gesprochen? Ich habe mit Abgeordneten aus dem Kongress und aus dem Senat gesprochen und ich habe daran mitgewirkt - deshalb fahre ich im Februar wieder hin -, dass es einen transatlantischen Wirtschaftsdialog gibt. Da kündige ich schon mal an, damit Sie dann die nächste Kleine Anfrage stellen können, ich werde im Februar wieder auf Einladung der Ebert-Stiftung nach Washington fahren, weil wir dort den transatlantischen Dialog Ebert-Stiftung mit Ökonomen aus Deutschland mit den USA beginnen werden.

(Unruhe FDP)

Ihr wisst doch noch nicht einmal, wie „Transatlantik“ geschrieben wird, geschweige denn „transatlantischer Dialog“.

(Heiterkeit BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Unruhe FDP)

Also das mache ich dort, damit das nur klar ist. Ich sage einmal offen, wer nicht weiß, was in der Welt stattfindet, der kann auch nicht Politik für Thüringen machen. Man muss verstehen, was in der Welt los ist.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Alle reden über Globalisierung. Wer die Globalisierung nicht versteht und nicht auch mit im Gespräch ist an vielen Orten der Welt und mit Sachverständigen redet und sich auch weiterqualifiziert über solche Gespräche, der weiß nicht, worüber er redet.

(Unruhe FDP)

Deswegen überlege ich, Herr Barth, ob ich die Ebert-Stiftung mal frage, ob ich Sie mitnehmen darf, damit Sie dann auch an den Gesprächen teilnehmen können und Sie sich ein bisschen weiterentwickeln können.

Summa summarum komme ich zu folgendem Ergebnis: Das, was Sie hier vorgeführt haben, muss ich sagen, das gehört in die Kategorie „unseriös“. Sie versuchen, eine Umfrage zu instrumentalisieren. Noch einmal, soll ich es schreiben, soll ich es verteilen lassen, damit das ganze Parlament - ja, die distanzieren sich von Ihnen, weil sie sagen, so macht man nicht Politik. Diese Schlussfolgerungen sind falsch. Deswegen würde ich Sie gern einmal auffordern, uns mal einen sachlichen Beitrag inhaltlich zu bieten, weil ich den noch nicht gehört habe. Das habe ich noch nicht gehört und das wäre eigentlich der Punkt.

Ein letzter Satz zu Frau Siegesmund: Was mir am meisten Schmunzeln macht, mir zu sagen, ich sollte mich mehr für erneuerbare Energien einsetzen. Da muss ich sagen, da schmunzele ich nun breit. Ich habe das schon getan, ich mache das seit vielen Jahren, mache das auch hier. Ich sage ganz offen, wir sind dabei als Land und das ist die Grundlage dafür, dass wir hier im Plenum den Landesentwicklungsplan,

(Zwischenruf Abg. Untermann, FDP: Den haben wir schon lange.)

das Landesplanungsgesetz endlich beschließen, weil wir eine neue gesetzliche Grundlage brauchen. Das liegt im Parlament vor. Wir können zügig beraten. Wenn wir das haben, können wir auch gezielter und besser ausbauen. Das ist doch völlig klar.

(Zwischenruf Abg. Schubert, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das Planungsgesetz ist abgeschlossen.)

Das ist noch nicht abgeschlossen, das ist doch nicht wahr. Der LEP liegt doch noch hier. Der LEP

(Minister Machnig)

ist hier noch in der Beratung, natürlich. Wir werden noch bis Mitte des Jahres brauchen, weil darin wichtige Ziele festgesetzt werden.

Also ich werde nicht nachlassen, weil das das wichtigste Instrument ist im Übrigen dafür, die Erneuerbaren zu fördern. Ich freue mich auf weitere wirtschaftspolitische Diskussionen hier im Hohen Hause, ich freue mich auf viele Anregungen und ich stimme dem Kollegen Heym ausdrücklich zu, die Dinge, die dort angesprochen und die auch seriös sind, ernstzunehmen, aufzunehmen und bei zentralen Themen, Infrastruktur, Qualifizierung, aber auch Löhne, die Rahmenbedingungen für dieses Land so weiter zu gestalten, dass wir auch noch in zwei, drei, vier und in fünf und in zehn Jahren einer der besten, einer der attraktivsten Wirtschaftsstandorte sind. Wenn wir das gemeinsam machen, dann haben wir für dieses Land etwas getan. Herzlichen Dank.

(Beifall SPD)

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank. Es ergibt sich aus der Länge der Rede des Wirtschaftsministers jeweils für die Fraktionen noch 1 Minute Redezeit. Möchte die in Anspruch genommen werden? Ich sehe, das ist nicht der Fall.

Dann schließe ich diesen Teil der Aktuellen Stunde und rufe auf den **dritten Teil**

c) Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion der CDU zum Thema: "Erfolgreiche Zusammenarbeit am Beispiel Oberhof: Neue Wege interkommunaler Zusammenarbeit"

Unterrichtung durch die Präsidentin des Landtags
- Drucksache 5/5509 -

Ich eröffne die Aussprache mit dem Abgeordneten Michael Heym von der CDU-Fraktion.

Abgeordneter Heym, CDU:

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, interkommunale Zusammenarbeit oder kurz IKZ ist eine Ausprägung des verfassungsrechtlichen Grundsatzes der kommunalen Selbstverwaltung. Die wesentlichen gesetzlichen Bestimmungen hierzu finden wir in der Thüringer Kommunalordnung sowie im Thüringer Gesetz über die kommunale Gemeinschaftsarbeit. Obwohl sich diese Regelungen und damit die kommunalen Kooperationen in den vergangenen Jahren schon erfolgreich bewährt haben, wollen wir die interkommunale Zusammenarbeit in Thüringen weiter ausbauen. Dies gilt insbesondere mit Blick auf die Demografieent-

wicklung und den sich daraus ableitenden Herausforderungen.

Die interkommunale Zusammenarbeit bietet bereits heute ein enormes Potenzial für eine wirtschaftlichere und kostensparendere Aufgabenerledigung auf nahezu jedem Gebiet der kommunalen Betätigung. Als Beispiel sind an dieser Stelle der Brand- und Katastrophenschutz, die Gesundheitsämter oder, um am Beispiel von Oberhof zu bleiben, der Tourismus als maßgeblicher Wirtschaftsfaktor zu nennen, gemeinsam mit dem Spitzensport, der nicht zuletzt ein enormer Werbeträger für die Region und für unseren Freistaat ist.

Um die Kommune in den nächsten Jahren besser fördern zu können, haben wir im Haushalt 2013/14 auch 1 Mio. € bereitgestellt. Diese Summe soll und wird vielfältige Früchte tragen und das Instrument IKZ weiter vorantreiben.

Ebenso wichtig ist uns eine kompetente Beratung auf diesem Gebiet. Daher ist es richtig und gut, dass es dem Thüringer Innenministerium gelungen ist, den ehemaligen Bürgermeister von Zeulenroda, den Herrn Frank Steinwachs, als Berater für das Thüringer Zentrum für interkommunale Zusammenarbeit zu gewinnen.

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: Das ist ein Versorgungsposten, nicht mehr.)

Er soll die Möglichkeiten, Chancen und Bereitschaft der Kommunen zur Kooperation ausloten, für eine vertiefte kommunale Zusammenarbeit werben sowie Städten und Gemeinden beratend zur Seite stehen. Beabsichtigt ist zudem die Errichtung einer kommunalen Anstalt des öffentlichen Rechts. Diese Rechtsform soll in einer Novelle der Thüringer Kommunalordnung ihre gesetzliche Ausgestaltung erfahren,

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wo bleibt die Bürgerbeteiligung?)

um künftig insbesondere Dritte leichter in Kooperation zwischen Kommunen mit einbeziehen zu können. Dies ist in anderen Bundesländern, zum Beispiel in Hessen, bereits üblich und hat sich bewährt. Durch die erweiterten Möglichkeiten der Zusammenarbeit können beispielsweise auch Mitarbeiter besser ausgelastet und damit öffentliche Aufgaben in hoher Qualität aufrechterhalten werden.

Mit Blick auf Oberhof bietet die interkommunale Zusammenarbeit bereits zum jetzigen Zeitpunkt zahlreiche Möglichkeiten und Chancen, den Standort als Tourismusdomizil auch in den kommenden Jahrzehnten weiter effizient zu betreiben und voranzubringen, um die besonderen Aufgaben an diesem Standort auch langfristig bewältigen zu können.

Mit dem morgen zur Abstimmung stehenden Haushaltsbegleitgesetz wird der Weg für einen Zweck-

(Abg. Heym)

verband geebnet, in dem neben der Stadt Oberhof der Landkreis Schmalkalden-Meiningen und das Land beteiligt sein werden. So werden die finanziellen Lasten der Sicherung des Spitzensports an diesem Standort im Zusammenhang mit den Aufgaben des Tourismus besser, klarer und auch langfristig gerecht verteilt.

Meine Fraktion geht davon aus, mit dem Instrument IKZ den Standort Oberhof mit seinen Aufgaben langfristig gesichert zu haben. Möge das ein gutes Beispiel sein für weitere Felder der Zusammenarbeit auf allen kommunalen Ebenen im gesamten Freistaat.

(Beifall CDU)

Präsidentin Diezel:

Danke schön. Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Dirk Adams von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Abgeordneter Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr verehrte Gäste hier im Thüringer Landtag, liebe Kolleginnen und Kollegen im Thüringer Landtag, die Aktualität dieses Beitrags ist mir nicht ganz klar geworden, aber sei es dahingestellt. Mit Blick auf Ihren Antrag zur Aktuelle Stunde und den der SPD stellen wir GRÜNE fest, zwei Fraktionen, ein Antrag, keine Koalition.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mindestens auf zwei Aspekte in diesen Aktuellen Stunden trifft das zu, nämlich einmal auf die Frage: Wie können wir Handlungsspielräume für unsere Kommunen und Kreise voranbringen, über eine Gebietsreform oder über andere Wege? Und die Frage: Was hilft Oberhof? Zu Letzterem will ich als Erstes sprechen.

Was hilft Oberhof? Zunächst einmal natürlich eine klare und entscheidende Landesregierung. Wir haben das leider im Augenblick nicht. Seit drei Jahren doktern Sie in einer Arbeitsgruppe herum, ob man einen Zweckverband, eine GmbH, versus eine gGmbH oder einen Verein - wie wir das zusammenbringen oder alles so lassen, wie es bisher war, und Sie kommen nicht zum Ende. Selbst heute - man könnte ja annehmen, dass der aktuelle Anlass der Punkt ist, dass die Entscheidung getroffen ist - haben wir den Zweckverband noch nicht. DIE LINKE muss in jedem Vierteljahr im Wirtschaftsausschuss danach fragen: Wie wollt ihr das eigentlich machen? Das nennen Sie eine erfolgreiche Arbeit? Ich nenne das keine erfolgreiche Arbeit, denn es ist ein Herumdoktern.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Abg. Leukefeld, DIE LINKE)

Ich will nur an einem Beispiel - eine Aktuelle Stunde lässt leider nicht mehr zu - kurz deutlich machen, wo unsere Kritik an Ihrer, das heißt hier der Oberhofpolitik, wenn man es so sagen will, der Koalition und der koalitionstragenden Fraktionen besteht. Oberhof braucht Entwicklungspotenziale und Entwicklungsimpulse. Die schafft man nicht dadurch, dass man sagt, ihr habt alles bisher richtig gemacht, bitte lasst es so, wie es gewesen ist. Ihr habt recht, so wie ihr das gemacht habt und wenn jemand anfängt, euch zu kritisieren, stehen wir alle zusammen und wehren uns dagegen. Das ist nicht der Weg, wie man Impulse auslöst.

(Zwischenruf Abg. Heym, CDU: Das macht doch auch keiner.)

Impulse, sehr geehrter Herr Heym, löst man nur aus, indem man eine Kritik an den Anfang stellt. Diese Kritik umfasst in Oberhof einen - und das haben Sie hier wieder gebracht - anderen Blick. Sie verbinden seit Jahrzehnten in diesem Ort Spitzensportförderung und Tourismusförderung. Sie können zu Recht argumentieren - da gebe ich Ihnen ausgesprochen recht -, dass Sie an zwei Wochenenden eine Werbung für diesen Standort machen, für Oberhof machen, nämlich wenn wir Rodelwettkämpfe, Weltcuprennen und Ähnliches haben, und Biathlonwettkämpfe. Da haben Sie zwei Wochenenden, an denen Sie

(Zwischenruf Abg. Baumann, SPD: Drei.)

30.000 Besucher haben. Aber Sie vergessen bei all Ihrer Förderung, was Sie an den 350 Tagen über dieses Jahr machen, wo Sie 1.000 Besucher hätten. Hier ist einfach der Förderansatz dieser Landesregierung auch in dieser Legislatur falsch gewählt und darüber muss man debattieren. Darüber sollte man debattieren.

Jetzt kommen wir zu der Frage interkommunale Zusammenarbeit. Die CDU kniet förmlich vor diesem Begriff und es soll die letzte Lanze sein, die Sie haben gegen eine Gebietsreform,

(Beifall Abg. Kuschel)

die Sie scheuen, wie der Teufel das Weihwasser.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, haben Sie es in der CDU noch nicht verstanden? Der Thüringen-Monitor sagt es Ihnen, die Staatskanzlei sagt es Ihnen mittlerweile, die Beamten der GdP sagen es Ihnen.

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Welche Staatskanzlei?)

Welche Staatskanzlei? Die Thüringer Staatskanzlei hat eine Arbeitsgruppe zusammengestellt und deren Ergebnisse scheinen Sie nicht zu mögen, Herr Fiedler. Sie mögen sie nicht und deshalb sind Sie hier als Claqueur unterwegs.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Abg. Adams)

Sie alle sagen Ihnen, wir brauchen eine Gebietsreform, sonst führt kein Weg weiter. Wir GRÜNE fügen noch etwas hinzu: Die prognostizierbaren Effektivitätsgewinne und Einsparungsgewinne können wir nur realisieren, wenn wir auch mehr Beteiligung organisieren. Die von Ihnen vorgeschlagene, hier vorangestellte Kooperation in Oberhof ist keine Kooperation wie wir sie uns wünschen. Wir brauchen eine Kooperation in Bürgerkooperativen, wo Menschen zusammenarbeiten oder Gemeinden zusammenarbeiten, und zwar nicht vertreten durch ihre Wahlbeamten, sondern vertreten durch ihre Gemeinderäte, um Transparenz zu schaffen, dass man nämlich auch die Frage stellt: Was wollen die Leute vor Ort?

(Unruhe CDU)

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Ministerpräsidentin ist leider nicht da - die Ministerpräsidentin hatte in ihrer ...

Präsidentin Diezel:

Herr Abgeordneter, Ihre Zeit ist zu Ende.

Abgeordneter Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Ich wollte der Ministerpräsidentin nur noch kurz die Unterstützung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zusagen, die Ergebnisse der Staatskanzleikommission zur Gebietsreform auch umzusetzen. Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Diezel:

Als Nächster hat Abgeordneter Dirk Bergner von der FDP-Fraktion das Wort.

Abgeordneter Bergner, FDP:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, die FDP-Fraktion ist ein Verfechter der interkommunalen Zusammenarbeit.

(Beifall CDU, FDP)

Wir haben es immer gefordert. Statt Zwangsgebietsreform, so wie es einige Fraktionen hier im Hohen Haus favorisieren, sollten wir in Thüringen auf das Instrument der interkommunalen Zusammenarbeit setzen.

(Beifall FDP)

Leider sehen es nicht alle im Hohen Haus so, jedenfalls nicht, was für eine Chance uns die Zusammenarbeit zwischen Kommunen auch über Kreisgrenzen hinweg bietet. Auch, meine Damen und Herren, die Landesregierung bleibt unseres Erach-

tens weit hinter ihren Möglichkeiten zurück. Auf eine Kleine Anfrage der FDP-Fraktion in der Drucksache 5/2436, welche Impulse die Landesregierung zur Verbesserung der interkommunalen Zusammenarbeit bei den Kommunen setzt, gab es diese bemerkenswerte Antwort: „Die Umsetzung steht in Verantwortung der Kommunen.“ Impulse zu setzen und die interkommunale Zusammenarbeit voranzutreiben, meine Damen und Herren, sieht aber meines Erachtens anders aus. Deswegen frage ich mich, was es jetzt für neue Wege gibt, wie es der Titel der Aktuellen Stunde suggeriert. Diese Frage konnte in der Kleinen Anfrage vom September leider auch nicht beantwortet werden. Wenn der neue Weg die Beteiligung des Landes an kommunalen Zweckverbänden ist, dann kann ich mir mit dem Blick auf die Bildung des Zweckverbandes KET und den E.ON-Deal jetzt schon vorstellen, wie es enden wird.

(Beifall FDP)

Sie ziehen als Musterbeispiel interkommunaler Zusammenarbeit ausgerechnet ein Beispiel heran, bei dem es eben nicht in erster Linie um die Zusammenarbeit von Kommunen geht. Vielmehr soll das Land einspringen, weil es die Kommunen aus nachvollziehbaren Gründen nicht selbst stemmen können. Dafür wollen Sie gleich mal ad hoc die Rechtslage ändern, um das Land in einen Zweckverband eintreten lassen zu können. Eine Herangehensweise, meine Damen und Herren, die bei allem Verständnis für das Ziel auf den Holzweg führen muss.

(Beifall FDP)

Eines, meine Damen und Herren, ist ein solches Mischkonstrukt mit Sicherheit von vornherein nicht, nämlich ein Musterbeispiel für interkommunale Zusammenarbeit. So gesehen, liebe Kolleginnen und Kollegen, haben Sie bei aller Sympathie für das Thema interkommunale Zusammenarbeit mit dem Titel Ihrer Aktuellen Stunde und mit dem Inhalt Ihres Vortrags schlicht das Thema verfehlt.

(Beifall FDP)

Ich finde den Titel der Aktuellen Stunde aber auch aus einem anderen Grund sehr gewagt. Erfolgreiche Zusammenarbeit am Beispiel Oberhof. Als beachtlich kann ich bisher nur die Höhe der Gelder bezeichnen, die in Oberhof geflossen sind und noch fließen werden. Was aber aus Oberhof wird und wie es sich entwickelt, das ist doch die alles entscheidende Frage. Diese können aber weder Sie von der CDU noch Sie von der SPD beantworten. Auch das Konzept baut auf gewagten Prognosen auf, bei denen der eine oder andere Experte die Arme über dem Kopf zusammenschlägt. Und sich hier mit einer Aktuellen Stunde, meine Damen und Herren, für etwas feiern zu lassen, für das es noch nicht den geringsten Anlass gibt, das finde ich schon sehr bemerkenswert.

(Abg. Bergner)

(Beifall FDP)

Oberhof, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist ein großes Sport- und Tourismusgebiet und als deutsches Wintersportzentrum bekannt, es ist für Thüringen ein Aushängeschild und das - das ist selbstverständlich gar keine Frage - 2011 mit rund 405.000 Übernachtungen und fast 130.000 Gästen in den Beherbergungsstätten. Wir können also nur für Thüringen hoffen, dass Oberhof, so wie Sie es von Ihrem Konzept her gern sehen würden, eine Erfolgsgeschichte wird und kein Fass ohne Boden. Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall FDP)

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank. Für die Fraktion DIE LINKE hat das Wort Abgeordneter Kuschel.

Abgeordneter Kuschel, DIE LINKE:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, die CDU will die kommunale Gemeinschaftsarbeit intensivieren. Das wollen wir als LINKE auch, allerdings sind die Motivlagen zwischen uns grundverschieden. Die CDU möchte die interkommunale Zusammenarbeit deshalb intensivieren, um eine notwendige Funktional-, Verwaltungs- und Gebietsreform zu „umschiffen“. Das wird aber misslingen, weil da nach unserer Überzeugung - das ist unsere Motivation - die interkommunale Zusammenarbeit immer ein ergänzendes Element zur Tätigkeit leistungsstarker und bürgerorientierter Gemeinden und Landkreise darstellen wird und muss. Davon sind wir aber meilenweit entfernt. Wir sind davon überzeugt, dass die gegenwärtigen gesetzlichen Rahmenbedingungen der kommunalen Gemeinschaftsarbeit nachgebessert werden müssen, weil die Erfahrungen der letzten Jahre diese Notwendigkeit mehr als bestätigt haben. Herr Heym hat hier verkündet, dass die kommunale Gemeinschaftsarbeit sich in den letzten Jahren bewährt hat. Wir haben in diesem Bereich andere Erfahrungen wie auch viele Bürgerinnen und Bürger. Ich darf an die unsägliche Geschichte der Wasser- und Abwasserzweckverbände erinnern, diese Problematik ist noch nicht gelöst, beispielsweise der Abfallzweckverband Südwestthüringen mit seiner Müllverbrennungsanlage in Zella-Mehlis. Dort werden die Defizite der kommunalen Zweckverbände mehr als deutlich. Wir formulieren es immer so - ich weiß, dass das etwas überspitzt ist -, kommunale Zweckverbände sind zumindest demokratiereduzierter Raum, weil der Bürger ganz weit weg ist, er hat kaum eine Möglichkeit, dort mitzuwirken und alle Nachbesserungsversuche, insbesondere vonseiten der CDU, sind fehlgeschlagen. Ich darf in diesem Zusammenhang an die Möglichkeit der Schaffung von Verbraucherbeiräten erinnern. Diese haben sich als völlig „zahnloser Tiger“ herausgestellt.

Völlig zahnlos, weil die meisten Empfehlungen, die dort von ehrenamtlich tätigen Bürgerinnen und Bürgern gegeben werden, auf eine Blockadehaltung der Bürgermeister in den Verbandsversammlungen prallen. Ein zweites Defizit ist, dass in den meisten Zweckverbänden ausschließlich Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sitzen, keine Gemeinderäte, keine Stadträte und schon gar nicht Bürgerinnen und Bürger. Dort sehen wir Nachbesserungsbedarf. Wenn wir wirklich kommunale Gemeinschaftsarbeit weiter gestalten wollen, müssen wir diese Hemmnisse in der kommunalen Gemeinschaftsarbeit beseitigen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Herr Heym hat auch hierauf verwiesen, dass die CDU bzw. die Koalition der Landesregierung vorgeschlagen hat, in den nächsten beiden Jahren Projekte der kommunalen Gemeinschaftsarbeit mit 1 Mio. € aus den Mitteln des Finanzausgleichs zu fördern. Herr Heym, es ist einmal falsch, zu sagen, es handelte sich hier um Landesmittel, sondern wir zwacken das der Finanzmasse, die den Gemeinden verfassungsrechtlich zusteht, ab. Das wäre zulässig, wenn dies gut angelegtes Geld wäre. Aber Sie wollen eine halbe Million Euro schaffen zunächst einen Versorgungsposten für einen langjährigen CDU-Bürgermeister. Ich weiß nicht, was dieser für eine Vergütung oder Aufwandsentschädigung bekommt, das wissen wir nicht, aber wenn man tatsächlich die letzten Jahre noch einmal Revue passieren lässt, wird man feststellen: Was will man mit einer halben Million Euro Projektmitteln fördern? Das ist nach unserer Überzeugung Geld an der falschen Stelle eingesetzt.

(Beifall DIE LINKE)

Nun zum Problem Oberhof. Da können Sie hier diskutieren, wie Sie wollen, da teile ich sogar die Auffassung von Herrn Bergner, FDP. Allerdings, Herr Bergner, Ihre Auffassung zur kommunalen Energie Thüringen, also dem Kommunalen Zweckverband, der die Anteile von E.ON erwerben will, teile ich nicht. Aber das können wir noch einmal an anderer Stelle diskutieren. Aber zu dem, was Sie zu Oberhof gesagt haben, haben Sie unsere volle Zustimmung. Es ist de facto ein völlig neues Konstrukt. Wo jetzt noch gar keine Rechtsgrundlage entstanden ist, soll diese morgen oder übermorgen erst geschaffen werden. Der Innenminister und sein Landesverwaltungsamt sind noch in der Prüfungsphase. Also wissen wir gar nicht, ob das alles genehmigt wird, kann ja auch noch nicht, denn Sie wollen das Land mit ins Boot nehmen. Eines steht fest: Wir kommen auch um Oberhof nicht umhin, über eine neue Gemeinde oder eine Gemeindeneugliederung nachzudenken. Nur allein dort einen Zweckverband mit der Bewirtschaftung der Sportstätten zu beauftragen, ist zu wenig. Da gibt es Signale, die Oberhofer sind bereit, Zella-Mehlis auch, aber da muss-

(Abg. Kuschel)

te das Land mitspielen, weil Zella-Mehlis dies sonst allein nicht macht.

Präsidentin Diezel:

Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Abgeordneter Kuschel, DIE LINKE:

Insofern ist es ein Versuch der CDU, wir werden die Defizite deutlich machen. Wir werden hier noch öfter Gelegenheit haben, über dieses Thema zu diskutieren, spätestens morgen.

(Beifall DIE LINKE)

Präsidentin Diezel:

Danke schön. Für die SPD-Fraktion hat der Abgeordnete Rolf Baumann das Wort.

Abgeordneter Baumann, SPD:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, Oberhof - ein Ort wie kaum ein anderer in Thüringen, der die Medienlandschaft teilweise über Wochen, natürlich hauptsächlich im Winter beherrscht und das verbunden mit einer fast durchweg positiven Beurteilung. Sieben Wintersportarten werden dort trainiert, der Olympiastützpunkt stellt ein Viertel der Kader für die Nationalmannschaften im Wintersport. Außerdem hat Oberhof 2012 460.000 Touristen gehabt - Herr Bergner ist nicht mehr da -, das sind die aktuellen Zahlen

(Zwischenruf Abg. Bergner, FDP: Doch, Augen auf!)

- ach, da oben -, das sind 13 Prozent mehr als 2011. Für die nächsten Jahre sind Investitionen in Höhe von 35 Mio. € geplant. Oberhof ist ein Aushängeschild für Thüringen und prägt das Thüringer Bild maßgeblich mit. Das ist ein Erfolg dieser Landesregierung, vor allem der Bereiche aus dem Wirtschaftsministerium, Tourismus-, Sport- und Bauministerium, dass wir diese 35 Mio. € in den nächsten Jahren investieren können. Dafür möchte ich mich auch auf diesem Wege noch mal bedanken. Wir brauchen diese Zusammenarbeit auch weiterhin in der Zukunft.

Die internationalen Reaktionen darauf - das sage ich Ihnen, Herr Adams, mit Ihrer ständigen Kritik, Sie waren nicht mal in Oberhof gewesen, ich weiß nicht, ob Sie zu einem Wettkampf dort oben waren, sagen hier an zwei Wochenenden, es sind vier Wochenenden, weil wir nämlich vier Weltcups haben, das wissen die wenigsten, wir haben die Tour de Ski, wir haben Biathlon, wir haben Rennrodeln und wir haben im Juniorenbereich auch noch einen Weltcup. Die Antwort der internationalen Verbände ist die Verlängerung der Weltcupveranstaltung im Biathlon, im Rennrodeln und bei der Tour de Ski.

Das, was Sie tun, auch was Sie in der Presse schon getan haben, trägt überhaupt nicht dazu bei, das Bild von Oberhof international zu verbessern, das trägt nur zur Verschlechterung bei.

(Beifall SPD, FDP)

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: ... Das ist es ja gerade, das Schlimme.)

Wenn solche Zweifel aufkommen, dann haben Sie eine Hauptschuld daran, Herr Adams. Überlegen Sie sich, was Sie in den letzten Jahren alles für Presseberichte gebracht haben.

In diesem Zusammenhang muss ich auch sagen, was denn dort überhaupt passiert. Dort werden - und da gab es 2008 eine Untersuchung - 86 Mio. € im Jahr an Bruttoumsätzen in der Region generiert, 71 Mio. € in Oberhof, 3.400 Arbeitsplätze in der Region und 2.800 in Oberhof. Das heißt auch zweistellige Millionensummen, die an Steuern nach Thüringen zurückfließen.

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Darum ist Oberhof so gut?)

Zu dieser ganzen Problematik noch ein Zitat, was mir sehr gut gefallen hat, des bekannten Trainers Uwe Müßiggang: „Biathlon ohne Oberhof ist wie Tennis ohne Wimbledon.“ - und er hat recht. Oberhof ist nicht vergleichbar mit anderen Kommunen. Die Oberhofer Lösung des Zweckverbandes ist daher für mich auch nicht verallgemeinerungsfähig.

(Zwischenruf Abg. Huster, DIE LINKE: Das ist wie SPD und ...)

Es ist eine Zusammenarbeit von Bund, Land, Landkreis und Kommune. Oberhof ist in vielfältiger Hinsicht auch kommunalrechtlich ein Sonderfall. Das haben die Gerichte im Februar 2012 eindeutig bestätigt. Ich wollte jetzt das Zitat vorlesen, dann reicht meine Zeit aber nicht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die jetzige Struktur mit dem Zweckverband war nicht immer die favorisierte Lösung. Erst eine gemeinsame Kraftanstrengung von Bund, Land, Kommune und Landkreis hat diese Organisationsform für die Sportstätten und den Tourismus ermöglicht. Fakt ist, ohne das Handlungskonzept dieser Landesregierung, ohne die Arbeitsgruppe der Staatssekretäre, also ohne Engagement des Landes hätte es keine solche Erfolg versprechende Lösung gegeben. Dies bedeutete eine enorme Kraftanstrengung aller Beteiligten.

Das Beispiel Oberhof kann aber nicht beispielgebend für Thüringen verwendet werden, sonst würde das Land das finanzielle Risiko überall dort übernehmen. Das kann aber, glaube ich, nicht in unserem Sinn sein. Ich bin froh, dass es uns vom Tag X - und ich kann mich noch genau erinnern, es war

(Abg. Baumann)

mit dem Matthias Machnig im Januar 2010 - in nur drei Jahren - und das entgegne ich auch Ihnen, Herr Bergner, Sie müssen einmal überlegen, was da passiert ist - gelungen ist, diesen Investitionsschub für Oberhof dort zu erreichen. Dies hätten die Kommune und der Landkreis nie alleine geschafft.

(Zwischenruf Abg. Bergner, FDP: Man soll den Tag nicht vor dem Abend loben.)

Ja. Das Beispiel Oberhof lässt keine allgemeinen Rückschlüsse auf die Thüringer Kommunen zu

Präsidentin Diezel:

Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Abgeordneter Baumann, SPD:

- ja -, weder zu zukünftigen Strukturen noch zu Fragen der kommunalen Zusammenarbeit. Hier passt keine allgemeine Lösung und es ist auch keine Antwort auf die Gebietsreformfrage. Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD)

Präsidentin Diezel:

Danke schön. Seitens der Abgeordneten sehe ich keine Wortmeldungen mehr. Für die Landesregierung spricht der Innenminister. Bitte sehr, Herr Minister Geibert.

Geibert, Innenminister:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten, lassen Sie mich zunächst voranstellen, dass es in Thüringen bereits heute schon bewährte und erfolgreiche Möglichkeiten der kommunalen Zusammenarbeit gibt. Wir haben in Thüringen ein gutes und leistungsfähiges Regelungswerk für die kommunale Zusammenarbeit. Für eine konsequente Entwicklung, die mehr und neuen Gestaltungsspielraum bringt, ist die Landesregierung offen.

Warum ist kommunale Zusammenarbeit notwendig und welche Ziele sind damit zu verfolgen? Die angespannte Situation der öffentlichen Haushalte und die Auswirkungen der demografischen Entwicklung belasten auch die kommunalen Aufgabenträger. So ist beispielsweise die Situation in der Region Oberhof ja hier im Haus hinlänglich bekannt. Ausgehend davon erhöht sich der Druck auf die Kommunen, Aufgaben kostengünstiger und auch effizienter zu erledigen. Die Aufgabenerledigung durch Zusammenarbeit mit anderen Kommunen liegt deshalb nahe. Selbstverständlich müssen Formen der kommunalen Zusammenarbeit wie jede kommunale Wirtschaftstätigkeit im Rahmen der Verfassung und der Gesetze und deren Grundintentionen erfol-

gen. Das heißt auch, dass kommunale Zusammenarbeit der Daseinsvorsorge und der Verwirklichung des Gemeinwohls dienen muss.

So sind die typischen Beispiele der kommunalen Zusammenarbeit die Abfallentsorgung, die Wasserversorgung und die Abwasserentsorgung sowie am Beispiel Oberhof aber eben auch die Tourismusförderung. Schaut man sich die kommunale Zusammenarbeit in Thüringen an, wird man auf eine Vielzahl von Zweckverbänden stoßen, in denen Gemeinden und Landkreise bereits erfolgreich gemeinsam arbeiten. Dabei gibt es neben kreisübergreifenden Zweckverbänden auch länderübergreifende Zweckverbände, wie beispielsweise den am 9. Dezember 2005 gegründeten Zweckverband Deutsch-Deutsches Museum Mödlareuth, dem die Landkreise Hof, Saale-Orla, der Vogtlandkreis sowie die Gemeinde Töpen und die Stadt Gefell angehören.

Die rechtlichen Grundlagen für eine Zusammenarbeit der Gemeinden und Landkreise finden sich im Thüringer Gesetz über die kommunale Gemeinschaftsarbeit. Das Gesetz beschränkt sich dabei im Wesentlichen auf die möglichen Formen der kommunalen Zusammenarbeit und verschiedene zwingende Vorschriften über die innere Verfassung. Trotz einer großen Anzahl von Regelungen bleibt den Kommunen für die kommunale Zusammenarbeit ein erheblicher Spielraum. Die Kommune entscheidet, in welcher Form eine kommunale Zusammenarbeit organisiert werden soll. Die gemeinsam erledigten Aufgaben können Aufgaben des eigenen Wirkungskreises oder auch des übertragenen Wirkungskreises sein.

Das Gesetz gibt aber auch die Möglichkeit für ganz neue Wege. So besteht grundsätzlich auch die Möglichkeit der Mitgliedschaft des Landes in einem Zweckverband. Diese spezielle Beteiligung ist auch für einen Zweckverband Thüringer Wintersportzentrum vorgesehen, der in der Region Oberhof gemeinsam mit der Stadt und dem Landkreis die Aufgabe der Förderung des Tourismus in der Stadt Oberhof, die Betreibung und die Entwicklung der Freizeit- und Erholungseinrichtungen und des sportlichen Lebens jeweils, soweit es die auf den Zweckverband übertragenen Sport- und Tourismusanlagen betrifft, wahrnehmen soll und, Herr Abgeordneter Adams, entgegen Ihren Ausführungen auch in Kürze wahrnehmen wird. Über diese Gestaltungsmöglichkeiten ergeben sich neue Chancen der Zusammenarbeit und der Finanzierung wichtiger Aufgaben. Aus meiner Sicht sind die vielfältig bestehenden Möglichkeiten der kommunalen Zusammenarbeit noch längst nicht überall vollständig ausgelotet, hier liegen noch erhebliche Effizienzreserven. Deshalb wurde im Innenministerium ein Zentrum für interkommunale Kooperation eingerichtet. Der ehemalige Bürgermeister von Zeulenroda-Triebes, Herr Frank Steinwachs, unterstützt dieses

(Minister Geibert)

Zentrum. Aufgabe des Zentrums ist es, für vertiefte kommunale Zusammenarbeit zu werben sowie den Städten und Gemeinden beratend zur Seite zu stehen. Dabei sind Möglichkeiten, Chancen und Bereitschaft der Kommunen zur Kooperation auszuloten und Impulse zu geben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen Sie mich zusammenfassen: Der Freistaat macht mit seinem heute schon bestehenden umfassenden Regelwerk ein Angebot an seine Gemeinden und Landkreise, nämlich durch Formen der Zusammenarbeit eine bessere, effizientere und kostengünstigere Aufgabenerledigung zu erreichen. Die Annahme des Angebots liegt in der Verantwortung der Gemeinden und Landkreise im Rahmen ihrer kommunalen Selbstverwaltung. Wir sind offen für die unterschiedlichsten Formen der kommunalen Zusammenarbeit, die das schon jetzt bestehende Angebot sinnvoll und gewinnbringend ergänzen und erweitern können. Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Ich schließe den dritten Teil der Aktuelle Stunde und rufe auf den **vierten Teil**

d) Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion der SPD zum Thema: „Das Handlungskonzept Oberhof als Beispiel einer erfolgreichen Wirtschafts-, Tourismus- und Sportpolitik“

Unterrichtung durch die Präsidentin des Landtags

- Drucksache 5/5516 -

Ich eröffne die Aussprache und erteile das Wort an Frau Abgeordnete Taubert.

Abgeordnete Taubert, SPD:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren Abgeordneten, die kleine Verunsicherung im Raum will ich gern aufklären, wir wollen Zeit sparen, und da Tourismus- und Sportpolitik betrieben wird, in dem Antrag gelobt wird, wie ich annehme, wollen wir uns reinteilen.

Meine Damen und Herren, wir wollen zu dem Thema Sportpolitik in Oberhof etwas sagen. Sie wissen das, zumindest die, die schon einmal in Oberhof gewesen sind, die entweder als Touristen dort waren oder eben auch als sportbegeisterte Menschen dort waren oder selbst dort Sport getrieben haben, dass es ein wichtiger Standortfaktor ist sowohl im Tourismus, aber eben auch im Sport. Wir haben sportliche Events, sie sind angesprochen worden, von der Tour de Ski bis zum Biathlon über die Welt-

meisterschaften im Rodeln. Wir haben viele andere Bereiche des Sports, die Oberhof so bedeutend machen, und das nicht ohne Grund. Es ist eine alte Tradition, die in Oberhof gepflegt wird, der Wintersport insgesamt. Wir haben dies nur erreichen können und auch halten können in den letzten 20 Jahren, weil wir ein besonders hohes Engagement aller Verantwortlichen in dem Bereich des Wintersports haben. Ich will die Trainer, die Betreuer ansprechen, die Mitarbeiter des Olympiastützpunkts und des Wintersportzentrums und natürlich auch die vielen Athletinnen und Athleten, die sechs Bundesstützpunkte durch das Bundesministerium des Inneren, die anerkannt wurden. Das, was wir in Oberhof vorfinden, gibt es in Deutschland nicht noch einmal. Wir haben im Skilanglauf, im Biathlon, in der Nordischen Kombination, im Bobsport, im Rennrodeln und im Skeleton Bundes- und Landeskader, die in Oberhof trainieren. Für diese Bundesstützpunkte wurden durch Bund, Land und mithilfe auch des Landkreises Schmalkalden-Meiningen der Betrieb und die Investition von Sportanlagen in den letzten 20 Jahren mit über 60 Mio. € gefördert.

(Beifall SPD)

Das ist aller Ehren wert und das hat auch Ergebnisse, auf die wir alle stolz sind. Wenn Sie mal schauen, im Bereich des Sports gilt die Aufmerksamkeit eines sehr breiten Publikums über Deutschland hinaus natürlich zum einen dem Fußball und professionell natürlich auch dem Rennsport, aber an dritter Stelle steht der Wintersport. Da sind wir nicht nur gut, sondern da sind wir sehr gut. Seit 1992 gibt es 230 Medaillen bei Olympischen Spielen und bei Weltmeisterschaften. Diese gewannen Thüringerinnen und Thüringer, die am Stützpunkt Oberhof trainiert haben, trainiert wurden. Es ist die beste Werbung, wie wir finden, für den Freistaat Thüringen, für die Region Oberhof und für die Bundesrepublik Deutschland.

Zusätzlich geht davon natürlich auch ein ungeheurer Sogeffekt aus, nämlich auf die Jugend. Jeder, der ein Vorbild hat, der zum Beispiel sagt, ich will so werden wie André Lange, der hat ein Ziel vor Augen. Auch das bietet Oberhof in sehr intensiver Weise. Wenn wir von Oberhof sprechen, sprechen wir von einer gesamten Region um Oberhof herum.

Das Aufgabenspektrum des Thüringer Wintersportzentrums Oberhof wird komplettiert durch sehr gute Bedingungen, die das Sportgymnasium in Landesträgerschaft für die Entwicklung des sportlichen Nachwuchses sowie die Bundeswehrsportfördergruppe für die soziale Absicherung der vielen Bundeskaderathleten am Standort Oberhof bieten. Auch das, denke ich, sind Zahlen, die sich sehen lassen können. Zurzeit trainieren 130 Bundes- und 85 Landeskader in Oberhof. Auch das ist einmalig für Deutschland.

(Abg. Taubert)

Das war unter anderem vor einigen Jahren auch Anlass, gemeinsam mit dem Bund und dem Landkreis die DKB-Skisporthalle in Oberhof zu errichten. Das sind auch diese Zwänge, die am Ende dazu führen, dass wir uns entschieden haben, in diesem Zweckverband alles zusammenzuführen, was Sport betrifft, und zum Teil auch Tourismus. Ich denke, das wird die beste Grundlage dafür sein, dass wir auch in Zukunft solche Erfolge für Deutschland einfahren können. Für Thüringen ist das tatsächlich etwas, was wir uns erhalten müssen.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Frau Abgeordnete, Ihre Redezeit ist zu Ende, als Ministerin hätten Sie es anders gehabt.

Abgeordnete Taubert, SPD:

Ganz herzlichen Dank, Frau Präsidentin. Ja, die Ministerin ist auch zu Ende. Danke.

(Beifall CDU, SPD)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Dann rufe ich für die FDP-Fraktion den Abgeordneten Kemmerich auf.

Abgeordneter Kemmerich, FDP:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Zuschauer auf den Rängen, natürlich auch im Internet, es geht um Oberhof. Meine Damen und Herren, ich denke, da ist sich das Hohe Haus ausnahmsweise einig, Oberhof als herausragender Tourismus- und Sportstandort als Werbebotschaft für Thüringen über die Grenzen Thüringens hinaus zu erhalten. Ich denke, das ist unser aller Ziel. Was allerdings ein bisschen seltsam ist - und das mehrt sich nicht nur durch die Überschrift - „auf Antrag der SPD ‚Das Handlungskonzept Oberhof als Beispiel‘ - ich zitiere mit Ihrer Erlaubnis - ‚einer erfolgreichen Wirtschafts-, Tourismus- und Sportpolitik‘“ zu feiern. Liebe Regierung, scheinbar lobt Sie jemand nicht ausreichend, vielleicht auch niemand, so dass Sie es hier selber übernehmen müssen. Es wird dadurch genährt, dass erst die Ministerin - wo immer sie ist - und dann der Staatssekretär wahrscheinlich auch noch oder Herr Machnig noch mal hier die Politik der Regierung zu loben hat.

Ich komme auf einen Aspekt zurück. Wir diskutieren das schon sehr lange auch im Wirtschaftsausschuss und auch sehr häufig, was durchaus der Wichtigkeit dieses Standortes zugute kommt. Wir haben lange Zeit diskutiert, dass wir eine gemeinnützige GmbH mit den Sportstätten Oberhofs begründen. Die Konzepte waren geschrieben und auch sehr weit gediehen. Auch die Investitionsmaßnahmen am Standort laufen nun seit Langem. Es

ist nur - ich zitiere auch hier -, Gremienbeschlüsse bedenken hinsichtlich der anteiligen Aufgaben der Förderung des Spitzensportes als kommunale Aufgabe und einer gegebenenfalls daraus resultierenden Ablehnung der Verbandssatzung ist im Ergebnis der Beratung der Staatssekretäre am 8. März des letzten Jahres einvernehmlich festgelegt worden, dem Kabinett Variante 1 „Umstrukturierung der Oberhof Sport GmbH zu einer gemeinnützigen GmbH“ vorzulegen. Am 28.12. konnten wir zumindest - wie Frau Taubert hier auch ausführte - nun entnehmen, dass jetzt doch geplant wird, einen Zweckverband zu gründen. Den Sinneswandel haben Sie uns allerdings nicht erläutert.

(Beifall FDP)

Meine Damen und Herren, vor allem liebe Steuerzahler, hier sollten wir ganz wachsam sein, denn der Zweckverband eröffnet dann auch durch die Änderung Kommunalrecht und der Zweckverband eröffnet durch den direkten Zugriff auf die Haftungsmasse des Freistaats eine notfalls auch unbegrenzte Haftung des Steuerzahlers.

(Beifall FDP)

Ich denke, wir sollten hier alles tun, das hat nichts mit dem Konzept Oberhof und mit unserer Anerkennung für Oberhof als Sportstätte zu tun, aber wir sollten alles auch im Sinne der Steuerzahler tun, hier keinen Schattenhaushalt aufzumachen, der uns irgendwann böse auf die Füße fällt und Haftungstatbestände begründet, die der Steuerzahler teuer zu bezahlen hat

(Beifall FDP)

und zukünftige Generationen auch auszugleichen haben. Da ist dann eine Analogie, mein Kollege Bergner hat es gesagt, auch zu dem Verfahren um E.ON zu ziehen, deren Aufklärung wir am Freitag mit Freude erwarten.

Zu der aktuellen Förderpolitik, die auch so erfolgreich ist: Zu begrüßen ist eine weitere Investition in die Sportinfrastruktur von ca. 8,5 Mio. €. Ich denke, das ist wichtig genug und ich will jetzt nicht sagen, man kann da nicht genug investieren, aber das ist ein Mindestbeitrag, um die Sportstätten in Oberhof auf Weltniveau, auf internationalem Niveau zu halten, um die Austragungsorte für Tour de Ski, Weltcup-Events und auch andere Events nachhaltig zu sichern, denn der Wettbewerb hört ja nicht auf. Vor 20 Jahren haben wir unter Europa die Wettbewerbsorte noch aufteilen können, inzwischen haben wir auch hier Globalisierung, die wir begrüßen, das bringt uns aber auch in die Not und in die erfreuliche Lage, hier weiter zu modernisieren; das tut Oberhof gut, das tut Thüringen gut.

(Beifall FDP)

Fraglich wird es allerdings dann schon, ob es Sinn macht, in der Stadt Oberhof für über 10 Mio. € eine

(Abg. Kemmerich)

neue Verkehrsinfrastruktur, Stadtinfrastruktur zu schaffen. Die Frage ist tatsächlich, ist es Aufgabe des Steuerzahlers, für über 10 Mio. € den Marktplatz um 500 Meter zu verlegen mit Umbau einer Fernstraße und ähnliche Strukturen; wie gesagt, hier reden wir von 10 Mio. €, das sind ja schon mal anderthalb Millionen mehr, als wir in die Sportstätten investiert haben.

(Beifall FDP)

Was wirklich fraglich bleibt, ist hier, dass wir nun zum dritten Mal den Versuch starten, eine Therme nicht nur mit Wasser zu füllen, sondern auch mit Leben, mit unternehmerischem Leben zu füllen,

(Beifall FDP)

und hier weitere 8,7 Mio. € direkt investieren. Hier fällt mir manchmal die Definition von Wahnsinn ein. Mehrfach das Gleiche zu versuchen und auf ein anderes Ergebnis zu hoffen, ist Wahnsinn. Aber ob das wirklich ein Beispiel einer erfolgreichen Wirtschafts-, Tourismus- und Sportpolitik ist, das bleibt hier die Frage. Vielen Dank.

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Ich rufe für die CDU-Fraktion den Abgeordneten Wucherpfennig auf.

Abgeordneter Wucherpfennig, CDU:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, Oberhof ist vielen Sportinteressierten auf der ganzen Welt ein Begriff, insbesondere denen, die ein Faible für den Wintersport haben. Oberhof wird - international betrachtet - mit dem Wintersport, wie gesagt, in Verbindung gebracht und insbesondere dem Biathlon. Oberhof und somit aber auch Thüringen ist Anfang eines jeden Jahres im Winter Blickpunkt des internationalen Sportgeschehens und entsprechend in den Sportnachrichten vertreten. Oberhof ist mit dem Biathlon-Weltcup und anderen Großveranstaltungen jedes Jahr auf internationaler Bühne im Rahmen von Events, die weit über die Grenzen Thüringens und Deutschlands hinausgehen. Wenn man auf der internationalen Bühne ist, sollte die Darstellerin, die Stadt Oberhof, auch repräsentativ sein, kurzum, unsere Braut, die Stadt Oberhof, sollte hübsch und attraktiv sein.

Landesplanerisch, städtebaulich, wirtschaftlich und touristisch betrachtet, hat unsere Repräsentantin allerdings noch einige Entwicklungsrückstände trotz der jahrelangen Förderung; ich denke da an den Kunstrassenplatz, ich denke an die Sporthalle, an die Modernisierung der Schanzen, an die Modernisierung der Bob- und Rodelbahn, an den Umbau und die Sanierung des Sportgymnasiums und vieles mehr. So gilt es, die immer noch vorhandenen Rückstände möglichst schnell zu beseitigen, um

den internationalen, aber auch unseren eigenen Anforderungen gerecht zu werden. Diese Herausforderung hat der Freistaat angenommen, Oberhof ist uns lieb und teuer

(Beifall CDU)

(Zwischenruf Abg. Höhn, SPD: Vor allen Dingen lieb.)

und so gibt es seit Anfang 2011 auch ein Handlungskonzept „Oberhof“.

Der Landtag stellt dafür die notwendigen Mittel bereit, verschiedene Ministerien bewilligen die einzelnen Projekte, der Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Technologie begleitet intensiv die Projekte und das Projekt Oberhof schlechthin - es ist bereits gesagt worden - intensivst und das seit dem Jahr 2011. Ich gehe davon aus, dass der Ausschuss das Projekt weiter begleiten wird bis zum Ende dieser Legislaturperiode. Sie sehen daran, Oberhof bedeutet uns viel, Oberhof ist es uns wert. So wie bisher sollten wir Oberhof auch künftig weiterentwickeln. Vielen Dank.

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Immer weiter so.)

(Beifall CDU, SPD)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die Fraktion DIE LINKE hat Frau Abgeordnete Leukefeld das Wort.

Abgeordnete Leukefeld, DIE LINKE:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, ich bin jetzt ein bisschen belustigt und freudig überrascht, dass jetzt wahrscheinlich überall in diesem Haus angekommen ist, dass Oberhof das Wintersport- und Tourismuszentrum in Thüringen ist mit einer großen Ausstrahlungskraft auch über die Grenzen Deutschlands hinaus, international. Toll, toll.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Zwischenruf Abg. Höhn, SPD: Gut, dass Sie das noch mal gesagt haben.)

Ja, ich habe das hier schon öfter gesagt, aber das wurde immer so ein bisschen in Abrede gestellt. Im Übrigen ist das keine neue Erkenntnis, das muss man noch einmal sagen. Insofern habe ich mich immer gewundert, warum wir dazu jetzt eine Aktuelle Stunde brauchen, denn seit drei Jahren gibt es das Handlungskonzept. Ich habe hier auch öfter gesagt, es ist, wenn man es richtig liest, nicht das Handlungskonzept des Wirtschaftsministers für Oberhof, sondern der Landesregierung. Insofern muss es auch gemeinschaftlich umgesetzt werden. Wir wissen alle, das ist hier auch schon formuliert worden, wie schwierig das in den letzten drei Jahren war, insbesondere im vergangenen Jahr. Letztendlich

(Abg. Leukefeld)

weiß ich, dass die Weichen für einen Haushalt der Stadt Oberhof Ende des Jahres am Tisch der Ministerpräsidentin gestellt wurden, weil viele Ministerien hier eine Rolle spielen. Letztendlich wird es nur gut, wenn alle miteinander umgehen. Insofern, meine Damen und Herren, habe ich auch ein gewisses Verständnis, dass man sich heute einmal freut, dass der Monat Dezember des vergangenen Jahres zum Monat der Scheckübergabe ernannt wurde und wir so im Wochenrhythmus sehr schöne Fotos von glücklichen Menschen mit Schecks und großen Summen in der Presse sehen konnten.

Die Weichen sind gestellt, damit das, was im Handlungskonzept steht, auch tatsächlich Realität werden kann. Zumindest finanziell sind die Voraussetzungen geschaffen. Ich erspare mir, jetzt im Einzelnen noch einmal zu sagen, um welche Summen es da geht. Ich sage aber, das ist nur die Voraussetzung dafür, ohne Geld geht es nun wirklich nicht. Es kommt eine zweite wichtige Voraussetzung dazu, das sind nämlich die strukturellen Voraussetzungen, dass es was werden kann, dass Menschen motiviert, mobilisiert werden, dass es ein gutes Management vor Ort gibt, um das, was dort jetzt finanziell da ist, tatsächlich auch umzusetzen. Da gibt es im Handlungskonzept schon etwas Zeitverzug und da müssen wir gemeinschaftlich aufpassen, denn das Beste an dem Monat Dezember war ja, glaube ich, die internationale Entscheidung, dass Oberhof auch als internationaler Wettkampfort für Weltcups, für große internationale Veranstaltungen noch bis 2018 bereitsteht. Das bringt uns auch in Zugzwang, das tatsächlich so umzusetzen. Die Abgeordnete Taubert hat vorhin hier gesprochen und gesagt, dass es gerade für den Sport - da denke ich auch an Olympia und den Nachwuchssport, usw. - dringend erforderlich ist, das alles zu tun. Wie gesagt, dazu brauchen wir Strukturen. Die sind aus meiner Sicht zwar angedacht, aber noch lange nicht in Sack und Tüten. Wir haben lange gehört, dass es diese OSG sein soll, jetzt wird es der Zweckverband. Ich habe gar nichts dagegen, man muss die beste Variante nehmen, aber man muss es jetzt umsetzen und es muss in Fahrt kommen und die Menschen, die dort Verantwortung übernehmen, müssen letztendlich auch die Verantwortung tragen, das letztendlich jetzt so umzusetzen. Ich kann Ihnen hier versichern, dass wir weiterhin als Fraktion DIE LINKE und ich im Besonderen, denn es ist mein Wahlkreis, da liegt mir Oberhof besonders am Herzen, dafür sorgen werden, dass wir diesen Gesamtprozess, diese große Herausforderung kritisch und gut begleiten. Gut im Sinne, wir wollen hier nicht etwas zerreden, sondern wir wollen, dass es vorwärtsgeht und dass es was wird. Die Therme sollte, wie seinerzeit schon mal festgelegt, am 16. Dezember eröffnet werden. Es soll jetzt Mitte des Sommers werden, Herr Minister, Fröscher, haben Sie gesagt. Ich glaube, das wird auch was, wenn wir alle Obacht geben. Im Wirt-

schaftsausschuss und auch anderswo, denke ich, werden wir regelmäßig auch weiterhin das Thema „Umsetzung der Handlungsstrategie Oberhof“ auf die Tagesordnung setzen, um zu sichern, dass das, was beschlossen ist, was die Landesregierung sich vorgenommen hat, auch Realität wird. Das sind wir nicht nur den Menschen, die dort auch Hoffnungen hineinsetzen, schuldig, sondern auch der Entwicklung des Wintersports und des Tourismus im Freistaat Thüringen. Ich bedanke mich.

(Beifall DIE LINKE)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Frau Abgeordnete Siegesmund das Wort.

Abgeordnete Siegesmund, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn sich alle so einig sind, warum brauchen wir dann zwei Aktuelle Stunden zum gleichen Thema?

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn sich alle so einig sind in der Koalition, warum bringen Sie nicht hier gemeinsam einen Antrag ein und lassen uns substanziell aufgrund einer Vorlage von anderthalb Seiten diskutieren? Wenn sich alle so einig sind, warum stehlen Sie uns dann die Zeit unter der Überschrift „Alles wird gut“? Ich habe hier heute nichts Neues gehört, nichts. Auch wir als GRÜNE freuen uns mit der heimlichen Hauptstadt des Biathlons in der ganzen Bundesrepublik, in Europa darüber, wenn es Erfolge zu verzeichnen gibt, ohne Zweifel.

(Zwischenruf Abg. Höhn, SPD: Sie haben aber auch immer etwas rumzumäkeln.)

Wir freuen uns darüber mit unserer heimlichen Biathlon-Hauptstadt. Aber warum es dieser zwei Aktuellen Stunden jetzt bedurfte,

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

damit jeder einmal Oberhof würdigen kann, ich finde, das kann man auch anders tun.

(Unruhe SPD)

Wenn Sie konkrete politische Handlungsempfehlungen haben, brauchen Sie die doch gar nicht verstecken und damit hinterm Berg halten. Über Anträge diskutieren wir gern mit Ihnen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dann ist die Frage: Wie definiert man Erfolg? Der Preis dafür - ohne Zweifel wir sind stolz darauf, dass wir nach Oberhof schauen können, wenn 1.500 Einwohnerinnen und Einwohner in diesem Land Thüringen im Mittelpunkt des Weltinteresses

(Abg. Siegesmund)

stehen, dann macht uns das alle stolz, das ist gar nicht der Punkt - ist hoch. Das muss man bitte schön an dieser Stelle auch sagen. Der Preis für Großprojekte ist immer hoch. Schauen Sie sich nur aktuelle Debatten an. Ich meine, Großprojekte scheitern das eine oder andere Mal auch, aktuelle Debatten, ich will jetzt gar nicht meinen Blick auf die Berliner Debatte richten, will auch gar nicht die Elbphilharmonie in Hamburg in den Mittelpunkt stellen, will nur Folgendes sagen:

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: Bleib einfach mal beim Thema ... Rheinland-Pfalz.)

Was uns Großprojekte zeigen und Investitionen in Großprojekte zeigen, ist, dass ganz oft eine echte realistische Bewertung von Kosten und Nutzen und vor allen Dingen ein realistischer Zeitplan von Politikern und Politikerinnen nicht geleistet werden.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

An dieser Stelle noch mal, es muss auch immer der Preis, den wir dafür zahlen, im Mittelpunkt stehen. Ich sage das ganz bewusst deshalb, weil beispielsweise nächste Woche der Arbeitskreis Sportstättenförderung wieder beieinander sitzt und wieder bei einer Anzahl von knappen 8,2 Mio. € Oberhof im Mittelpunkt der gesamten Sportstättenförderung stehen wird. Über die Hälfte dessen, was uns da zur Verfügung steht, wird ausgegeben für den Ersatz der Schanze, für die Hangsanierung, für die Beschneiungsanlage, für den Neubau der Aufstiegshilfe der Schanze usw. usw. Das Bekenntnis, an dieser Stelle zu sagen, wir investieren bewusst in Oberhof, aber irgendwann ist auch mal Schluss, das habe ich hier nicht vernommen und das löst auch Ihre Frage, ob Sie am Ende die gGmbH oder eine andere Variante finden, nicht. Das ist, glaube ich, das, was die Menschen erwarten, dass diejenigen, die ihre Anträge Jahr für Jahr immer wieder zurückstellen müssen, weil uns allen bewusst sein muss, wir haben die Priorität auf Oberhof, wir stehen dazu, wir finden das auch richtig, aber dass auf der anderen Seite das Geld fehlt, um andere Investitionsvorhaben zu fördern, das sagt hier keiner. Ich finde, diese Ehrlichkeit muss in der Politik da sein.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich zweifle eben daran, dass mit dem, was ich bislang hier heute gehört habe, Oberhof in trockenen Tüchern ist. Ich zweifle daran, weil es ein Großprojekt ist und weil man oft genug sieht, wie Politiker und Politikerinnen eben nicht vermögen, so etwas realistisch einzuschätzen.

Die Rennsteigtherme war heute in Rede. Die Inbetriebnahme war für Anfang 2013 geplant. Jetzt gibt es Probleme im Baubestand, Fliesenarbeiten, Undichtigkeiten, das Ganze verzögert sich, die Eröffnung verzögert sich um weitere sechs Monate, voraussichtlich im Sommer 2013 geht es jetzt voran - ein Punkt, der zu dem Puzzle dazugehört.

Was ist mit der Erschließung des Grenzadlers? Auch hier, das Ganze war mal im Handlungskonzept der Landesregierung integriert. Jetzt kostet die Lernschanze auf einmal das Doppelte von dem, was eigentlich vorgesehen war. Als GRÜNE sei es mir gestattet: Was ist mit einem umfassenden Energiekonzept? Wer wie ich das zweifelhafte Vergnügen hatte,

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

einmal im Skitunnel stehen zu dürfen, und diese Erfahrung möchte ich auch nur einmal in meinem Leben machen, der weiß, dass es nicht sein kann, dass wir Hunderttausende von Euro jedes Jahr investieren, damit in dieser Tiefgarage Schnee liegen kann bei minus 4 Grad

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und Menschen im Hochsommer bei 35 Grad üben können. Das kann nicht sein, wenn man verantwortungsvoll handeln will. Das gehört eben auch zu einer vernünftigen und verantwortungsvollen Energiepolitik, und ja, dann geht auch immer noch ein Deut mehr. Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Jetzt habe ich keine Meldungen mehr aus den Reihen der Abgeordneten. Für die Landesregierung Herr Minister Machnig, bitte.

Machnig, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Technologie:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, an den Anfang meiner Ausführungen will ich eines stellen, ich will mich bei allen bedanken, die wenig reden, aber viel arbeiten. Es wird viel gearbeitet und es gibt ein gutes Zusammenspiel, das sage ich ausdrücklich, zwischen dem Sportministerium, dem Innenministerium, dem Bauministerium und dem Thüringer Wirtschaftsministerium. Das ist die Grundlage dafür, dass wir das Thema Oberhof Mitte 2010 aufgenommen haben und dann auch begonnen haben, das systematisch umzusetzen. Das werden wir weiterhin tun. Um das auch klar zu sagen, Frau Siegesmund, es wird ein Anschlusskonzept geben müssen. Mit dem, was wir tun, wird Oberhof noch nicht den Standard haben, den es braucht, wenn es Tourismus- und Wintersportstandort sein muss. Wir werden daran arbeiten, ein Oberhof-Konzept 2020 auf den Weg zu bringen, damit Oberhof auch über 2018, das ist ja genannt worden, dann weiterhin auch Teil des internationalen Biathlons sein kann. Die Entscheidung - das sage ich mal voraus - bis 2018 zu verlängern, wäre nicht gekommen, wenn wir diese Investitionsmaßnahmen nicht auf den Weg gebracht hätten.

(Minister Machnig)

Bei allem Respekt, jetzt muss ich mal eines sagen, wenn 35 Mio. € auf sechs Einzelprojekte verteilt werden, wenn das ein Großprojekt ist, dann machen wir in Thüringen Hunderte von Großprojekten. Wie man auf den Gedanken kommen kann, in einem Atemzug über den Ausbau von Oberhof, also die Rennsteigtherme, die Multifunktionsarena, den Kurpark, die Innenstadt, die Verkehrsinvestitionen, die Sanierung der Bob- und Rodelbahn und der Schanzen in einen Zusammenhang mit dem Berliner Flughafen zu stellen oder mit Stuttgart 21, der ist entweder bösartig oder er weiß nicht, wovon er redet. Das muss ich mal so deutlich sagen.

(Beifall CDU, SPD)

Das ärgert mich. Ich will ausdrücklich eines sagen, ich finde, die Debatte hatte schon wieder einen Schlag, der in folgende Richtung ging: Erfolge, die es hier im Lande gibt, die werden systematisch zerredet. Ich finde es auch nicht in Ordnung, wenn man das eine jetzt gegen das andere stellt, nämlich den Ausbau von Oberhof gegen andere sportliche Aktivitäten. Ich weiß, Kollegin Taubert würde gern beides und noch mehr auch in den anderen Bereichen tun. Dann muss man ihr auch die Möglichkeit geben, und die finanziellen Mittel dazu bereitstellen, sonst kann sie das nicht. Deswegen ist ein solches Argument nicht seriös und geht an den Tatsachen vorbei.

Jetzt würde ich zu ein paar Einzelfragen gern Stellung nehmen, weil hier bestimmte Dinge angesprochen worden sind. Erst mal zu Kollegen Kemmerich mit der Therme. Sie müssen mal eines zur Kenntnis nehmen, als ich ins Amt kam, war die Therme geschlossen. Wir mussten Geld zahlen, damit sie überhaupt noch einigermaßen aufrechterhalten werden konnte, es gab kein Konzept. Was haben wir gemacht? Ich habe mir externe Hilfe geholt und habe bewerten lassen, was wir machen. Bauen wir die um, damit es keine Therme ist, sondern ein Veranstaltungsort? Gibt es die Möglichkeit, das privat zu nutzen? Was kostet ein Abriss? Und so weiter. Und der Gutachter hat diese Optionen geprüft und seine Empfehlung war: Baut sie um, saniert sie, das ist die beste Variante, das ist auch die kostengünstigste Variante. Im Übrigen, weil eben gesagt wurde, wir würden mit Energie nicht umgehen, eine der wichtigsten Maßnahmen ist nicht nur die Attraktivitätssteigerung der Therme, sondern Investitionen in die energetische Sanierung. Die Kosten für die Energieversorgung in Oberhof bei der Therme werden reduziert. Das ist eine der wichtigsten Maßnahmen neben der Attraktivitätssteigerung. Ich will eines sagen, als ich in der Therme war, mein erster Gedanke war damals, wer das gebaut hat, den müsste man eigentlich noch heute dafür verklagen. Ich muss das mal so offen sagen. Und deswegen versuchen wir jetzt ...

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja, das stimmt.)

Ja, das sage ich aber. Deswegen sage ich noch mal, wir versuchen jetzt, dieses Projekt - und diejenigen, die es begangen haben, wissen das, wir werden eine Attraktivitätssteigerung bekommen, wir werden mehr Qualität anbieten können, wir werden energieeffizienter und damit werden auch die Grundlagen geschaffen, dass die Wirtschaftlichkeit nicht zu 100 Prozent, aber annähernd, erreicht werden kann.

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wie denn?)

Das Zweite, Herr Kemmerich, Sie haben die Fragen, da müssen Sie mir auch zuhören, ich will ja erklären, warum wir den Zweckverband machen.

(Zwischenruf Abg. Kemmerich, FDP: Dafür gibt es keine Erklärung.)

Sie haben doch gefragt, wie das mit dem Zweckverband ist. Deswegen will ich es ja erläutern. Ich kann es auch sein lassen, dann können Sie weiter mit Herrn Barth reden.

(Zwischenruf Abg. Kemmerich, FDP: Warum Sie ein drittes mal das Schwimmbad ...)

Ich habe es noch mal erklärt. Was ist denn Ihre Alternative?

(Zwischenruf Abg. Ramelow, DIE LINKE: Friseursalon! Friseurtherme!)

Noch mal. Jetzt will ich es noch mal erklären. Dann sagen Sie doch mal Ihre Alternative. Abriss hätte auch Millionen gekostet.

(Zwischenruf aus der FDP-Fraktion: Privatinvestor.)

Wenn ich so was höre, muss ich mal ganz offen sagen, ahnungslos bis zum Gehnichts mehr. Eine Therme, die über Jahre Miese geschrieben hat, die energetisch in einem solchen Zustand ist, finden Sie mal dafür einen privaten Investor. Das können nur Sie machen.

(Unruhe FDP)

Nein, schauen Sie sich doch mal an, Sie sind ahnungslos. Schauen Sie sich mal Thermen an, bundesweit. Es gibt kaum Thermen, die in der Lage sind, alle Kosten, die dort entstehen, wirklich einzuspielen. Das ist die Wahrheit. Man muss dann sagen, entweder sind wir bereit, dafür auch öffentlich, weil das für den Tourismus, für den Schulsport, für was auch immer, notwendig ist, etwas zu tun, oder wir lassen es. Das sind die Alternativen, die man treffen muss. Alles andere ist unredlich.

(Beifall SPD)

Jetzt will ich das mit dem Zweckverband erklären. Oberhof ist eine kleine Gemeinde, 1.500 Einwoh-

(Minister Machnig)

ner, und die haben Infrastrukturkosten, die sind erheblich. Wir reden - und darüber hat auch der Innenminister gesprochen, auch Frau Taubert hat dazu gesprochen - über die Frage, wie können wir Oberhof kommunalrechtlich in einen größeren Verbund integrieren. Das war im Übrigen immer eine der Voraussetzungen, darauf hat der frühere Innenminister Peter Huber großen Wert gelegt damals bei der Erarbeitung des Konzepts, dass Oberhof in eine größere kommunale Struktur überführt wird.

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Aber wo ist denn Ihre große Kommunalstruktur? Die ist doch nicht da.)

Jetzt wartet doch mal, wir arbeiten doch daran, da musst du mir mal zuhören. Die Voraussetzung, dass das passieren kann, war die Gründung des Zweckverbandes, weil damit Kosten und potenzielle Belastungen in den Zweckverband übergehen und damit die Voraussetzungen geschaffen werden, dass es überhaupt zu kommunalen Zusammenschlüssen kommt. Das war der Grund, warum wir das gemacht haben, das war richtig. Und ich sage noch mal, dazu sehe ich im Wesentlichen eigentlich keine Alternative.

(Beifall SPD)

Das hat Kollegin Taubert richtigerweise vorangetrieben und das war die einstimmige Meinung, auch der Innenminister hat das so gesehen, dass das die sinnvollste Regelung ist, im Übrigen auch alle Kommunen vor Ort. Das war der Grund, warum wir das gemacht haben.

(Zwischenruf Abg. Kemmerich, FDP: Ein Sinneswandel!)

Dann will ich noch mal versuchen, es zu erklären. Wir haben gesehen, wenn wir es in die OSG übertragen, das war der ursprüngliche Gedanke, dann wäre eben das Problem, dass andere Gemeinden nicht bereit gewesen wären, zum Beispiel über Zusammenschlüsse mit Oberhof zu reden, weil damit die Belastung oder die Risiken für die Kommunen zu groß gewesen wären, das war der Grund. Im Übrigen, wir haben in den letzten Jahren, auch das gehört zur Wahrheit, doch immer zugeschossen. Wir haben es nicht jetzt so formalisiert über den Zweckverband, sondern über den Landesausgleichsstock sind über Jahre Mittel zur Verfügung gestellt worden. Jetzt haben wir zum allerersten Mal einen soliden Finanzierungsmechanismus. Das hat Kollegin Taubert mit dem Finanzminister ausgehandelt, auch das eine sinnvolle und richtige Maßnahme.

(Beifall SPD)

Jetzt komme ich zum Thema, warum muss eigentlich der Staat Stadtentwicklung betreiben. Auch das will ich noch einmal erläutern. Wenn richtig ist - und das haben alle hier gesagt -, in Oberhof gibt es im-

mer einen Zweiklang, der Zweiklang lautet „Sport und Tourismus“, wenn das die Voraussetzung ist, brauchen wir moderne Sportinfrastrukturen und wir brauchen auch eine moderne städtische oder kleinstädtische Infrastruktur, und wer in Oberhof war, es gibt kein Stadtzentrum. Nur, das heißt natürlich, wo es kein Stadtzentrum gibt, da habe ich auch geringere Attraktivität. Das ist der Grund, warum der Bauminister sagt, richtigerweise, wir müssen dieses Stadtzentrum entwickeln und dazu gehören auch Verkehrsprojekte im Übrigen, die dort entwickelt werden müssten, sinnigerweise. Das ist der Grund, warum wir das tun. Im Übrigen, auch daran will ich erinnern, weil immer von den privaten Investitionen gesprochen worden ist: Durch die Maßnahmen, die wir jetzt auf den Weg gebracht haben, haben auch private Investoren wieder Vertrauen gewonnen. Es sind eben in zwei Hotels Millionen investiert worden zur Qualitätssteigerung, zur Attraktivitätssteigerung und das wollen wir in den nächsten Jahren gezielt fortsetzen, damit wir noch mehr private Investoren nach Thüringen bzw. nach Oberhof holen, damit Oberhof eine wirkliche Weiterentwicklung erleben kann und die Rolle, die es spielt, nämlich unser Tor zur Welt zu sein, durch die öffentlichen Übertragungen gerade Anfang des Jahres auch wirklich wahrnehmen kann.

Auch da ein Hinweis zum Thema Energie, Frau Siegesmund: Es gibt in der Region Konzepte, zum Beispiel hinter den Schanzen im Wald ein Windrad oder zwei zu installieren, um dort zum Beispiel Energieversorgung über Wind zu ermöglichen. Ich unterstütze das mit Nachdruck und ich werde mit dem Kollegen Carius und mit dem Kollegen Reinholz darüber reden, ob wir das nicht umweltverträglich dort integrieren können. Ja, die Region will das und ich sage, wir sollten solche Optionen ernsthaft prüfen. Das wäre ein intelligenter Beitrag, erneuerbare Energien, Naturschutz, aber auch einen intelligenten Energieeinsatz für bestimmte Projekte zu erproben. Ich bin hier jedenfalls offen. Die Region unterstützt das und dann sollten wir auch im Sinne einer Einzelfallentscheidung versuchen, einen solchen Weg zu gehen.

Ich will mich ausdrücklich bedanken bei meinem Staatssekretär. Der ist der Oberhof-Beauftragte und ich kann sagen, er hat dort wirklich eine wichtige und eine ganz zentrale Rolle gespielt in der Koordination der Projekte. Herzlichen Dank dafür. Das ist nicht immer vergnügungssteuerpflichtig, was man dort machen muss, aber lohnend und, ich glaube, ein wichtiger Beitrag für die Entwicklung Oberhofs. In dem Sinne sollten wir uns alle gemeinsam bemühen, diesen touristischen Leuchtturm, diesen sportpolitischen Leuchtturm weiterzuentwickeln. Und je breiter der Konsens ist und je weniger wir eigene Erfolge zerreden, umso besser für Thüringen, umso besser für Oberhof. Herzlichen Dank.

(Beifall CDU, SPD)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Da der Minister seine Redezeit leicht überschritten hat, gibt es jetzt noch 30 Sekunden Redezeit für den Abgeordneten Kemmerich, der sich zu Wort gemeldet hat.

Abgeordneter Kemmerich, FDP:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Minister, wenn Sie schon so in Erklär-laune sind, war es ja ganz konkret zu sagen, warum hat erstens Ihr Ministerium mal eine andere Handlungsempfehlung gegeben, nämlich von gemeinnütziger GmbH jetzt zum Zweckverband, und auch das Kabinett hat ja am 13. März letzten Jahres beschlossen, wir gehen in eine gemeinnützige GmbH. Und jetzt wird es ein Zweckverband, den Sinneswandel wollte ich erklärt wissen.

(Zwischenruf Machnig, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Technologie: Den kann ich erklären.)

(Heiterkeit BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dann hätte ich doch noch gern erklärt, warum denn der Steuerzahler, nachdem mehrfach versucht worden ist, es rentabel zu betreiben, jetzt dafür einspringen muss und ...

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Die Redezeit ist zu Ende.

Abgeordneter Kemmerich, FDP:

... ein unrentables Fortbetreiben dieser Anlage auf sichbürden soll. Danke.

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Ich glaube, jetzt hat sich der Wirtschaftsminister noch einmal zu Wort gemeldet.

Machnig, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Technologie:

Ich bin ja gefragt worden und will das jetzt gerne beantworten.

(Beifall CDU)

Politik ist immer dann gut, wenn es ein lernfähiges System ist. Ich sage noch einmal, was passiert ist. Frau Taubert und andere haben in der Region die Gespräche gesucht und der Vorschlag, einen Zweckverband zu machen, kam aus der Region und diesen Ball haben wir aufgenommen. Deswegen hat die Landesregierung gesagt, das ist für uns keine Prinzipienfrage, ob OSG, sondern wenn wir einen breiten Konsens mit der Region hinbekommen und das auch kommunale Zusammenarbeit,

kommunale Zusammenschlüsse erlaubt, dann machen wir das.

(Zwischenruf Abg. Kemmerich, FDP: Sie hätten ja auch vorher mal mit der Region sprechen können.)

Ja, aber das haben wir ja getan. Da gab es aber diese Überlegung, auch in der Region hat es eine Zeit gedauert, bis man auf diesen Gedanken gekommen ist. Dann haben wir den Gedanken aufgenommen, das war der Grund, und daran habe ich nichts auszusetzen, sondern das war vernünftig.

Zur Therme jetzt noch einmal: Es gibt in Deutschland kaum Thermen, die sich rechnen. Das ist immer auch ein Zuschussgeschäft. Wir werden jetzt die Zuschüsse, den Zuschussbedarf durch die Maßnahmen, die wir jetzt in Thüringen bzw. in der Therme machen, halbieren, weil wir energetisch sanieren, weil wir Attraktivität schaffen, damit mehr Besucher kommen, das ist der Grund. Ich gebe Ihnen eines zu, Herr Kemmerich, das habe ich aber lange nicht zu verantworten. Wenn man sich anschaut, wie viel Thermen es im Umfeld von Oberhof gibt, die sich alle wechselseitig kanibalisieren, da muss ich sagen, das war eine Irrsinnentscheidung, die damals in den 90er-Jahren getroffen worden ist. Das unterstreiche ich dreimal.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber man kann doch jetzt eines nicht machen, man kann doch nicht sagen, wir haben einen Sport- und Tourismusstandort, den wir fördern wollen, und da steht jetzt eine Therme, die gammelt vor sich hin und die lassen wir weiter vergammeln. Das wäre die Alternative gewesen. Ich halte das nicht für zukunftsweisende Politik, ich halte das nicht für verantwortliche Politik. Deswegen wäre es notwendig gewesen, ohnehin Geld entweder für den Umbau oder den Abriss in die Hand zu nehmen. Im Übrigen gab es schon Anträge, als ich in mein Haus kam, eine neue Therme in Oberhof zu bauen. Ich habe dann gesagt, wir lassen untersuchen, wir lassen Alternativen prüfen und alle - ich bin kein Bauexperte -, die vom Bau etwas verstehen, haben uns den Rat gegeben - und ich stelle gern das Gutachten zur Verfügung -, dass das die vernünftige Lösung ist, die wir jetzt gesucht haben, sanieren, Attraktivitätssteigerung und damit ein gutes Fundament für die Therme zu schaffen.

Ein Satz wird immer vergessen. Also man kann uns ja alles vorwerfen, aber dass eine Fliesenfirma nicht in der Lage ist, die Fliesen auszubringen, da können Sie uns nicht ernsthaft die Schuld geben. Das ist der Grund, warum es einen Bauverzug gibt. Wir werden dann einige Monate später eröffnen. Ich hoffe, dass dann alle da sind und hoffe, dass dann alle den Mut haben, auch mal ins Wasser zu springen im wahrsten Sinne des Wortes.

(Beifall SPD)

(Minister Machnig)

Ich würde mich freuen, ich springe auf jeden Fall mit rein. Vielen Dank.

(Zwischenruf Abg. Emde, CDU: Wir nehmen Sie beim Wort.)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Gibt es jetzt noch Redeanmeldungen? Das ist nicht der Fall. Damit schließe ich die Aussprache in diesem Teil der Aktuellen Stunde und rufe den **fünften und letzten Teil** auf.

e) Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion DIE LINKE zum Thema: "Sucht bekämpfen - Spielbank schließen - Landeshaushalt schützen"

Unterrichtung durch die Präsidentin des Landtags
- Drucksache 5/5517 -

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es hat als Erster das Wort für die Fraktion DIE LINKE Abgeordneter Huster.

Abgeordneter Huster, DIE LINKE:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, „Sucht bekämpfen - Spielbank schließen - Landeshaushalt schützen“ lautet die Überschrift unseres Antrags. Schon das ist absurd genug. Während wir damals hier den Staatsvertrag diskutiert haben zur Suchtbekämpfung beim Sportwettenbereich, hat auf der anderen Seite ein Betreiber, der mit öffentlichen Mitteln gefördert wurde, zum Spielen in der Spielbank aufgefordert, bekanntermaßen ein Bereich, der sehr hoch suchtgefährdend ist. Aber es geht nicht nur darum, sondern es geht auch um die Heilung offenbar spielsüchtiger CDU-Landesregierungen der vergangenen Jahre, und zwar spielsüchtig mit dem Geld der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Zwischenruf aus dem Hause: Dummes Zeug.)

Was Sie als dummes Zeug bezeichnen, ist heute die hohe Verschuldung Thüringens, die geht auf viele neuartige, damals neuartige PPP-Projekte zurück, das waren nämlich Partei-, Prestige- und Protzprojekte der CDU in Thüringen.

(Beifall DIE LINKE)

Das war besonders in den Jahren 1999 bis 2009 der Fall, in denen Sie allein regiert haben und in der Summe diese Projekte uns heute belasten. In der Summe kann man diese Projekte nur als finanzpoli-

tischen Größenwahn der CDU-Finanzminister bezeichnen.

(Beifall DIE LINKE)

Meine Damen und Herren, die Spielbank hat natürlich hier im Haus eine Geschichte. Es gab einen Untersuchungsausschuss 4/1 mit einem Abschlussbericht, der unter anderem festgestellt hat, dass die damals vom Finanzminister gegebene Patronatserklärung, eine harte Patronatserklärung ohne haushaltsrechtliche Grundlage - Herr Primas, Sie saßen in dem Ausschuss - abgegeben wurde. Es wurden GA-Fördermittel ausgereicht in Millionenhöhe, um das Projekt Hotel/Spielbank zu stemmen.

(Unruhe DIE LINKE)

In der Summe, meine Damen und Herren, wissen wir, dass sich die finanziellen Erwartungen, die Sie uns suggeriert haben, Millioneneinnahmen im Landeshaushalt

(Unruhe FDP)

(Zwischenruf aus dem Hause: Es gibt zu wenig Zocker.)

- genau, es gibt zu wenige Zocker, zum Glück -, die haben sich nie erfüllt. Lediglich ein Zehntel der Mittel, die Sie uns hier einmal in Aussicht gestellt haben, ist je im Landeshaushalt gelandet, während wir diesen Betrieb bis heute subventionieren.

Das ist ein Skandal, meine Damen und Herren.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Erinnern Sie sich an die Zeit hier im Thüringer Landtag, während Sie das Kita-Gesetz drastisch verschlechtert haben, während Sie erklärt haben, dass für Soziales, für Kulturelles und für Bildung keine zusätzlichen Ausgaben getätigt werden dürfen, war für Ihre Lieblingsprojekte, die rein politisch intendiert waren, immer genügend Geld da. Eine einzige Frage hätte Sie auf den Pfad der Tugend bringen können: Dient diese Maßnahme dem Gemeinwohl oder dient sie nur den Interessen von Einzelnen? Hätten Sie sich diese Frage damals gestellt, hätten Sie die Entscheidung zur Spielbank, das ist unsere Behauptung, niemals getroffen. Deshalb, meine sehr verehrten Damen und Herren, sehr geehrter Herr Staatssekretär aus dem Finanzministerium, wenn 2014 die Konzession ausläuft, wenn es die Chance gibt, aus diesem Unsinn auszusteigen und diesen Betrieb nicht weiter aus dem Landeshaushalt zu finanzieren, zu subventionieren und positiv zu sanktionieren, dann sage ich Ihnen, wir als Fraktion unterstützen Sie, den Spieltrieb der CDU-Fraktion auszutreiben. Es darf nach 2014 keine Mittel mehr aus dem Landeshaushalt für die Spielbank geben. Vielen Dank.

(Abg. Huster)

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die CDU-Fraktion hat sich der Abgeordnete Kowalleck zu Wort gemeldet.

Abgeordneter Kowalleck, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Huster, nach diesem Auftritt muss man sagen, Sie haben ja gar kein Interesse, das Thema sachlich zu behandeln. Mit den Bezeichnungen, die Sie hier an dieser Stelle gebracht haben, disqualifizieren Sie sich geradezu.

(Zwischenruf Abg. Ramelow, DIE LINKE: Ihr schmeißt doch nur das Steuergeld mit vollen Händen aus dem Fenster!)

(Unruhe DIE LINKE)

Meine Damen und Herren, das Thema wurde bereits in der vorigen Woche im Haushalts- und Finanzausschuss behandelt. Der Finanzminister hat über den aktuellen Stand informiert, deshalb wundere ich mich auch an dieser Stelle, dass die Fraktion DIE LINKE keinen anderen Punkt zur Aktuelle Stunde aufruft, aber Sie haben ja gerade gezeigt, warum Sie das machen.

(Zwischenruf Abg. Ramelow, DIE LINKE: Damit endlich Schluss ist mit diesem CDU-Skandal.)

Ihnen geht es eben nicht um die Sache, sondern darum, hier populistische Ausdrücke und Verunsicherung in das Volk zu werfen.

(Unruhe DIE LINKE)

An dieser Stelle, denke ich, sollten wir aber zur Sache zurückkehren und das Ganze unaufgeregt diskutieren.

(Beifall CDU)

Suchtbekämpfung, die Bekämpfung der Spielsucht ist ein wichtiges Thema, das uns alle, davon gehe ich aus, beschäftigt und am Herzen liegt. Ob dieses wichtige Thema hier in Verbindung mit der Spielbank und dem Redekontingent von fünf Minuten richtig angeordnet ist, das kann man wirklich bezweifeln. Das sollte in einem anderen Rahmen behandelt werden, wesentlich ausführlicher. Die Aussage „Spielbank schließen, Landeshaushalt schützen“ ist völlig falsch, das ist Quatsch. Wir werden gerade in der morgigen Debatte ausführlich über den Haushalt diskutieren, ich kann Ihnen sagen, der Haushalt muss nicht geschützt werden, der ist von den Koalitionsfraktionen auf den richtigen Weg gebracht und das werden wir morgen auch in der Diskussion sehen.

(Beifall CDU)

Zu den Fakten muss man sagen, die Pressemeldungen der letzten Tage zum Verkauf der Spielbank wurden vom Betreiber dementiert. Das muss auch so weit anerkannt werden, auch von der Fraktion DIE LINKE. Weiterhin gilt der Grundsatz, Verträge sind einzuhalten. Da verstehe ich auch nicht Ihren populistischen Ansatz und Ihre Aussage, die Sie mit dem Spruch „Spielbank schließen“ äußern. Das geht ja so an dieser Stelle auch gar nicht.

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: Warum nicht?)

Wie in den Vorjahren wurden auch für die Jahre 2013 und 2014 Mittel in den Haushaltsplanentwurf eingestellt, die der landeseigenen Spielbankgesellschaft zur Verfügung stehen.

(Zwischenruf Abg. Ramelow, DIE LINKE: Aha, weg ist es.)

Man muss hier aber auch sagen, die Einnahmen sind wesentlich höher als die Ausgaben, von daher kann auch überhaupt nicht die Rede davon sein, den Landeshaushalt schützen zu wollen.

Ein weiterer Punkt, den Sie völlig ausblenden, sind natürlich auch die Arbeitskräfte, die in der Spielbank beschäftigt sind. Wo ist denn da die Verantwortung der Fraktion DIE LINKE?

Ich kann hier an der Stelle auch noch mal wiederholen: Mit dieser Aktuelle Stunde wollen Sie nicht helfen oder gar aufklären, Sie verunsichern Arbeitnehmer, Sie verunsichern eine Stadt und Sie verunsichern den ganzen Freistaat.

(Beifall CDU)

(Unruhe DIE LINKE)

Meine Damen und Herren, es gibt sogar einen Bundesarbeitskreis Spielbanken von der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di. Die eine oder andere Fraktion in diesem Hohen Hause hat ja einen guten Draht zu den Gewerkschaften, aber da muss man auch sehen, was diese Bundesarbeitsgemeinschaft Spielbanken vor einigen Tagen in einer Mitteilung dargelegt hat. Sie spricht sich nämlich für eine Spielbank im Freistaat Thüringen aus. Spielbanken hätten einen ordnungspolitischen Auftrag zu erfüllen, das Glücksspiel zu kanalisieren und zu legalisieren und unter geordneten Verhältnissen durchzuführen. Dies gelte auch für den Freistaat Thüringen. Der Auffassung, es gebe kein Klientel für eine Spielbank, widerspricht ver.di entschieden.

Meine Damen und Herren, wie bereits eingangs erwähnt, wurden die Mitglieder des Haushalts- und Finanzausschusses bereits umfangreich informiert. Ich gehe davon aus, die Landesregierung wird hier an dieser Stelle auch entsprechende Ausführungen nochmals machen. Wir bleiben natürlich hier im Gespräch und konnten auch deutlich machen, dass es

(Abg. Kowalleck)

Ihnen an sich an dieser Stelle auch nicht um die Sache geht. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die FDP-Fraktion hat der Abgeordnete Untermann das Wort.

Abgeordneter Untermann, FDP:

Spaß beiseite, gleich wird es ernst!

(Zwischenruf Abg. Ramelow, DIE LINKE: Ja, es geht um die Spielbank, kein Spaß!)

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, ich habe immer das Glück, wenn es ein bisschen emotional wird, hier reden zu dürfen. Ich werde versuchen, meinen Beitrag in einer Form einzuordnen, die würdig ist. Ein beachtlicher Titel für eine Aktuelle Stunde, aber für eine Aktuelle Stunde viel zu umfangreich, um ihn hier erschöpfend zu behandeln. Suchtbekämpfung gehört aber eigentlich nicht hierher, sondern in eine Extraverhandlung, weil das viel zu ernst ist, um das am Rande hier zu erörtern.

(Beifall FDP)

Spielbank schließen: Darüber wird zu reden sein. Wir sind nicht der Meinung, weil es andere Wege gibt.

Landeshaushalt schützen: Herr Kowalleck, da muss ich leider Gottes sagen, wir haben jeden Tag die Pflicht, den Landeshaushalt zu schützen, also müssen wir hier auch sagen, hier müssen wir aufpassen, dass kein Geld dem Steuerzahler verloren geht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Fraktion DIE LINKE, ich freue mich, dass Sie sich unserer Kleinen Anfrage vom 02.01.2013 angeschlossen haben,

(Beifall FDP)

sehr aufmerksam. Hier haben wir auch folgende Fragen unter anderem gestellt, die Sie sicherlich auch mit vertreten: Welche Spielergebnisse hat die Spielbank bis jetzt? Welche Veränderungen der Betriebsergebnisse? Welche Verträge, welche Möglichkeiten bestehen zur vorzeitigen Kündigung oder Verlängerung und alles, was wir in neun Punkten aufgeführt haben, bis hin, dass wir erwarten, dass die Landesregierung eine Zukunft für diese Sache aufzeigt. Aber ich muss sagen, das ist wieder ein typischer Fall, wo sich der Staat in die Privatwirtschaft einmischt, obwohl er sich raushalten sollte. Das müssen wir immer wieder beobachten.

(Beifall FDP)

Es kann nicht sein, dass eine Spielbank Verluste einfährt. Wir haben uns schon seit 2012 mit diesem

Thema beschäftigt und um eine Beantwortung der zahlreichen Fragen in unserer Kleinen Anfrage gebeten.

Ich möchte noch mal zum Haushalt kurz kommen: Die Thüringer Spielbank ist auch ein treffendes Beispiel für die vielen Punkte, an denen im Haushalt noch Luft ist. Ich erinnere hier nur an solche Sachen wie die Stiftung FamilienSinn, wie das Landgestüt Moritzburg, das Tausend-Dächer-Programm, die Landesarbeitsprogramme. Auch das sind Punkte, wo wir unbedingt an den Haushalt denken müssen. Bei der Spielbank gibt es die Chance, in 2014 die Weichen neu zu stellen. Ende 2013 läuft der teure Mietvertrag aus, Gleiches gilt für die Konzession. Die FDP-Fraktion fordert die Landesregierung auf, diese Gelegenheit zu nutzen, um wenigstens eines der vielen noch offenen Probleme zu klären. Das muss jetzt geklärt werden, damit wir bis 2014 den notwendigen Vorlauf haben, um es zu ändern.

Ich habe an dieser Stelle - leider Gottes ist Herr Machnig nicht mehr da - noch einen Hinweis. Ich würde ihm gern noch etwas mit auf den Weg geben - hoffentlich ist er noch draußen und hört es. Einen Minister, Herr Machnig, zeichnet großes Fachwissen aus, aber auch eine gewisse Sachlichkeit. Das Letzte fehlt Ihnen wahrscheinlich.

(Zwischenruf Abg. Barth, FDP: Beides.)

(Beifall FDP)

Meine Mutter hat zwei Sprichwörter gehabt. Damit möchte ich heute hier schließen. „Wer schreit hat Unrecht“, „Der Klügere gibt nach.“ Herr Machnig, Sie haben Unrecht und ich gebe nach. Ich bedanke mich.

(Beifall FDP)

(Zwischenruf Abg. Ramelow, DIE LINKE: Was hatte das jetzt mit der Spielbank zu tun?)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Ich rufe für die SPD-Fraktion den Abgeordneten Hey auf.

Abgeordneter Hey, SPD:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Huster, der Titel Ihrer Aktuellen Stunde lässt die Frage zu, welcher Minister hier eigentlich am Schluss der Debatte sprechen wird, weil Spielsucht bekämpfen, das ist eine Sache von Frau Taubert, Spielbank schließen, da könnte man den Innenminister fragen, und Landeshaushalt schützen ist eine Sache von Herrn Voß. Vielleicht haben alle drei nachher noch Redezeit dazu. Ich weiß es nicht, wie das dann gehalten wird.

In der Pressemitteilung der LINKEN haben Sie die Vorgänge um die Spielbank in Erfurt der vergange-

(Abg. Hey)

nen Jahre vor einigen Tagen schon mal angesprochen. Sie haben eben auch schon den Untersuchungsausschuss hier noch mal reflektiert und Sie fordern - zumindest sinngemäß -, keine weitere Landesunterstützung in die Einrichtung fließen zu lassen. In der Pressemitteilung war auch von Steuerverschwendung die Rede, wenn ich mich recht entsinne. Ich habe mich gefragt, was denn an dem gesamten Desaster um diese sogenannte Spielbank nun eigentlich neu ist oder zumindest so aktuell, dass es diese Aktuelle Stunde hier im Hause rechtfertigen würde. Aber es gab dieser Tage tatsächlich eine Meldung, die aufhorchen ließ. Der Betreiber Westspiel aus Nordrhein-Westfalen - so hat es der MDR zumindest gemeldet - hat einen Eigentümer - das ist die NRW Bank - und die plant den Verkauf des Erfurter Casinos. So stand es zumindest auf den Internetseiten. Ich kenne jetzt die Umsatzzahlen dieser sogenannten Spielbank nicht, aber sehr wohl die Einnahmen des Freistaats, die uns eigentlich auch mehr in diesem Hause interessieren müssten. Die gehen Jahr für Jahr zurück. Das ist ein Faktum.

Ich weiß, dass einige von Ihnen zur damaligen Zeit, als es um die Entstehung dieser sogenannten Spielbank ging, hier schon Abgeordnete im Parlament waren. Das war in der 3. Legislatur, ist also noch nicht ganz oder so ungefähr zehn Jahre her. Ich weiß auch, man hat Ihnen viel erzählt und versprochen. Man muss nur die Protokolle ziehen, um mitzuverfolgen, welche Träumereien hier in Bezug auf diese sogenannte Spielbank geherrscht haben. Fakt ist, von diesen Träumereien sind allenfalls Alpträume und ziemliches Schädelbrummen zurückgeblieben.

(Beifall DIE LINKE)

Fakt ist auch, dass durch eine Patronatserklärung - es ist hier schon angesprochen worden - des damaligen Ministers einem Hotelinvestor monatlich 33.000 € Miete für diese sogenannte Spielbank zugesichert wurden. Das sind Landesgelder gewesen, meine Damen und Herren. Fakt ist auch, dass rund 700.000 € an Landesgeldern gezahlt wurden, ehe diese sogenannte Spielbank überhaupt geöffnet hat. Fakt ist auch, dass monatlich - noch heute - 18.000 € monatliche Mietstütze in diese Einrichtung fließen. Und das alles für eine Einrichtung - und jetzt will ich das gern auflösen, weshalb ich immer sogenannte Spielbank sage -, es ist eine Einrichtung, die nicht mal, wenn man Spielbank hört, stellt man sich vor, man kommt da rein, da sind Roulette-tische, wie man das eben so aus Filmen kennt, die haben nicht mal einen Roulettetisch, die haben ein elektronisches Roulette. Black Jack und Pokertische gibt es kaum, ansonsten haben sie einarmige Banditen und Automaten. Das ist eher eine bessere Spielhalle, das muss man auch mal so sagen. Ich werde allerdings gleich sagen, diese Problematik ist zwar hausgemacht, aber sprudelnde Steuerquellen

sind Spielbanken schon lange nicht mehr. Das ist nicht nur in Thüringen der Fall, wir müssen nur zu unserem Nachbarn nach Sachsen-Anhalt schauen, dort hat man auch nur noch die Betreuung einer Spielbank mittlerweile festgezurr, auch der geht es nicht ganz so gut. Insoweit lässt sich feststellen, es waren völlig überzogene Erwartungen, die man damals an dieses Casino - nennen wir es mal besser so - hier in Erfurt hatte. Die SPD-Fraktion hat auch damals hier im Hause immer schon davor gewarnt. Ich möchte Herrn Bielstein, den Sprecher der NRW Bank, noch einmal zitieren, weil eben von meinem Kollegen Kowalleck gesagt wurde, es stünde ein Verkauf gar nicht mehr zur Debatte, das sei letzten Endes wieder zurückgedreht worden. Herr Bielstein sagt: „In naher Zukunft ist das nicht geplant und zumindest nicht bis zum Ende 2014.“ Das ist der Zeitraum, in dem wir uns jetzt im Moment auch noch bewegen. Alles, was darüber hinausgeht - und da muss man sehr vorsichtig sein -, hat Herr Bielstein bewusst offengelassen. Um die Fördergelder - das ist meine Meinung -, die in diese Einrichtung geflossen sind, ist es jedenfalls jammerschade.

(Beifall SPD)

Wenn der Grundtenor, Herr Huster, dieser Aktuellen Stunde der ist, keine weiteren Subventionen und damit Steuergelder mehr für die Erfurter Spielbank bereitzustellen, dann, denken wir, ist dieser Grundtenor durchaus berechtigt.

Mein Kollege Günter Pohl, der damals hier als Abgeordneter meiner Fraktion sprach, hat am 29. Januar 2004 - das ist fast auf den Tag genau neun Jahre her - damals zum Abschluss seiner Rede zu genau diesem Thema gesagt - Frau Präsidentin, ich bitte, zitieren zu dürfen - „Fazit:“, sagte er, meine Damen und Herren, „Die Einrichtung einer Spielbank in Thüringen steht unter keinem guten Stern.“ Er sollte leider recht behalten. Man kann in einer Spielbank sicherlich eine Menge Nervenkitzel und Spaß haben, man kann aber, wie das Land Thüringen auch eines machen, man kann sich erheblich verzocken und genau das ist passiert. Und ob diese Einrichtung überhaupt nicht mehr weitergeführt werden soll, ich entnehme das zumindest den Forderungen der LINKEN zum Teil, das müssen sicherlich andere entscheiden, das können wir hier im Landtag auch nicht übers Knie brechen, aber was Steuergelder der Bürgerinnen und Bürger dieses Landes angeht, da muss es nach 2014 endgültig heißen „Rien ne va plus.“ Ich danke Ihnen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat sich Abgeordneter Meyer zu Wort gemeldet.

Abgeordneter Meyer, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. Man merkt hier auch daran, wer hier vorn spricht, worum es in Wirklichkeit bei dem Thema geht, nämlich um Geld und um Altlastenbeseitigung, wenn man es mal ein bisschen ökologisch formuliert. Aber diese Altlastenbeseitigung ist nicht unser Thema von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, das ist gerade ganz wunderbar von Ihnen beiden dargelegt worden, vielen Dank noch mal für diese kurze Geschichteinführung.

Wenn man diese Aktuelle Stunde in ihrer Überschrift nimmt, die Reihenfolge stimmt nicht ganz, aber egal, dann gibt es ja zwei verschiedene Aspekte, ich will es mal ganz schnell machen bei dem Thema Sucht. Die Frage heißt, kann man ab 2014 die Spielbank schließen, heißt das dann, dass wir die Sucht bekämpfen? Ich würde mal sagen, das ist die Frage, ob öffentliche Suchtbefriedigung, also im Sinne in öffentlichen Einrichtungen Sucht zu befriedigen, beispielsweise wie diese geförderte Spielbank schädlicher ist oder moralisch schwieriger als Private? Antwort - wahrscheinlich eher nicht. Das, was in privaten Casinos passiert, ist sicherlich nicht positiver zu beurteilen. Übrigens auch im Hinweis auf die Meinung der Spielbank aus Zeitungsartikeln wird deutlich, dass die sagen, private Spielbanken kannibalisieren uns, das wundert einen nicht, wenn man sich dann wieder anhört, was in diesen sogenannten Spielbanken eigentlich passiert, nämlich das, was im Privaten auch da ist - Automaten Spiel. Nebenbei bemerkt ist auch das ein Hinweis darauf, warum es nicht funktioniert, schauen Sie sich die Zahl der Sterne-Restaurants in Thüringen an und Sie wissen, warum Spielbanken hier auch nicht funktionieren, das ist nämlich ein dezidiert Zusammenhang zwischen diesen beiden Einrichtungen,

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

die haben dieselbe Klientel und wenn es nur noch einen einzigen Stern in Thüringen gibt, leider, dann weiß man auch, warum es diese Spielbank ab 2014 nicht mehr geben wird, da brauchen wir keine Sorgen zu haben.

Wird denn aber zum Beispiel auch weniger gespielt, wenn die Spielbank zu ist? Auf jeden Fall nicht, weil wir leider die Debatten hier schon häufiger hatten, Spielen ist ein Grundbedürfnis der Menschen, das ist eine faktische Tatsache, das können wir nicht ändern, und dass Menschen auch um Risiko spielen, manche um Geld, manche um ihr Leben, um ihre Gesundheit, ist eine Tatsache, die wir auch nicht wegdiskutieren können und die zu kanalisieren ist Aufgabe des Staates, das tut er ja auch, bei Privaten übrigens auch. Also es wird auf jeden Fall nicht weniger gespielt werden, bloß weil die

Spielbank in Erfurt nicht mehr da ist. Dass die Spielbank in Erfurt die Spielsucht kanalisiert, entschuldigen Sie bitte, da kann ich nur dreimal kurz und hämisch kichern, der Umsatz, der dort im Jahr gemacht wird, würde den großen Internetbetreiber Bet and win beispielsweise, wenn ich hier mal einen Namen nennen darf, am Tag schon in die Krise führen, wenn er nur 2 Mio. € umsetzen würde. Was diese 20 sogenannten Angestellten dort in einem Jahr umsetzen, das sind 2 Mio. € und davon waren bis vor wenigen Jahren noch 400.000 € Umsatz einer einzelnen Person, wie wir wissen, die auf diese Art und Weise dafür gesorgt hat, dass öffentliche Gebührengelder in unsere Steuereinnahmen geflossen sind zum nicht unerheblichen Teil.

(Zwischenruf Abg. Ramelow, DIE LINKE:
Und deswegen geht es jetzt zurück?)

Nein, jetzt ist die Frage, schützt denn eigentlich das Schließen der Spielbank den Landeshaushalt? Die Frage, ob die Einrichtung dieser Spielbank profitabel gewesen ist, kann man ja wohl mit einem herzlichen Nein beantworten, jedenfalls wenn es um die öffentlichen Hände geht, für einige andere war es sicherlich profitabel, aber für die öffentliche Hand war es eine Katastrophe, Herr Huster hat alles dazu gesagt.

Ist der derzeitige Betrieb profitabel? Für den Betreiber scheinbar auch schon nicht mehr so richtig, für uns geht es noch. Noch, kann man sagen, ist die Differenz zwischen dem, was wir dort gezwungen sind durch die Patronatserklärung einzuführen, geringer, als das, was abgeführt wird. Ist das auch für die Zukunft zu erwarten? Antwort: Höchstwahrscheinlich nicht, denn die Spielumsätze gehen zurück und das hat die Gründe, die ich eben gerade versucht habe, zu skizzieren.

Wir als Fraktion erwarten auch, dass im Jahr 2014 Schluss ist. Insofern war es eine Aktuelle Stunde wert, weil wir uns darauf einrichten können, dass dieser Haushaltstitel demnächst der Vergangenheit angehört - Einnahme wie Ausgabe, Rien ne va plus.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Jetzt schaue ich mal in Richtung Landesregierung. Für die Landesregierung Herr Innenminister Geibert.

Geibert, Innenminister:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten, nach den irreführenden Medienberichten „Verkauf der Erfurter Spielbank zum Jahreswechsel“ befasste sich der Haushalts- und Finanzausschuss des Thüringer

(Minister Geibert)

Landtags auf Antrag der Fraktion DIE LINKE mit dem Thema. Bereits im Haushalts- und Finanzausschuss wurde letzte Woche klargestellt, dass der Freistaat Thüringen gemäß Thüringer Spielbankgesetz der westdeutschen Spielcasino Verwaltungs GmbH die Erlaubnis zum Betrieb einer Spielbank am bekannten Standort für zehn Jahre erteilt hat. Diese Konzession endet am 31. Dezember 2014 und kann gemäß Erlaubnisbescheid nicht auf einen anderen Betreiber übertragen werden. Somit ist ein sogenannter Verkauf der Erfurter Spielbank ausgeschlossen. Dies hat der Betreiber WestSpiel in einer Presseerklärung vom 10. Januar 2013 klargestellt und hat darin betont, die Spielbank bis Dezember 2014 zu betreiben. Nach den bestehenden Verträgen könnte nur der Betreiber entscheiden, den Spielbetrieb vor dem 31. Dezember 2014 einzustellen. Dadurch würden nicht nur die Arbeitsplätze der Mitarbeiter entfallen, es würden auch die Einnahmen des Landes aus der Spielbankabgabe und der Stadt Erfurt aus dem Anteil der Spielbankgemeinde an der Spielbankabgabe entfallen.

Dies zeigt, eine vorzeitige Einstellung sowohl des Spielbetriebs als auch eine vorzeitige Beendigung des bestehenden Mietvertrags zwischen dem Betreiber und der landeseigenen ersten Thüringer Spielbankgesellschaft würde gerade zu einer Schädigung des Haushalts führen. Es könnten weder Mieteinnahmen generiert noch eine Spielabgabe eingenommen werden. Darüber hinaus wäre ein vorzeitiges Ende des Spielbetriebs in Erfurt arbeitnehmerfeindlich. Für die Zeit ab 2015 wird derzeit geprüft, ob die derzeitigen Regelungen und Abgabensätze im Thüringer Spielbankgesetz auch unter Berücksichtigung der Einnahmeinteressen des Landes geeignet sind, einen aus der Perspektive des Erlaubnisinhabers wirtschaftlichen Betrieb einer Spielbank in Thüringen sicherzustellen.

Zur Spielsucht: Gemäß § 6 Glücksspielstaatsvertrag sind die Veranstalter und Vermittler von öffentlichen Glücksspielen verpflichtet, die Spieler zu verantwortungsbewusstem Spiel anzuhalten und der Entstehung von Glücksspielsucht vorzubeugen. Zu diesem Zweck haben sie Sozialkonzepte zu entwickeln und ihr Personal zu schulen. So weit die Vorschrift.

Wirksame Spielsuchtprävention, die Hilfe in einem frühen Stadium anbietet, beruht insbesondere auf der Sensibilisierung der Casinomitarbeiter für das Thema. Diese können so bereits in einem frühen Stadium eine mögliche Suchtentwicklung bei Besuchern der Spielbank erkennen und eingreifen. Im Sozialkonzept sind im Zusammenhang mit der sozialen Kontrolle eine Reihe von Maßnahmen zur Spielsuchtbekämpfung enthalten wie die Ausführung zu Zugangskontrollsystemen, Spielsperrensystemen, Aufklärungsmaterialien bzw. auch Telefonhotlines, Schulungskonzepte für die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, Verantwortlichkeiten im Be-

reich Erstellung und Umsetzung des Sozialkonzeptes und zur Zusammenarbeit mit Suchtfacheinrichtungen. Das Sozialkonzept des Casinos Erfurt basiert auf den Säulen Spielerschutz, Information, Schulung, Beratungs- und Therapieangebot und Evaluation.

Der Umgang mit auffällig geworden Spielern ist im Punkt „Spielerschutz“ geregelt. Dort ist festgelegt, dass nach dem Erkennen suchttypischen Verhaltens durch die geschulten Casinomitarbeiter mit dem Spieler bzw. der Spielerin unverzüglich ein Gespräch zur Einleitung der Spielersperre und zur Motivation zur Kontaktaufnahme mit einer Beratungsstelle geführt wird. Das Personal wird zur Früherkennung problematischen Spielverhaltens geschult. Deshalb ist es sicher ein Trugschluss, wenn im Antrag unterstellt wird, dass mit der Schließung der Spielbank die Spielsucht bekämpft werde.

Insgesamt ist festzustellen, dass eine vorzeitige Schließung der Spielbank Erfurt deutlich mehr Probleme aufwerfen als lösen würde. Dies gilt sowohl für den Haushalt als auch für die dort beschäftigten Arbeitnehmer. Die Landesregierung wird die weiteren Schritte sorgfältig unter Abwägung aller Gesichtspunkte prüfen und dann die Entscheidung über das weitere Vorgehen treffen. Vorschnelle Forderungen nach einer Schließung des Casinos fallen unter die Rubrik des politischen Aktionismus. Sie sind gänzlich ungeeignet, ein verantwortliches politisches Handeln zu ersetzen. Vielen Dank.

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Mir liegen jetzt keine weiteren Redemeldungen vor. Ich schließe demzufolge die Aussprache im letzten Teil der Aktuellen Stunde, ich schließe damit die Aktuelle Stunde als Ganzes. Den Tagesordnungspunkt 1 werden wir morgen aufrufen und ich komme zum Aufruf des **Tagesordnungspunkts 2**

Thüringer Wohnraumfördergesetz (ThürWoFG)

Gesetzentwurf der Landesregierung

- Drucksache 5/5061 -

dazu: Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bau, Landesentwicklung und Verkehr

- Drucksache 5/5485 -

dazu: Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

- Drucksache 5/5604 -

ZWEITE BERATUNG

(Vizepräsidentin Dr. Klaubert)

Der Abgeordnete Wetzel hat die Berichterstattung aus dem Ausschuss für Bau, Landesentwicklung und Verkehr übernommen. Bitte.

Abgeordneter Wetzel, CDU:

Verehrte Damen und Herren, Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, als Berichtersteller zum Thüringer Wohnraumförderungsgesetz darf ich Folgendes mitteilen: Wir haben von der Landesregierung am 05.10. vergangenen Jahres die Drucksache 5/5061 erhalten. Am 19.10. vergangenen Jahres haben wir in der Plenarberatung diese überwiesen. Beantragt war eine Ausschussüberweisung an den Ausschuss für Soziales, Familie und Gesundheit. Das wurde vom Hohen Haus abgelehnt. Überwiesen wurde an den Ausschuss für Bau, Landesentwicklung und Verkehr. Die Ausschussberatung, die nicht öffentlich durchgeführt wurde, fand am 19.10. vergangenen Jahres statt. Dort wurde gemäß § 79 der Geschäftsordnung eine schriftliche Anhörung mit 12 anzuhörenden Parteien beschlossen; dazu lagen die Vorlagen 5/2895 von CDU/SPD vom 17.10., von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in der Vorlage 5/2894 vom 18.10., ein weiterer Antrag der FDP-Fraktion in Vorlage 5/2896 und von den LINKEN in Vorlage 5/2891 vor. Die Ausschussberatung war nicht öffentlich im Ausschuss für Bau, Landesentwicklung und Verkehr am 04.11.2012. Es gab einen Änderungsantrag in der Vorlage 5/3096 von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und einen Änderungsantrag der LINKEN in Vorlage 5/3081 vom 19.12., einen Änderungsantrag der FDP und einen Änderungsantrag der CDU-SPD-Koalitionsfraktionen. Die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bau, Landesentwicklung und Verkehr in der Drucksache 5/5485 ist am 16.10. dieses Jahres beschlossen und mehrheitlich angenommen worden mit der Empfehlung der Annahme des Gesetzentwurfs hier im Hohen Haus. Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Vielen Dank für die Berichterstattung. Ich eröffne nun die Aussprache in der zweiten Beratung und rufe für die Fraktion DIE LINKE Frau Abgeordnete Sedlacik auf.

Abgeordnete Sedlacik, DIE LINKE:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, die Intention des Gesetzes geht für die Fraktion DIE LINKE in die richtige Richtung. Trotzdem werden wir dem Gesetz heute nicht zustimmen, sondern uns enthalten, weil es uns nicht weit genug geht.

(Beifall DIE LINKE)

Die Anhörung hatte das Potenzial des Entwurfs erkennen lassen. Wir hätten uns aber gewünscht,

dass mehr Anregungen aus der Anhörung aufgegriffen worden wären. Die wichtigste Zielstellung ist für uns die soziale Mietwohnraumförderung. Zu begrüßen ist auch, dass die Förderung nicht allein auf die Schaffung von Wohnraum, sondern auch das Umfeld zur Gestaltung von lebenswerten Quartieren ermöglicht werden soll. Kritisch sehen wir aber die Förderung von Wohneigentum. So beantragten wir im Ausschuss die Streichung dieses Paragraphen. Warum? Wir sind der Meinung, dass eine Schaffung von Wohneigentum unter Berücksichtigung der auch in § 10 aufgeführten Einkommengrenzen für diese Zielgruppen ohne Risiko der Verschuldung nicht realisierbar ist. Man sollte hier keine Hoffnungen schüren, die von vornherein nicht aufgehen können, und man sollte auch die Betroffenen nicht ins Unglück stürzen. Bei sozialer Wohnraumförderung hat für uns die massive Schaffung von preiswertem Mietwohnraum durch Genossenschaften und Wohnungsgesellschaften den Vorrang.

(Beifall DIE LINKE)

Mit Bezug auf die heutige Aktuelle Stunde wiederhole ich: Der soziale Mietwohnungsbau wird überwiegend von Genossenschaften und kommunalen Wohnungsunternehmen gestemmt und der Ausverkauf von Wohnungen an börsenorientierte Unternehmen lässt diese Chance für neuen Mietwohnungsbau nicht steigen, im Gegenteil. Die derzeitige Anzahl von belegungsgebundenen Wohnungen, es sind 46.000 Wohneinheiten in Thüringen, zeigt, dass die Schaffung neuen, dauerhaften, bezahlbaren Wohnraums nur durch Schaffung entsprechender Instrumente möglich ist. Den Förderungsanstrengungen, die aus den Zahlen hervorgehen, steht jedoch das vorgelegte Haushaltsbegleitgesetz entgegen. Dort ist in Artikel 11 aufgeführt, dass jährlich ein Betrag von 20 Mio. € pro Jahr in 2013 und 2014 zugunsten des Landeshaushalts aus dem Fondsvermögen für die Wohnungsbau- und Städtebauförderung entnommen werden können. Das wurde vielfach schon kritisiert. Auch wir sagen, das Thüringer Wohnungsbauvermögen muss auch für wohnungspolitische Zielstellungen eingesetzt werden. Ansonsten ist es ein Etikettenschwindel.

(Beifall DIE LINKE)

Am vorliegenden Entwurf kritisieren wir weiterhin, dass Vermieter sich aus der Belegungsbindung freikaufen können, nachzulesen in § 22. Auch diese Regelung wollten wir streichen, da es den Intentionen des Gesetzes nicht entspricht. Hier wird rein auf die privaten Interessen des Vermieters abgestellt, welcher jedoch zum Zeitpunkt des Förderantrags sich genau für die soziale Wohnraumförderung entschieden hatte, und später, wie gesagt, möchte er sich aus dieser Verpflichtung freikaufen. Dem können wir so nicht zustimmen. Diese Regelung ist weiter im Gesetz, obwohl, wie gesagt, die

(Abg. Sedlacik)

dauerhafte Sicherung der Belegungsbindung unserer Meinung nach unbedingt notwendig ist.

Auch ist die Regelung für die Anforderungen an die Barrierefreiheit nicht konkret genug mit dem Weglassen der DIN-Norm. Hier werden wir dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zustimmen.

Weiterhin wurde auch der Flächenverbrauch nicht eingeschränkt. Innerstädtische Entwicklungen durch Nutzung von Brachflächen hätten hier doch eine Chance. Der Flächenverbrauch ist bundesweit derzeit 81 ha am Tag, das sind 61 Fußballfelder - erst neulich in der Zeitung nachzulesen. Dem müssen wir doch Einhalt gebieten.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wünschenswert ist eine Konzentration der Fördermittel auf erhaltenswerte Stadtzentren und Innenstädte. Das erfordert integrierte Handlungskonzepte der Kommunen. Hier hätten wir gern, dass die Vorgaben im Gesetz strenger wären.

(Beifall DIE LINKE)

Wir hatten heute die Aktuelle Stunde „Wohnen muss bezahlbar sein“. Ich möchte in diesem Zusammenhang auch erinnern an das Grundgesetz. In Artikel 1 steht: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“ Die Versorgung mit preisgünstigem und gutem Wohnraum ist eine Daseinsvorsorge und gehört deshalb in öffentliche Hand. Die Politik muss mit Anreizen und Förderung reagieren. Insbesondere auch Druck auf die Bundesregierung ist weiterhin notwendig, dass sie Förderprogramme für den sozialen Wohnungsbau und zur Stadtumgestaltung nicht aufgibt, sondern sie müssen weiter fortgesetzt werden. Danke.

(Beifall DIE LINKE)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die SPD-Fraktion rufe ich Frau Abgeordnete Doht auf.

Abgeordnete Doht, SPD:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, mit dem Entflechtungsgesetz ist die Zuständigkeit für die soziale Wohnraumförderung vor einigen Jahren vom Bund auf die Länder übertragen worden. Das, denke ich, ist auch gut so, weil wir hier besser auf die regionalen Unterschiede eingehen und die Förderung danach ausrichten können. Mit der Erschaffung des Wohnungsbaufonds haben wir die fiskalischen Voraussetzungen geschaffen und mit dem Ihnen heute vorliegenden Gesetzentwurf wollen wir hier klarstellen, wer gefördert werden kann, was gefördert werden kann, wo liegen die Einkommens-

grenzen, welche Ziele und Rahmenbedingungen geben wir uns sonst für die Wohnraumförderung.

Wir werden zum einen in die Schaffung von Mietwohnungen investieren, sprich diese fördern. Die Modernisierungsförderung wird weiterhin einen großen Anteil einnehmen, aber wir wollen auch das selbst genutzte Wohneigentum weiterhin fördern. Dabei gilt es, Umwelt- und Klimaschutz zu beachten, auf die demografische Entwicklung einzugehen. Wir hatten das heute schon in der Aktuellen Stunde diskutiert, dass wir in Thüringen sehr unterschiedliche Situationen haben, Gebiete mit sehr hohen Wohnungsleerständen, sehr niedrigen Mieten bis hin zu angespannten Wohnungsmärkten in einigen größeren Städten.

Es geht aber bei der Förderung auch darum, eine nachhaltige Stadtentwicklung zu unterstützen und stabile Bewohnerstrukturen zu schaffen bzw. zu erhalten. Neben dem Bau und der Modernisierung soll der Erwerb von Wohnraum gefördert werden können, die Wohnumfeldverbesserung ebenso wie die Schaffung von Wohnbauland, aber auch der Erwerb von Belegungsbindungen, von Genossenschaftsanteilen und sonstiger Maßnahmen sind förderfähig. Dabei richtet sich die Förderung insbesondere an Familien mit Kindern oder andere Haushalte mit Kindern, an junge Ehen und Lebenspartnerschaften, an Menschen mit Behinderungen, Ältere, Schwangere und alleinerziehende Bürgerinnen und Bürger und sonstige hilfsbedürftige Menschen.

Wir haben im Ausschuss sehr intensiv darüber beraten, Kollege Wetzell hat das in seinem Bericht schon dargestellt, und wir sind auch zu Änderungsanträgen im Ausschuss gekommen. CDU und SPD haben sich auf einen gemeinsamen Änderungsantrag verständigt. Darin wollen wir die in § 10 festgeschriebene Einkommensgrenze für die Wohnraumförderung, die sich um jedes weitere Kind bislang um 600 € erhöhen sollte, auf 1.000 € anheben. Wir haben auch die Freibeträge für junge Ehepaare in § 15 weiter erhöht.

Wir haben uns mit diesem Änderungsantrag an das bayerische Wohnraumförderungsgesetz angelehnt, weil wir nämlich auch hier in einem Wettbewerb stehen. Wir wollen, indem wir hier gleiche Voraussetzungen schaffen, auch junge Leute, junge Familien im Land halten. Wenn sie hier zu gleichen Bedingungen ein Eigenheim bauen können oder eine Wohnung erwerben können, dann ist dies auch ein Anreiz vielleicht für viele Pendler, die wir nach wie vor haben, die aus dem Südthüringer Raum nach Bayern aus- und einpendeln, ihr Eigenheim vielleicht auf Thüringer Grund zu bauen und nicht in Bayern.

Ebenfalls geändert wurden die §§ 16 und 28 als folgende. Hier geht es darum, dass das Ministerium die Möglichkeit hat, bestehende Belegungsbindungen in Gebieten mit sehr viel Wohnungsleerstand ruhen zu lassen. Das heißt, wir wollen damit eine

(Abg. Doht)

flexible Handlungsweise ermöglichen. Wenn Wohnungsleerstand vorhanden ist, dann ist es sicherlich nicht nötig, alle Belegungsbindungen aufrechtzuerhalten.

Zu dem Änderungsantrag der GRÜNEN vielleicht noch ein paar Worte.

(Zwischenruf Abg. Schubert, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Gerne.)

Ja, will ich gern tun, Frau Schubert. Sie fordern ja, dass die Modernisierungsförderung und auch die Förderung von Wohnbauland nur auf die Ortskerne beschränkt sein soll. Wir haben das im Ausschuss schon abgelehnt und ich kann das hier nicht nachvollziehen. Sie beklagen einerseits, dass wir Wohnungsnot hätten, kommen immer mit dem Jenaer Beispiel - heute in der Aktuellen Stunde hatten wir das ja auch wieder -, aber als wir damals spät abends zu vorgerückter Stunde über Ihren Antrag zur Maklercourtage gesprochen haben und es auch schon darum ging, dass man eigentlich damit nicht viel erreicht, sondern letztendlich nur, indem man investiert, indem man zusätzlichen Wohnraum schafft, auch eine Entspannung des Wohnungsmarktes herbeiführen kann, haben Sie gesagt, in Jena ist da ja gar kein Platz. Dann ist es doch aber völlig kontraproduktiv

(Zwischenruf Abg. Schubert, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das habe ich nicht gesagt.)

- doch, das haben Sie gesagt -, wenn Sie jetzt kommen und sagen, wir wollen die Wohnungsbauförderung nur noch auf die Ortskerne richten. Nein. Wir sagen, das soll offen bleiben. Wir sind auch dafür, in die Ortskerne zu gehen, da, wo es Brachflächen gibt, die für den Wohnungsbau zur Verfügung stehen, da, wo die Platzverhältnisse das ermöglichen. Aber wir werden durchaus Situationen vorfinden, wo wir sagen, wir können eben nicht nur in die Ortskerne investieren. Wir werden auch weiterhin noch die Plattenbauten modernisieren müssen an dem einen oder anderen Standort, genauso, wie wir auf der einen oder anderen Seite vielleicht auch abreißen müssen. Das eine schließt das andere nicht aus, sondern wir müssen auf diesen sehr unterschiedlichen Wohnungsmarkt auch mit differenzierten Lösungen reagieren können. Deswegen lehnen wir diesen Antrag ab.

Zu dem Antrag der Fraktion DIE LINKE, die Eigenheimförderung zu streichen: Zum einen spricht Ihre Begründung, Frau Sedlacik, dass diejenigen, die unter diese Einkommensgrenzen fallen, sich das sowieso nicht leisten können, von so viel Unwissenheit. Wären Sie mal auf die Thüringer Aufbaubank zugegangen oder das Ministerium hätte sicherlich auch die Zahlen liefern können, wie viele gerade auch Schwellenhaushalte in den letzten Jahren sich mit der Wohnungsbauförderung ein Eigenheim errichten konnten. Ich habe das hier auch schon ein-

mal gesagt, so ein Eigenheim ist letztendlich auch immer die beste Altersvorsorge.

(Zwischenruf Abg. Sedlacik, DIE LINKE: Wie viele Zwangsversteigerungen haben wir denn?)

Über Zwangsversteigerungen muss man sicherlich reden. Aber dann schauen Sie bitte mal hin, die in die Zwangsversteigerung gehen, das sind nicht die, die Fördermittel beantragt haben, denn wenn ich Fördermittel beantrage, die über die TAB ausgereicht werden, da wird am Anfang schon genau auf das Finanzierungskonzept geschaut. Die in die Zwangsversteigerung gehen, sind die, die vor vielen Jahren frei finanziert wurden, bei denen die Banken nicht genau hingeschaut haben. Nein, es entspricht einfach Ihrer Ideologie, dass Sie privates Eigentum nicht fördern wollen und damit schließen Sie nahtlos an die DDR-Wohnungspolitik an,

(Beifall CDU, SPD)

als man dem Eigenheimbesitzer nicht den Sack Zement hat zukommen lassen, als man die Innenstädte hat verfallen lassen, um Geschosswohnungsbau an den Rändern zu errichten. Deswegen lohnt es nicht, weiter über diesen Antrag zu diskutieren.

(Beifall CDU)

(Unruhe SPD)

Ich bitte darum, dass der Landtag der Beschlussempfehlung des Ausschusses zustimmt, denn dann haben wir ein gutes Gesetz.

(Beifall CDU, SPD)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat sich Frau Abgeordnete Schubert zu Wort gemeldet.

Abgeordnete Schubert, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, das Strucksche Gesetz, was für das Landesplanungsgesetz nicht gegolten hat - schönen Gruß an Herrn Machnig, das Landesplanungsgesetz ist tatsächlich schon verabschiedet, das Landesentwicklungsprogramm nicht, das liegt aber auch nicht im Parlament, sondern zurzeit im Hause Carius, nur, um hier mal das Parlamentsgeschehen zu erläutern, ist hier mal wieder befolgt. In der Tat hat die Koalition ein paar Änderungen auf den Weg gebracht, allerdings war sie sehr halsstarrig, was unsere Änderungsanträge betrifft, die zum Teil ja das aufnehmen, was uns mehrere Experten ans Herz gelegt haben während der Anhörung.

(Zwischenruf Carius, Minister für Bau, Landesentwicklung und Verkehr: Ach, jetzt hören Sie auf ... schon zu Weihnachten.)

(Abg. Schubert)

Die vielen, die sich eine Meinung zu dem Gesetz gebildet und uns das kundgetan haben, werden, was eine Begründung dafür betrifft, warum die Änderungen nicht eingeflossen sind, wie immer leer ausgehen. Die Begründung wird es nicht geben nach dem Procedere, wie wir das gerade haben, und ich werde nicht müde, das immer wieder als Mangel unserer Demokratie zu betonen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Diese Rückmeldung fehlt, unabhängig von dem, was ich jetzt noch politisch dazu sagen werde.

Frau Doht, ich fange gleich bei dem Punkt unseres Änderungsantrags an, den Sie erwähnt haben. Es ist ja nicht so, dass das nur von uns kommt. Die Landesregierung hat 75.000 € für den Wohnungsmarktbericht von Empirica ausgegeben. Genau dieses Institut, was übrigens auf unsere Anregung hin zu der Stellungnahme aufgefordert wurde, hat diesen Punkt „Bitte konzentriert euch auf den Innenbereich“ hervorgehoben, hat uns wärmstens ans Herz gelegt, das in dieses Gesetz einzuarbeiten, auch als Fazit aus ihrer Analyse des Wohnungsmarktberichts. Es ist schon bemerkenswert, ich wollte mit der Aktuellen Stunde eben nicht den Wohnungsmarktbericht zum Thema machen in diesem Hause, sondern tatsächlich die Wohnungsknappheit in unseren drei größeren Städten. Sie haben gesagt, mit dem Wohnraumfördergesetz wollen Sie etwas für ganz Thüringen tun. Und Herr Carius betonte, wir haben noch 8 Prozent Leerstand. Genau deswegen muss man bei dem Wohnraumfördergesetz mit so einer Maßgabe reagieren, nämlich die Förderung auf den Innenstadtbereich beschränken, und das macht mit der zweiten Anregung von Empirica sehr viel Sinn. Die fordert Fördermittel nur dann auszureichen, wenn die Kommunen sich Gedanken gemacht haben, wenn sie ein, Empirica nennt es integriertes Handlungskonzept zwingend vorlegen müssen, bevor sie Fördermittel bekommen. So geht man in Zukunft mit Geld um in diesem Freistaat.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und diese Bedingung nicht zu fordern, ist verantwortungslos, was die Mittelvergabe betrifft. Hier geht es darum, den demografischen Wandel steuern zu wollen, und das lehnen Sie nach wie vor ab oder Sie stellen sich nicht dieser Herausforderung. Das möchte ich sehr kritisch anmerken.

Übrigens, dieser Punkt Innenentwicklung ist nicht nur von Empirica angemerkt, sondern auch von der Ingenieurkammer Thüringen und ich bin nach wie vor beeindruckt, wie wenig Sie solche Fachmeinungen berücksichtigen bei diesem Gesetzentwurf.

Zweiter Punkt, der mir auch sehr wenig einsichtig ist, weil er in keiner Weise den Koalitionsfrieden gefährden würde, auch eine Anregung der Ingenieur-

kammer Thüringen, die Bauherrengemeinschaften zu fördern.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Anfrage durch die Frau Abgeordnete Doht?

Abgeordnete Schubert, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Ja, wenn ich mit dem nächsten Aspekt fertig bin?

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Sie entscheiden das.

Abgeordnete Schubert, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Ja.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Einen kleinen Moment noch.

Abgeordnete Schubert, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Es ist zu erkennen, dass es in diesem Land Leute gibt, die sich privat engagieren, die Bauherrengemeinschaften gründen wollen oder kleine Genossenschaften und sagen, wir wären auch bereit, in dieser Bauherrengemeinschaft, in dieser Genossenschaft preisgünstigen Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Warum Sie das nicht fördern wollen, ist mir völlig unverständlich.

Bitte schön, Frau Doht, Ihre Nachfrage.

Abgeordnete Doht, SPD:

Ich wollte Sie fragen, ob Sie denn den gesamten Gesetzestext gelesen haben, weil Sie hier so auf Stadtentwicklungskonzepten bestehen und Ihren Antrag hier bringen. Es heißt in § 2 unter den Zielen, Punkt 3: „die Optimierung des Wohnraumangebots unter Berücksichtigung des stadtentwicklungspolitischen Ziels eines urbanen, flächensparenden Bauens und Wohnens, auch im Zusammenhang mit städtebaulichen Sanierungs-, Entwicklungs- und Stadtumbaumaßnahmen“. Ist denn das nicht gerade das, was Sie fordern?

Abgeordnete Schubert, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Nein, weil Sie ja den Kommunen das nicht als eine gewisse Soll- oder Pflichtvorschrift auferlegen.

(Zwischenruf Abg. Doht, SPD: Steht doch im Gesetz.)

(Abg. Schubert)

Fördermittel dann, wenn die Kommunen sich vorher Gedanken gemacht haben, was passiert mit dieser Stadt, welche Quartiere muss ich möglicherweise abreißen oder welche großen Wohneinheiten und wie viel Investitionen muss ich in das Zentrum stecken. Genau diese Gedanken müssen sich die Kommunen zwingend machen aus unserer Sicht und auch aus der Sicht von Empirica. Und das haben Sie nicht mit aufgenommen, nach wie vor nicht.

Ich komme noch mal zurück auf die Aktuelle Stunde und auf das, was auch der Minister gesagt hat. Es ging ja hier um einen differenzierten Sachverhalt. Natürlich brauchen wir den Mietwohnungsneubau und ja, Jena war etwas bockig, will ich mal sagen, was das angeht. Aber Sie können doch nicht die Mieterinnen und Mieter, die jetzt in Nöten sind, damit trösten - in Jena wird ja jetzt gebaut -, dass wir irgendwann mal zu einem entspannten Wohnungsmarkt kommen. Ich wundere mich schon sehr, Schwarz-Gelb hat ja den Vorschlag gemacht, eine Landesermächtigung auf den Weg zu bringen, um zu hohe Mieten zu begrenzen, dass Sie sich dem so entgegenstellen. Wir müssen jetzt etwas tun für die Mieterinnen und Mieter in unseren größeren Städten. Und diese Ermächtigung war auch so vorgesehen, dass sie - ich glaube, es waren fünf Jahre - halten würde. Das ist genau die Reaktion, die man braucht in der Politik, wir reagieren auf eine aktuelle Situation. Diese Verordnung, diese Ermächtigung kann man ja dann auch wieder einstampfen, wenn der Wohnungsmarkt sich entspannt hat. Aber es geht um genau diesen Zeitraum und darauf haben Sie keine Antwort.

Noch ein Wort zu den LINKEN: Auch wir sind der Meinung, dass es grundsätzlich sehr sinnvoll ist, Eigentum, Eigenheime zu fördern, den Bau von Eigenheimen, weil wir auch glauben, das ist eine sinnvolle Investition, die unter Umständen den Menschen eine Altersvorsorge ermöglicht, da sind wir sehr dafür. Allerdings müssen wir dann auch gleichzeitig sicherstellen, dass dieses Eigenheim nicht irgendwann an Wert verliert. Das kann man dadurch sicherstellen, dass wir auf die Innenentwicklung fokussieren. So riskieren Sie, dass diese Häuser irgendwo in einer Randlage entstehen, wo dann irgendwann niemand mehr wohnt und das Ding einfach nichts mehr wert ist. Das müssen wir verhindern. Insofern noch einmal mein Appell, überdenken Sie bitte diese Anmerkung, die nicht nur von uns kommt, sondern auch von Empirica, die sich sehr ausführlich mit der Situation in Thüringen beschäftigt hat.

Zweiter Punkt zu den LINKEN, wir sind nicht der Meinung, dass man die, Sie nennen es Freikauf der Belegungsbindung, unter allen Umständen abschließen darf. Wir haben in Thüringen einen differenzierten Wohnungsmarkt und es muss auch möglich sein, mit dem Gesetz flexibel zu reagieren, um, wenn wir diese Wohnungsknappheit nicht haben,

Belegungsbindungen aufzuheben, weil sie keinen Sinn mehr machen, weil sie nichts dazu beitragen, die soziale Durchmischung usw. zu gewährleisten. Wir sind über eine Änderung sehr glücklich, dass Sie die Förderung von Wohneigentum für Lebenspartnerschaften explizit noch einmal mit dem Gesetz ermöglichen

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und auch die Förderung von Quartierkonzepten berücksichtigen. Alles in allem habe ich aber deutlich gemacht, dass uns an wichtigen Punkten der Gesetzesentwurf nicht ausreichend formuliert ist, also wichtige Punkte nicht mit aufgenommen worden sind. Deswegen werden wir uns schlussendlich enthalten. Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Wetzel das Wort.

Abgeordneter Wetzel, CDU:

Ich weiß, ich habe noch nicht gearbeitet heute früh.

(Heiterkeit SPD)

Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, wir sprechen heute hier in zweiter Lesung über das Wohnraumfördergesetz Thüringens. Meine Damen und Herren, vielleicht vorweg, es ist das erste junge Bundesland, das ein eigenständiges Wohnraumfördergesetz auf den Weg gebracht hat. Darauf, denke ich, können wir auch stolz sein. Es hängt mit der Föderalismusreform zusammen, das wurde heute schon mehrfach erwähnt, die im Bund stattgefunden hat, und wir führen mehrere Bundesgesetze zusammen zu einem Gesetz. Wir entbürokratisieren letztendlich auch ein Stück diese Gesetzestafel.

Meine Damen und Herren, bevor ich in das Gesetz einsteige, möchte ich Frau Schubert gern die Frage stellen, wie sie das verwirklichen will,

(Zwischenruf Abg. Schubert, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Was denn?)

dass sie für ein neues Eigenheim sicherstellen will, dass es nicht an Wert verliert. Das ist mir zu hoch. Wenn also das Eigenheim 25 Jahre alt ist, steht garantiert eine Grundsanierung ins Haus, die eine Größenordnung umfasst. Wenn Sie das nicht durchführen und verkaufen ihr Häuschen, dann können Sie davon ausgehen, dass das auf jeden Fall den Wertverlust darstellt, den das Haus einmal hatte gegenüber einem neuen Wert. Das sind so Gedankengänge, die bei meinen Damen und Herren von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Raum stehen. Die erinnern mich nicht einmal an die Zeit vor

(Abg. Wetzel)

1989, das ist etwas ganz Neues. Aber vielleicht muss man auch mit etwas ganz Neuem leben.

Meine Damen und Herren, Frau Sedlacik hat in der letzten Sitzung in der ersten Lesung am 19. Oktober einmal von einem Taschenspielertrick gesprochen von dem Gesetz. Gott sei Dank hat sie das heute nicht noch einmal erwähnt, sonst hätte ich noch einmal explizit darauf eingehen müssen. Das ist es nun wirklich nicht, ein Taschenspielertrick, sondern dieses Gesetz ist eine sinnvolle Zusammenführung mehrerer Gesetzeswerke aus Bund und Land, um auch wirklich entbürokratisierend zu wirken in unserem Land.

Auf Antrag der Koalitionsfraktionen war das letztendlich auch ein Teil des Koalitionsvertrags, dass wir dieses Gesetz auf den Weg bringen. Das wollen wir auch mit dem heutigen Tag positiv erledigen. Es soll, und das haben wir in den letzten Sitzungen auch im Wohnungsmarktbericht immer wieder festgestellt und vermerkt, dass hier eine enge Verzahnung auch stattfand zwischen Wohnungsmarktbericht und Wohnraumförderungsgesetz oder Wohnungsförderungsgesetz, weil der Wohnungsmarktbericht und das Wohnraumförderungsgesetz letztendlich miteinander kommunizierende Säulen darstellen. Das wird im Gesetz auch deutlich. Das beginnt schon allein bei der Berücksichtigung der Folgen der demografischen Entwicklung in unserem Lande und damit auch ein Stück Aufwertung unserer Innenstädte und Lückenschließungen in den Innenstädten.

Die Anforderungen an Barrierefreiheit und Klimaschutz sind selbstverständlich zu berücksichtigen und sind auch im Gesetz berücksichtigt. Die Bezahlbarkeit von Mieten, denke ich, ist selbstredend. Ich will nicht noch mal wiederholen, was 1990/91 durch das Land geisterte. Wir haben einen kleinen, denke ich, Glücksfall und auch eine kleine Erfolgsstory in den letzten 22 Jahren im Wohnungsbereich in Thüringen erreicht. Dafür danke ich den in der Landesregierung verantwortlichen Abteilungen, auch dem Landesverwaltungsamt, aber auch den Kommunen und Städten und Landkreisen, die daran mitgearbeitet haben,

(Beifall CDU)

dass wir heute ein so, denke ich doch, bezahlbares, aber modernes Wohnungssystem in unserem Freistaat Thüringen haben dürfen.

Die städtebaulichen Aspekte, meine Damen und Herren, sind auch in diesem Gesetz geregelt. Auch das war ein Anlass für dieses Gesetz überhaupt. Die Schwerpunkte des Gesetzes - wohin geht die Reise? Meine Damen und Herren, die Förderung von Mietwohnungen zur Versorgung der Bürger mit solidem und preiswertem Wohnraum, die Förderung des selbst genutzten Wohneigentums, die Modernisierung von Wohnraum, der Erwerb von Belegungsrechten, die Harmonisierung von Wohn-

raumförderung und Wohngeldrecht, die Anlehnung der Einkommensermittlung an die Wohngeldberechnung führt zu Einsparungsmöglichkeiten bei den zuständigen Behörden und auch da wiederum ein Stück Entbürokratisierung in unserem Land.

Zum parlamentarischen Ablauf, meine Damen und Herren: Es gab eine schriftliche Anhörung, das hat der Berichterstatter vorhin schon erwähnt. Quintessenz der Anhörung war, der Gesetzentwurf wurde von allen Anzuhörenden grundsätzlich positiv bewertet. Deshalb brauchen wir uns jetzt, denke ich, auch in der zweiten Lesung gar nicht unbedingt so heißreden und aufregen. Kritik gab es an den Themen, soziale Wohnraumförderung nur durch Wohnraumförderung zu ersetzen. Ich denke, die soziale Zielstellung des Gesetzes kommt dadurch nicht zum Ausdruck, wenn ich nur Wohnraumförderungsgesetz, sondern soziales Wohnraumförderungsgesetz schreiben würde. Die Aufnahme von Studenten als Zielgruppe war in der Anhörung erwähnenswert, in der Aufzählung bereits auch in anderen Gruppen, denke ich, sind diese Zielgruppen zugeordnet. Anhand der derzeitigen Tätigkeiten der Studenten kann nicht auf das künftige Einkommen geschlossen werden. Diese Aufgaben sind anderen Trägern, denke ich, im Land zuzuordnen und auch von denen zu erbringen.

Aufnahme von Gemeinden als Fördermittelempfänger sollte explizit Erwähnung finden, meine Damen und Herren. Wenn Kommunen Grundstückseigentümer sind, dann, denke ich, sind sie ohnehin Empfänger von Fördermitteln, das braucht man nicht noch mal extra im Gesetz niederzuschreiben. Die Ergänzung dazu, denke ich, ist entbehrlich.

Aufnahme einschlägiger DIN-Normen im Gesetz: Ich denke, die Förderrichtlinie, die für dieses Gesetzeswerk existiert, regelt die DIN-Normen in jeglicher Hinsicht. Damit kann zeitnah auch auf aktuelle Entwicklungen, denke ich, reagiert werden und das Gesetz wird nicht überfrachtet mit übermäßig hohen Anforderungen und Zahlenwerken.

Die Einkommensgrenze sei zu niedrig angesetzt, war auch ein Punkt. Die Einkommensgrenze liegt bei 20 Prozent über denen des Wohnungsförderungsgesetzes des Bundes. Entsprechend den Obergrenzen der Förderrichtlinie, denke ich, haben sich auch die Einkommensgrenze, die wir in Thüringen festgelegt haben, bewährt.

Abschluss von Mietverträgen durch zuständige Stellen für die sozial Bedürftigen, denke ich, ist ein Eingriff in die Rechte der Bürger, auch ein Eingriff in die Vertragsfreiheit, wenn wir das im Gesetz explizit festschreiben. Ebenso Hartz-IV-Bescheide als Wohnberechtigungsschein zu nutzen, ist, denke ich, ein Datenschutz bei Hartz-IV-Bescheiden und Wohnberechtigungsscheinen unterschiedlich und zeigt auch, dass die Berechtigung für Wohnen und andere Größen hier nichts zu suchen hat. Auf

(Abg. Wetzel)

Hartz-IV-Bescheide, offenbar auch persönliche Umstände des Datenschutzes, denke ich, muss man noch mal verweisen.

Erhöhung der finanziellen Obergrenze bei Strafen, bei Verstößen gegen das Gesetz: Meine Damen und Herren, zuständigen Stellen wird damit größerer Spielraum bei der Ahndung von Verstößen eingeräumt. In der Stellungnahme der Anhörung und der Änderungsantrag der CDU und der SPD, denke ich, gab es weiterhin Kritik des Verbandes der Thüringer Wohnungswirtschaft und Immobilienwirtschaft e.V., nämlich keine Regelung zu bisher ruhend gestellten Belegungsbindungen im Gesetz festzuschreiben. Das ist im Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen aufgegriffen und geregelt worden. Auch in § 15 zusätzlich junge Ehen und Lebenspartnerschaften in die Freibetragsgrenzen aufzunehmen, ist klar und deutlich geregelt. Frau Dohr ist heute auch schon darauf eingegangen, das kann ich mir jetzt sparen. Wichtig und interessant daran war nur, dass wir auch die Fördersätze für diese jungen Ehepaare und Lebenspartnerschaften erhöht haben, und zwar dem bayerischen Niveau angeglichen haben. Ich denke, wir haben genügend Berührungspunkte zu Franken, Mittel- und Unterfranken und Oberfranken, dass wir da wenigstens ein Stück auch mit unseren Möglichkeiten den demografischen Faktor positiv für Thüringen in Betracht gezogen haben, denn die CDU-Fraktion - das will ich an dieser Stelle sagen - bekennt sich damit auch klar zu Ehe und Familie.

Lassen Sie mich noch ein bisschen eingehen auf die Änderungsanträge der Oppositionsfraktionen. Meine Damen und Herren, die Ablehnung im Ausschuss für Bau und Verkehr möchte ich vielleicht im Einzelnen kurz begründen. Im Änderungsantrag der FDP-Fraktion war das Streichen von Kindern bei der Zielgruppe Familien mit Kindern, Aufnahme von Azubis und Studenten als Zielgruppe. Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels, denke ich, ist besonders begrüßenswert, Familien mit Kindern als Zielgruppe der Förderung zu benennen, Auszubildende und Studenten hingegen nicht, weil diese bei den anderen Gruppen bereits enthalten sind. Anhand ihrer derzeitigen Tätigkeit kann nicht auf ihr Einkommen rückgeschlossen werden.

Nächster Punkt war die Aufnahme einschlägiger DIN-Normen - ich habe dazu bereits meine Äußerung getan -, das wird in Förderrichtlinien geregelt. Das, denke ich, ist dort auch in richtiger Form angebracht statt im Gesetz. Damit kann zeitnah auf aktuelle Entwicklungen reagiert werden, ohne das Gesetz zu überfrachten oder Gesetzesänderungen herbeiführen zu müssen.

Die Änderungsanträge der GRÜNEN - drei wichtige Punkte daraus: Die Fokussierung der Förderung auf den Innenbereich in Städten und Kommunen, da die Empfehlung aus dem Wohnungsmarktbe-

richt. Ich denke, der Gesetzentwurf folgt der Realität der kommunalen und städtebaulichen Konzepte. Eventuelle Verengungen ausschließlich auf Innenbereiche werden in Förderrichtlinien des Freistaats klar und deutlich geregelt und sind damit im Gesetz entbehrlich. Das wäre auch, denke ich, ein falsches Signal, ein Ausschlusskriterium im Gesetz zu regeln.

Aufnahmen von Bauherrengemeinschaften - auch das hat Frau Schubert noch mal in Erwägung gezogen - als Empfänger der Förderung: Bauherrengemeinschaften sind Gesellschaften des bürgerlichen Rechts und aufgrund dieser unüberschaubaren Rechtsform auch mit finanziellen Ausfallrisiken verbunden, damit auch ein erhöhtes Risiko für Steuergeld bzw. Geld der öffentlichen Hand, das dabei nicht beigebracht werden kann. Aus dem Grunde schließen wir das aus.

Verpflichtende Erstellung von kommunalen Stadt- und Wohnungsmarktentwicklungskonzepten - „verpflichtende Erstellung“, bitte noch mal deutlich -: Ich denke, zusätzlicher Verwaltungsaufwand sollte nicht betrieben werden. Auch aus dem Gesetz heraus Eingriffe in die Entscheidungskompetenz der Kommunen wäre die Folge. Laut Gesetz - und Frau Dohr hat das vorhin ebenfalls noch mal richtig geschildert - geschieht das ohnehin alles aufgrund von Stadtentwicklungskonzeptionen in unserem Freistaat.

Der Änderungsantrag der LINKEN beinhaltet hauptsächlich die Kritik an der eigenen Wohnraumförderung. Ich denke, für alle Thüringer Bürger sind die eigenen vier Wände ein wichtiges Lebensziel und die Wohneigentumsquote ist in Thüringen extrem hoch, explizit extrem hoch, zumindest was die miteldeutschen Bundesländer angeht. Die Einzigen, die uns dabei noch übertreffen, sind wohl Baden-Württemberg und auch ein Stück Bayern.

Die CDU setzt sich weiter für die Förderung des selbstgenutzten Wohneigentums als Bestandteil der Altersvorsorge ein, weil privates Wohneigentum nun einmal die sozialste Form des Wohnens darstellt, weil privates Wohneigentum sehr nachhaltiger Altersvorsorge dienlich ist und weil Bindung an eine Stadt bzw. an den Freistaat und damit der Begrenzung des demografischen Wandels entgegen gewirkt wird.

(Zwischenruf Abg. Hitzing, FDP: Die Dörfer auch!)

Natürlich die Dörfer auch, Fränka, ich will dies hier explizit noch mal erwähnen. Ich habe das noch nie gesagt, aber an der Stelle könnte ich es mal sagen. Ich meine - das ist eine kleine Ausflucht, Frau Präsidentin, entschuldigen Sie -, die Pößnecker sind ja keine Kreisstadt, sondern im Saale-Orla-Kreis ist Schleiz die Kreisstadt geworden und Schleiz ist ja bekanntlicherweise die zweitkleinste Kreisstadt

(Abg. Wetzel)

Deutschlands und die Pößnecker sagen dann immer Seven-Village-Town, das Kreisdorf, und Seven-Village-Town heißt: Sieben-Dörfer-Stadt und so viele gehören halt auch zu der Stadt Schleiz. Herr Bergner lachen Sie nicht, Sie haben auch hin und wieder mit dieser Stadt gute Zusammenarbeit.

Meine Damen und Herren, Förderung von Neubau, auch ein Teil des Antrags der LINKEN, soll ausgeschlossen werden, wenn Leerstand besteht. Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Bedarf an Wohnraum, ich denke, den kann man nicht gleichsetzen mit dem Angebot an Leerstand, sondern man muss hier explizit auf bestimmte Dinge, auch auf den Wohnungsmarktbericht, reagieren. Es kann nicht sein, dass, wenn ich einen halb leerstehenden Block habe, ich keinerlei Veränderungen des Neubaus in meiner Stadt oder in meinem Dorf vornehmen kann, weil Wohnungen leer stehen, die vielleicht überhaupt nicht dem Wohnungsmarkt angeglichen und angepasst sind, vor allem auch nicht der Nachfrage. Zum Beispiel muss er barrierefrei sein, aber der Bestand ist es eben nicht. Ich kann also aus einem bestehenden Altbau nicht unbedingt ein barrierefreies Gebäude errichten. Oder Wohnungssuchende werden dann, wenn wir dem nicht gut, besser als bisher oder vielleicht schlechter als bisher entgegenwirken, wird Wegzug aus unserem Freistaat die Folge sein und das wollen wir ja verhindern.

Der letzte Punkt bei der Fraktion DIE LINKE war, die Hartz-IV-Bescheide als Wohnberechtigungsschein zu nutzen. Auch hier wieder der Verweis auf den Datenschutz, bei Hartz IV die Bescheide und Wohngeldberechtigungsscheine sind unterschiedlich und lediglich die Berechtigung für Wohnflächengröße wird durch den Wohnberechtigungsschein angezeigt.

Zum Schluss, meine Damen und Herren, die Abstimmung oder wo ich um Zustimmung bitte, die Landesregierung nutzt für den Freistaat die Möglichkeit der eigenen Gestaltung im Bereich der Wohnraumförderung. Die Eigeninitiative wird sehr begrüßt. Die Landesregierung setzt sich damit ein Ziel aus dem Koalitionsvertrag, das hiermit auch umgesetzt wird. Die Landesregierung stellt sich den Herausforderungen der Zukunft, auch weiterhin geförderten Wohnraum im Freistaat zur Verfügung zu stellen, und zwar nach dem Angebot, nach der Nachfrage und nicht nach dem, was wir glauben bauen zu müssen, um auf den demografischen Wandel und den Klimaschutz auch ordnungsgemäß und positiv zu reagieren.

Meine Damen und Herren, im Namen meiner Fraktion bitte ich um Zustimmung zu unserer Beschlussempfehlung aus dem Ausschuss in der Drucksache 5/5485 und die Annahme des Gesetzes in der Drucksache 5/5061. Danke schön.

(Beifall CDU, SPD)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Vielen Dank. Frau Abgeordnete Schubert, das war keine Anfrage an den Redner?

(Zuruf Abg. Schubert, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wortmeldung!)

Sie möchten noch mal selber sprechen, da hat aber vorher das Wort der Abgeordnete Untermann für die FDP-Fraktion.

Abgeordneter Untermann, FDP:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, Herr Wetzel hat sehr ausführlich über das bisherige Verfahren im Bauausschuss berichtet.

(Beifall FDP)

Ich werde ebenso, aber nur so lange wie nötig, hier berichten.

(Beifall FDP)

Im Ergebnis der Anhörung liegen den Mitgliedern des Bauausschusses zahlreiche Anregungen zur Änderung des Gesetzentwurfs vor. Ich möchte auf einige Punkte des Änderungsantrags der FDP-Fraktion ganz kurz eingehen:

In § 2 unterbreitete die FDP den Vorschlag, bei den Zielgruppen der Wohnraumförderung Auszubildende und Studenten zusätzlich aufzunehmen.

(Beifall FDP)

Für mich ist das unverständlich, warum die Abgeordneten der Koalition dieses abgelehnt haben.

(Beifall FDP)

Da stimmen wir übrigens auch mit den anderen Partnern in der Opposition überein. Ich glaube, die LINKE hatte dasselbe Thema, ich glaube, die GRÜNEN hatten das auch in dieser Richtung. Der Wohnungsmarkt stellt sich in Thüringen stark differenziert dar. Laut Wohnungsmarktbericht Thüringen gestaltet sich der Wohnungsbedarf an Sozialwohnungen regional unterschiedlich - sehr wichtig. In Jena und Erfurt werden überdurchschnittlich viele Wohnungsscheine ausgestellt. Laut Wohnungsmarktbericht sind steigende Tendenzen nach Wohnungsmarktberechtigungsscheinen auch in Suhl, in den Landkreisen Nordhausen, Schmalkalden-Meiningen, im Saale-Holzland-Kreis und auch in Greiz zu verzeichnen.

Das spiegelt oftmals die wirtschaftlichen und finanziellen Rahmenbedingungen der Region wider. Somit besteht auch weiterhin Handlungsbedarf in den Regionen bei der Versorgung mit Sozialwohnungen. Deshalb sollte in § 20 Abs. 1 bis 3 „höchstmöglich“ zur angegebenen Miete durch die Worte „höchstmögliche ortsübliche Miete“ ersetzt werden sowie ein Hinweis über eine Abgeltung der Be-

(Abg. Untermann)

triebskosten auf die jeweils gültige Fassung der Betriebskostenverordnung erfolgen.

Der § 5 - Förderungsgrundsätze - sollte in Nummer 2 Anforderungen des barrierefreien und barrierearmen Bauens beinhalten. Der Änderungsantrag die Ergänzung der Worte „nach den geltenden einschlägigen DIN-Normen“. Gerade beim Bau und insbesondere beim barrierefreien Bauen führen DIN-Normen dazu, dass überall vergleichbare Standards bestehen. Die vorgeschlagenen Ergänzungen führen aus meiner Sicht zu einer Präzisierung der Paragraphen.

Ein Punkt des Änderungsantrags der Fraktion DIE LINKE sieht u.a. in § 6 vor, dass der Erwerb von Wohnraum gestrichen wird. Auch wenn bei den festgelegten Einkommensgrenzen die Wahrscheinlichkeit sehr gering sein wird, dass die betroffenen Zielgruppen Wohnraum erwerben können, möchten wir doch diese Option für alle offenlassen. Auch wenn in der letzten Sitzung des Bauausschusses die Freibeträge in § 10 auf Antrag der CDU und SPD geändert wurden, denen wir auch zugestimmt haben, gehen uns die Ergänzungen der Landesregierung nicht weit genug. Deshalb werden wir uns bei diesem gut gemeinten Antrag enthalten.

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Nun hat noch einmal das Wort Frau Abgeordnete Schubert für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Abgeordnete Schubert, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Frau Präsidentin, meine werten Kollegen und Kolleginnen, ich möchte noch auf drei Punkte eingehen, die Herr Wetzel hier aufgemacht und direkt auch auf uns bezogen hat. Herr Wetzel, was den Werteverlust anbetrifft, besteht die Gefahr mit diesem Gesetzesentwurf, dass dann das Haus, das Eigenheim in einer Gegend steht, die dann in 10, 20 Jahren so vom demografischen Wandel gezeichnet ist, dass also außenrum niemand mehr wohnt. Diesen Werteverlust meine ich und nicht den, der allen Gebäuden zuteil wird, nämlich dass es natürlich irgendwann einen Sanierungsbedarf gibt. Deswegen unser Änderungsantrag. Ich hoffe, ich habe mich da jetzt verständlich ausgedrückt.

Vielleicht auch noch einmal zu Frau Doht: Ich bin überzeugt davon, wir haben in Thüringen viele Ortskerne, wir haben genug Ortskerne, um all das, was man mit diesen begrenzten Fördermitteln verwirklichen kann, zu verwirklichen. Dafür ist genug Platz. Insofern steht dieser Prioritätensetzung auf den Innenbereich überhaupt nichts im Wege, Sie wollen es einfach nicht.

(Beifall Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zweiter Punkt: Barrierefreiheit, das habe ich vergessen zu erwähnen. DIE LINKE hat begrüßt, dass wir das in unserem Änderungsantrag mit drin haben, dass wir dort aufnehmen wollen, dass diese Barrierefreiheit nach den einschlägigen DIN-Normen zu bewerkstelligen ist. Was spricht dagegen? Das ist eine Klarstellung und kein zusätzlicher Aufwand. Wir wollen doch den Menschen, die Fördermittel bekommen und dann barrierefrei bauen wollen, sagen, wie sie das zu tun haben und nicht beim Bau bzw. bei der Planung die Menschen im Unklaren lassen, wie viel Barrierefreiheit es denn sein darf, deswegen diese Präzisierung.

Der letzte Punkt, der mich am meisten, ja fast amüsiert, Herr Wetzel, ist: Soweit ich Sie verstanden habe, sprechen Sie Bauherrengemeinschaften ab, vernünftig mit Geld umzugehen. Sie sprechen Ihnen die Fähigkeit ab, sich eine Rechtsform zu schaffen, die klar erkennbar macht, wohin es gehen soll. Wir haben Menschen in Thüringen, die diese Eigeninitiative vorhaben. Sie betonen an anderer Stelle, dass Sie mit diesem Gesetzesentwurf Eigeninitiative fördern wollen, aber Sie tun es an dieser Stelle genau nicht.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie, die sonst immer sagen, wir machen im Wohnungsmarkt zu viel staatliche Bevormundung, wollen an dieser Stelle Leuten, die hier eigeninitiativ privates Geld einsetzen wollen, verwehren, Wohnungen zu schaffen und damit, das sagt auch die Ingenieurkammer, einen Beitrag für die soziale Mischung zu leisten, usw. Das verstehe ich nicht. Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Hitzing:

Vielen Dank, Frau Abgeordnete Schubert. Das Wort hat jetzt Herr Minister Carius.

Carius, Minister für Bau, Landesentwicklung und Verkehr:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Frau Präsidentin, zunächst möchte ich mich ganz herzlich für die wirklich sehr konstruktive Beratung dieses Gesetzes im Ausschuss bedanken. Sie werden verstehen, dass ich mit Blick auf die Uhr jetzt nicht der Möglichkeit erliegen möchte, die Ausschussberatung hier nachzuholen. Ich möchte aber trotzdem ein paar Anmerkungen zu dem machen, was hier in der Diskussion alles an Punkten vorgetragen wurde. Es gibt zwei Dinge, über die wir reden können, heute reden wir aber eigentlich nur über eines: Es gibt das Wohnraumfördergesetz und es gibt die Förderrichtlinien, über die man reden kann. Vieles

(Minister Carius)

von dem, was von Frau Schubert vorgetragen wurde, ist zwar richtig, gehört aber nicht in das Gesetz, sondern in die Förderrichtlinien.

(Zwischenruf Abg. Schubert, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Hört, hört.)

Ja, selbstverständlich, da steht es ja auch drin. Es ist letztlich mittlerweile schon gute Praxis, in den Kommunen genauso zu verfahren, nämlich integrierte Stadtentwicklungskonzepte zu machen. Es ist selbstverständlich im Bereich der Förderung genauso angelegt. Nur muss man das alles in das Gesetz schreiben? Da habe ich meine großen Zweifel und bin ich sehr dankbar, dass die Koalitionsfraktionen sagen, wir wollen ein schlankes Gesetz, wir wollen mit diesem Gesetz tatsächlich die Wohnraumförderung insgesamt deutlich von bürokratischen Aufwendungen entschlacken, indem wir Regeln relativ einfach aufstellen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist auch so, wie der Kollege Wetzl, wie Frau Doht es beschrieben haben, wir haben mit diesem Gesetz jetzt erstmals die Wohnraumförderung auf eine gesetzliche Grundlage im Freistaat gestellt. Wir lösen damit quasi Bundesrecht und auch gewachsenes Gewohnheitsrecht ab. Wir regeln mit diesem Gesetz, das aus meiner Sicht für die Wohnungsbaupolitik ein Meilenstein ist, neben dem Wohnungsvermögen auch, was wir eigentlich aus unserem Vermögen heraus alles finanzieren können. Da gehen wir doch sehr klug vor, wenn wir sagen, wir fördern junge Familien, wir fördern natürlich auch gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften.

Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, zum Punkt Bauherrengemeinschaft komme ich mal ganz kurz. Wir fördern vor allen Dingen Wohnraum und nicht bestimmte Gesellschaftsformen, deswegen sind die Koalitionsfraktionen Ihrem Antrag nicht gefolgt. Wir haben nichts gegen Bauherrengemeinschaften, genauso wenig wie wir etwas gegen Genossenschaften oder gegen kommunale Wohnungsgesellschaften haben. Das steht überhaupt nicht zur Debatte, sondern es steht lediglich zur Frage, wir wollen am Ende nicht die Gesellschaftsförderung erreichen, sondern wir wollen eine Förderung in Wohnraum erreichen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie hatten auch noch mal darauf hingewiesen, dass wir letztlich mit diesem Gesetz vor allen Dingen die Innenstädte fördern wollen. Das ist schon Bestandteil von Flächennutzungsplänen, genau das wird in den Kommunen schon längst geleistet. Das müssen wir nicht noch in ein Gesetz hineinschreiben.

Dann muss ich aus meiner Sicht noch einen ganz wichtigen Punkt nennen - die Frage der Wohneigentumsförderung, Ja oder Nein. Aus unserer Sicht ist es gerade sinnvoll, dass wir nicht nur für bezahlbaren Mietwohnraum sorgen wollen, sondern dass

wir auch dafür Sorge tragen wollen, dass junge Familien, deren Einkommen eben nicht so groß ist, in die Lage versetzt werden können, Wohneigentum zu erwerben. Da ist es eben nicht so, Frau Sedlaczik, wie Sie es hier formulieren, dass die dann alle in die Zwangsversteigerung hineinkommen, sondern es ist gerade so, dass wir sie in die Lage versetzen, dass sie trotz ihres knappen Geldbeutels doch den Traum vom Eigenheim realisieren können. Frau Doht, ich bin Ihnen da sehr dankbar auch für dieses Bekenntnis zum Eigenheim, auch zur Eigentumsförderung. Das ist ein ganz wichtiger Bestandteil, glaube ich, auch der Sozialpolitik, die wir hier leisten. Wir leisten mit diesem Gesetz einen wichtigen Meilenstein aus meiner Sicht für eine moderne Wohnungsbaupolitik in Thüringen dafür, dass junge Familien Eigentum erwerben können, dass wir in allen gesellschaftlichen Gruppen letztlich dafür Sorge tragen können, dass hier bezahlbarer Wohnraum auch in Zukunft vorgehalten werden kann.

Ich bin sehr dankbar für die Erweiterung, die dieses Gesetz erfährt, insbesondere was die Freigrenzen anlangt, weil es natürlich einer der möglichen Bausteine ist, die Anhebung auf die bayerische Freibetragsgrenze, nicht nur deswegen, weil wir damit eine längst überfällige Anpassung nach oben vornehmen, die jungen Familien hilft. Selbstverständlich braucht man da mittlerweile mehr Geld als noch vor zehn Jahren, da ist der Betrag das letzte Mal angehoben worden. Zum anderen ist es natürlich auch sehr wichtig, dass wir hier auf Nachbarregionen schauen. Gerade wenn wir ein Land sind, das davon lebt, dass viele Menschen zwar hier leben, aber anderswo ihr Auskommen suchen müssen, eben auch nach Bayern fahren müssen, dann sollten wir auch die Möglichkeit ergreifen, auch gesetzlich die Möglichkeit zu haben, den Menschen mit derselben Hilfe und in derselben Höhe zu helfen, wie das in Bayern auch der Fall ist. Deswegen ganz herzlichen Dank für diese Ergänzung.

Ich will dann auch noch sagen, die Beratungen im Ausschuss, aber auch im Vorfeld sind ja sehr konstruktiv gelaufen. Wir haben da viele der Anzuhörenden vorher schon befragt, haben deren Änderungen schon aufgenommen. Deswegen ist es etwas verkürzt, wenn Sie heute sagen, wir würden deren Anregungen alle in den Wind schlagen. Das war nie unsere Absicht und wir haben es auch nicht getan, sondern wir haben tatsächlich diesen Gesetzentwurf schon vorher sehr konstruktiv mit den Vereinen, Verbänden, den Kammern gemeinsam erarbeitet. Ich bin auch denen sehr dankbar, dass man da nicht am Ende jedem Wunsch nachkommen kann oder dass auch nicht jeder Wunsch sinnvoll ist. Dafür werden Sie Verständnis haben.

Einen allerletzten Punkt, der mir wichtig ist, weil Frau Sedlaczik den angesprochen hat, ist die Frage Förderprogramme des Bundes. Wir reden jetzt heu-

(Minister Carius)

te gerade nicht darüber, weil eigentlich unser Gesetz auf der Tagesordnung steht. Aber selbstverständlich ist es so, dass die Landesregierung sich dafür einsetzt, dass der Bund hier weiter in der Verantwortung bleibt. Deswegen bin ich sehr froh, dass wir als Landesregierung auf meine Initiative hin einen Gesetzentwurf in den Bundesrat eingebracht haben, der auf die Fortführung der Entflechtungsmittel durch den Bund setzt. Hier brauchen wir deutlich mehr Planungssicherheit als nur für das Jahr 2014. Insofern, diese Landesregierung und diese Koalition setzen sich für junge Menschen ein, setzen sich auch für ältere ein, damit wir dort bezahlbaren Wohnraum haben. Lassen Sie uns deswegen dieses Gesetz heute beschließen. Herzlichen Dank.

(Beifall CDU, SPD)

Vizepräsidentin Hitzing:

Vielen Dank, Herr Minister. Es liegt mir keine Wortmeldung weiter vor. Dann kommen wir jetzt zur Abstimmung.

Wir beginnen mit der Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in der Drucksache 5/5604. Wer für diesen Änderungsantrag ist, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. Das sind die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gibt es Gegenstimmen? Die kommen aus den Fraktionen der SPD, der CDU und der FDP. Gibt es Stimmenthaltungen? Das ist nicht der Fall. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bau, Landesentwicklung und Verkehr in der Drucksache 5/5485 unter Berücksichtigung des Ergebnisses der Abstimmung über den Änderungsantrag. Wer sich der Beschlussempfehlung anschließen kann, den

bitte ich jetzt um sein Handzeichen. Das sind die Stimmen aus der CDU und der SPD. Gibt es Gegenstimmen? Die sehe ich nicht. Gibt es Stimmenthaltungen? Die kommen aus den Fraktionen der FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE. Damit ist die Beschlussempfehlung angenommen.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Gesetzentwurf der Landesregierung in der Drucksache 5/5061 in zweiter Beratung unter Berücksichtigung des Ergebnisses der Abstimmung über die Beschlussempfehlung, die eben durchgeführt wurde. Wer für den Gesetzentwurf stimmt, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. Das sind die Stimmen aus den Fraktionen CDU und SPD. Gibt es Gegenstimmen? Nein. Gibt es Stimmenthaltungen? Die kommen aus den Fraktionen DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP. Damit ist der Gesetzentwurf angenommen.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Gesetzentwurf in der Schlussabstimmung. Wer dafür ist, den bitte ich, sich von seinem Platz zu erheben. Vielen Dank. Gegenstimmen erheben sich bitte jetzt von ihren Plätzen. Die sehe ich nicht. Jetzt erheben sich bitte diejenigen, die sich enthalten. Vielen Dank. Damit ist der Gesetzentwurf angenommen in der Schlussabstimmung.

Herzlichen Dank, meine Damen und Herren. Ich schließe den Tagesordnungspunkt und wünsche Ihnen gemäß der Vereinbarung im Ältestenrat einen schönen Abend. Bis morgen!

Ende: 18.11 Uhr